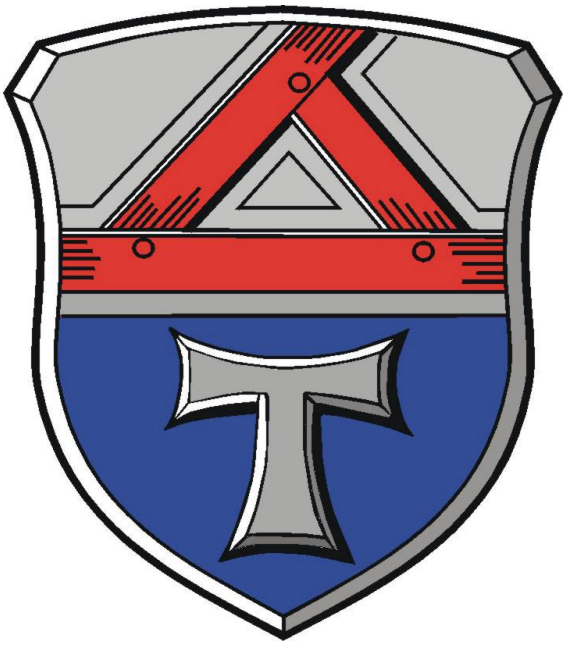
Bestands- und Bedarfserhebung im

Rahmen der

Altenhilfeplanung



im

Landkreis Gießen

Fachbereich Jugend und Soziales, Stabsstelle Sozialraumplanung

mit Unterstützung durch die Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen in der Stadt und im Landkreis Gießen (BeKo)

Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

Kapitel		Seite
	Einleitung	
1.	**Demografische Entwicklung im Landkreis Gießen**	**1**
1.1.	Bevölkerungsentwicklung	1
1.2.	Der demografische Wandel im Landkreis Gießen	3
2.	**Die Pflege im Landkreis Gießen**	**5**
2.1.	Steigende Anzahl der Empfänger von Pflegeleistungen über 65	5
2.2.	Erhöhtes Pflegerisiko im Alter	5
2.3.	Pflegebedürftigkeit nach Alter und Geschlecht	6
2.4.	Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen nach Pflegestufen	7
2.5.	Art der Versorgung der Pflegebedürftigen im Landkreis	8
2.6.	Die Art der Versorgung im regionalen Vergleich	9
2.7.	Die Art der Vorsorgung im Bundesvergleich	10
3.	**Angebote der ambulanten Pflege**	**11**
3.1.	Ambulante Pflegedienste im Landkreis	11
3.1.1.	Trägerstruktur	12
3.2.	Personal der ambulanten Pflegedienste	13
3.2.1.	Personal nach Tätigkeitsbereich	13
3.2.2.	Pflegepersonal nach Beschäftigungsverhältnis	14
3.3.	Durch ambulante Pflegedienste betreute Personen	14
3.3.1.	Ambulant gepflegte Personen nach Alter	14
3.3.2.	Ambulant gepflegte Personen nach Alter und Geschlecht	15
3.3.3.	Ambulant gepflegte Personen nach Alter und Pflegestufe	16
4.	**Hausärztliche Versorgung**	**17**
5.	**Stationäre Angebote der Altenhilfe**	**17**
5.1.	Die Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen	17
5.1.1.	Trägerstruktur	17
5.1.2.	Versorgungsgrad mit vollstationären Pflegeplätzen nach Kommune	18
5.1.3.	Spezialisierte Einrichtungen oder Abteilungen	19
5.1.4.	Auslastung der Alten- und Pflegeheime	20
5.2.	Erreichbarkeit und soziale Infrastruktur	20
5.2.1.	Erreichbarkeit	20
5.2.2.	Soziale Infrastruktur	21
5.3.	Das Personal in der Pflege und Betreuung	22
5.3.1.	Fremdsprachenkenntnisse der Pflege- und Betreuungskräfte	24
5.3.2.	Pflege ist weiblich	24
5.4.	Ehrenamtliche Unterstützung	25

Kapitel		Seite
5.5.	Die Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegeheime	25
5.5.1.	Bewohnerinnen und Bewohner nach Alter und Geschlecht	26
5.5.2.	Bewohnerinnen und Bewohner nach Geschlecht	26
5.5.3.	Bewohnerinnen und Bewohner nach Pflegestufen	28
5.5.4.	Bewohnerinnen und Bewohner nach Pflegestufe und Alter	28
5.5.5.	Anteil der Heimbewohnerinnen und –bewohner im Sozialhilfebezug	29
5.5.6.	Wohnort der Bewohnerinnen und Bewohner vor Einzug in das Alten- und Pflegeheim	30
5.6.	Geplante Veränderungen	31
5.6.1.	Geplante Veränderungen 2004 und deren Umsetzung	31
6.	**Angebote der stationären Kurzzeitpflege**	**32**
6.1.	Entwicklung des Platzangebotes	32
6.2.	Auslastung der Kurzzeitpflege	33
6.3.	Anteil der Sozialhilfebezieherinnen und –bezieher in der Kurzzeitpflege	34
7.	**Angebote der Tagespflege**	**35**
8.	**Ehrenamtliche Demenzgruppen und Einzelbetreuung von Demenzkranken**	**36**
9.	**Hospizdienste und Hospizgruppen im Landkreis Gießen**	**37**
10.	**Die Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere Menschen im Landkreis Gießen**	**39**
10.1.	Wohnort der Ratsuchenden	39
10.2.	Ratsuchende nach Geschlecht	40
10.3.	Alter der Ratsuchenden	40
10.4.	Inhalt der Beratung	41
11.	**Wohnen im Alter**	**44**
12.	**Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen**	**45**
12.1.	Grundsicherungsleistungen im Alter	45
12.1.1.	Entwicklung seit 2005	45
12.1.2.	Leistungsbezieher nach Geschlecht	46
12.1.3.	Grundsicherungsleistungen bei geringer Altersrente	46
12.2.	Hilfe zur Pflege, ambulant	47
12.3.	Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen	48
13.	**Die Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren**	**49**
14.	**Bedarfe aus der Sicht der professionellen Altenhilfe**	**50**
14.1.	Weitere Bedarfe im Bereich der Pflege und Betreuung aus Sicht der Fachkräfte	52
14.2.	Fehlende Angebote im Landkreis Gießen außerhalb der Pflege aus Sicht der Fachkräfte	53

Kapitel		Seite
15.	**Herausforderungen und Bedarfe aus Sicht der Städte und Gemeinden**	**53**
15.1.	Aufbau von Netzwerken	53
15.2.	Bürgerbeteiligung	54
15.3.	Förderung familienfreundlicher Strukturen	54
15.4.	Seniorengerechtes Wohnen	54
15.5.	Steigender Pflegebedarf	55
15.6.	Förderung des Ehrenamtes	55
16.	**Handlungsempfehlungen auf örtlicher und auf Landkreis-ebene**	**56**
16.1.	Thema "älter werden" positiv besetzen als eine Aufgabe aller Akteure	56
16.2.	Empfehlungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden	57
16.2.1.	Bürgerbeteiligung	57
16.2.2.	Berücksichtigung von Barrierefreiheit in allen Planungsbereichen	57
16.2.3.	Vernetzung	58
16.2.4.	Förderung und Koordination des Ehrenamtes	58
16.2.5.	Förderung altersübergreifender Aktionen und Initiativen	59
16.2.6.	Förderung von ambulanten Versorgungsstrukturen im Vorfeld der oder in Ergänzung zur Pflege	59
16.3.	Empfehlungen auf der Ebene des Landkreises	60
16.3.1.	Beteiligung der Senioren, Seniorenkommission – Seniorenbeirat	60
16.3.2.	Interkommunale und interregionale Vernetzung und Koordination	60
16.3.3.	Vernetzung und Koordination von Maßnahmen und Projekten	61
16.3.4.	Aufbau eines kommunalen Pflegewerkes zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur in Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt und der BeKo	61
16.3.5.	Aufbau von Strukturen und Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden ambulanten Versorgung	62
16.3.6.	Aufbau von Strukturen einer integrativen wohnortbezogenen Versorgung von älteren Menschen mit Behinderung	62
16.3.7.	Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo um eine Wohnraumberatung	63
16.3.8.	Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo für Menschen mit Demenz und ihre Angehörige	63
	Tabellenteil	**64 – 83**

Einleitung

Die Altenhilfeplanung ist ein Prozess, an dessen Beginn die Bestands- und Bedarfsermittlung steht. Begleitet wird der Prozess von einer Steuerungsgruppe, der zwei Vertreter der Liga der Wohlfahrtsverbände, ein Bürgermeister, die Vorsitzende der Seniorenkommission, eine Vertreterin der Beratungs- und Koordinierungsstelle, die Kreisfrauenbeauftragte sowie je ein Vertreter der Sozialverwaltung des Landkreises und der Stadt Gießen angehören. Dieser Arbeitskreis erarbeitete zunächst die Eckpunkte für die Bestands- und Bedarfsermittlung. Die Erstellung des vorliegenden Berichtes wurde in all seinen Phasen, vom Entwurf der Fragebögen, über die Beratung erster Ergebnisse, bis zur Fertigstellung durch den Arbeitskreis konstruktiv begleitet.

Während des gesamten Prozesses, insbesondere bei den abschließenden Maßnahmeempfehlungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden sowie auf Landkreisebene, ließ sich die Steuerungsgruppe von dem Erfordernis einer wohnortnahen Versorgung leiten, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter und bei Pflegebedürftigkeit ermöglicht. Im Vordergrund stand damit auch der Grundgedanke „ambulant vor stationär". Somit wurde der Fokus insbesondere auf einen Auf- und Ausbau wohnortnaher ambulanter Versorgungsstrukturen gelegt.

Die Bestandserhebung umfasst die ambulante und die stationäre Pflege. Sie gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Beratungs- und Koordinierungsstelle. Auch die ehrenamtlichen Hospizdienste sowie die, auf bürgerschaftliches Engagement basierenden, sog. niedrigschwelligen Angebote zur Betreuung von Demenzkranken werden abgebildet. Da sich der sog. „Altenhilfemarkt", sowohl im professionellen Bereich wie im Bereich des ehrenamtlichen Engagements rasant verändert, ist ein Teil der hier vorliegenden Daten schon nicht mehr aktuell. Für die Betrachtung von Trends und die sich daraus ergebenen längerfristigen Bedarfe ist das jedoch ohne Relevanz.

Im Rahmen der Bestandserhebung wurden auch die Seniorenwohnanlagen im Landkreis erfasst, die den Städten und Gemeinden bekannt waren. Gern hätten wir auch seniorengerechte Wohnungen aufgeführt. Da es kein Wohnungsregister gibt, konnten diese Daten nicht ermittelt werden. Ein Rückgriff auf Daten von gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften bildet nur ein kleines Marktsegment ab. Aufgrund der meist vorliegenden Sozialbindung sind die Wohnungen nicht allen Wohnungssuchenden zugänglich. Deshalb wurde auf eine Erhebung ganz verzichtet. Allerdings dürfte, aufgrund der sich verändernden Alterstruktur, der Bedarf nach seniorengerechten und barrierefreien Wohnungen steigen.

Noch ist nur ein geringer Teil der Bevölkerung über 65 Jahre auf Sozialhilfe angewiesen, wobei die sog. verdeckte Altersarmut nicht beziffert werden kann. Aufgrund von durchbrochenen Erwerbsverläufen und früherem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wegen Erwerbslosigkeit wird der Anteil längerfristig steigen.

Die Schnittstelle zwischen Bestandserhebung und Bedarfsermittlung stellen die Seniorenbeiräte im Landkreis dar. An die Auflistung der Seniorenbeiräte schließen sich die Bedarfe aus der Sicht der professionellen Pflegeeinrichtungen an. Eine Zusammenfassung der Stellungnahmen der Bürgermeister spiegelt die Sicht der Städte und Gemeinden wider.

Abschließend werden erste Maßnahmeempfehlungen, die sich aus der Bestandserhebung ergeben, für die Ebene der Städte und Gemeinden sowie für die Kreisebene aufgezeigt. Hierbei ließ sich die Steuerungsgruppe, wie während des gesamten Prozesses, von dem Erfordernis einer wohnortnahen Versorgung leiten, die auf Selbstbestimmung und Partizipation basiert.

1.
Demografische Entwicklung im Landkreis Gießen

Bei den nachfolgenden Betrachtungen zur demografischen Entwicklung handelt es sich um Prognosen der Hessenagentur, in Anlehnung an die sog. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes. Sie basiert auf einen sog. Status-quo-Ansatz, dabei werden die regionalen demografischen Entwicklungsmuster aus der Vergangenheit auf die Zukunft projiziert. Das bedeutet, kurzfristige Bevölkerungsentwicklungen relevanten Ausmaßes, z.B. massiver Zuzug aufgrund von Industrieansiedlung oder Folgen einer Pandemie, sind hier nicht berücksichtigt.

Die vorliegenden Daten geben aber einen Trend wieder, der so oder ähnlich eintreten wird. Damit stellt die Bevölkerungsprognose eine Herausforderung an die Kommunen dar, sich mit dem demografischen Wandel auseinanderzusetzen und in die Zukunft gerichtete Maßnahmen zu entwickeln. Diese müssen auf die Struktur der jeweiligen Stadt / Gemeinde und der Region, in der sie liegt, abgestimmt sein.

Die nachfolgenden Betrachtungen geben einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung im Landkreis Gießen.

1.1.
Bevölkerungsentwicklung

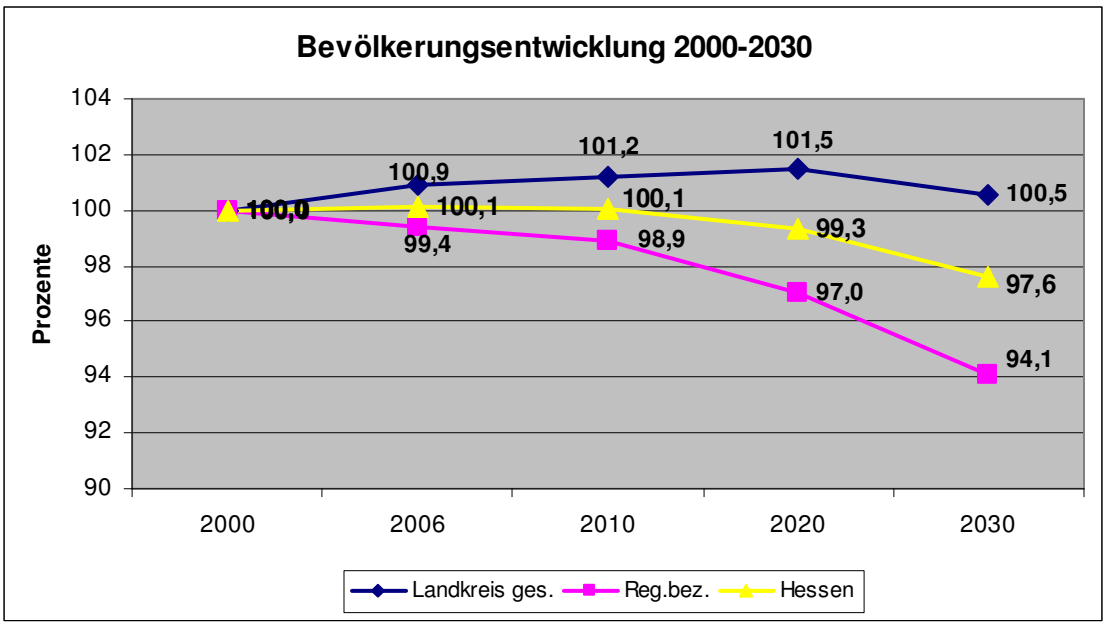
Der Landkreis Gießen hatte am 31.12.2008 lt. Hessischem Statistischem Landesamt 255.299 Einwohner, davon lebten 74.539 in der Stadt Gießen, das entspricht 29%.

Nach Berechnungen der Hessenagentur wird die Bevölkerung im Landkreis Gießen vom Jahr 2000 (=100%) bis 2030 relativ stabil bleiben. Allerdings wird sie voraussichtlich bis 2020 noch leicht steigen, auf 101,5%, um dann bis 2030 auf 100,5% zu sinken (Vergleiche folgendes Diagramm: obere, blaue Linie). Von 2006 bis 2050 prognostiziert die Hessenagentur einen Bevölkerungsrückgang im Landkreis Gießen um 6,6%.

Im Regierungsbezirk (Rb) Gießen wird die Bevölkerung voraussichtlich von 2000 bis 2030 um 5,9% zurückgehen. Bereits im Zeitraum von 2000 bis 2006 sank die Bevölkerung im Rb Gießen um 0,6%. Bis 2010 wird sie auf 98,9% gesunken sein, um dann über 2020 (97%) bis 2030 (94,1%) erheblich zu sinken (Vergleiche Diagramm: untere, rosa Linie).

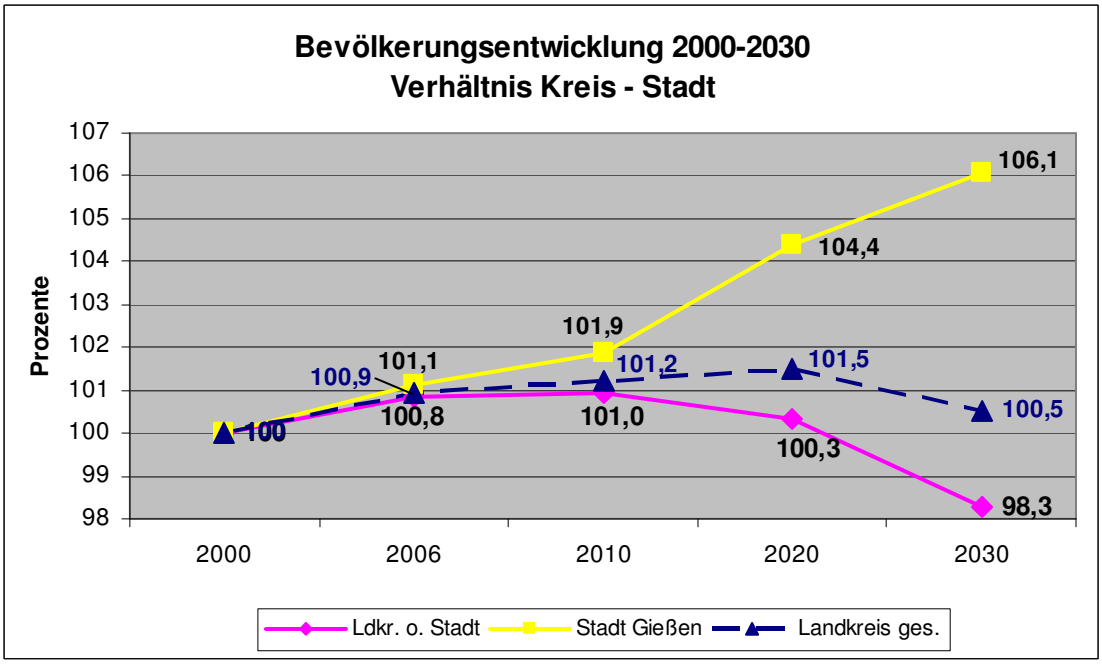
Nach den Berechnungen der Hessenagentur dürfte die Bevölkerungszahl in Hessen bis 2010 relativ konstant bleiben (Steigerung um 0,1%). Dann allerdings beginnt sie zu sinken, bis 2020 zunächst auf 99,3% und bis 2030 auf 97,6%. Insgesamt wird ein Bevölkerungsrückgang von 2000 bis 2030 um 2,4% prognostiziert (mittlere, gelbe Linie).

Die, insgesamt betrachtet, positive Entwicklung im Landkreis Gießen dürfte darauf zurück zu führen sein, dass die Stadt Gießen mit ihrem unmittelbaren Umland ein urbanes Zentrum für die Region darstellt. Daneben dürfte aber auch die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet eine wesentliche Rolle spielen. Demgegenüber ist der Rb insgesamt eher ländlich geprägt.



eigene Berechnung auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung der HessenAgentur

Stellt man die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in der ländlichen Region des Landkreises, ohne die Stadt Gießen, und die der Universitätsstadt gegenüber, so wird auch hier ein deutlicher Unterschied erkennbar, siehe nachfolgende Grafik. Während die Bevölkerung im Landkreis, ohne die Stadt Gießen, von 2000 bis 2030 um 1,7% abnimmt (untere, rosa Linie), steigt sie in der Universitätsstadt um 6,1% an (obere, gelbe Linie).



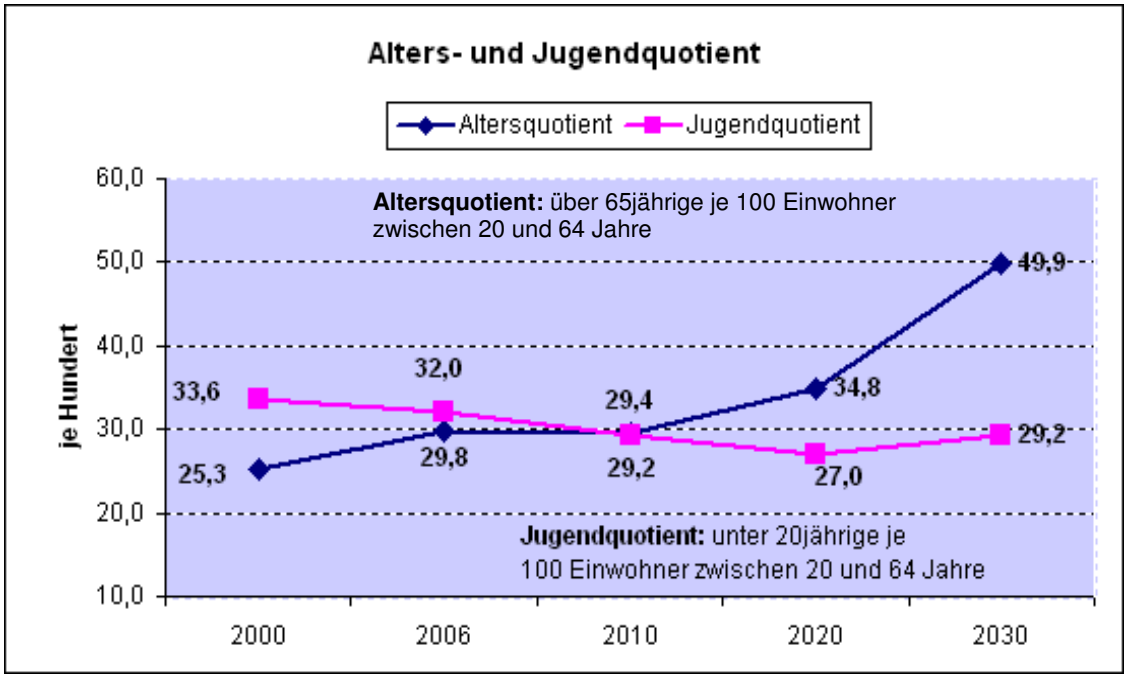
eigene Berechnung auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung der HessenAgentur

Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Städte und Gemeinden im Vergleich, sind der Tabelle 1 im Anhang zu entnehmen.

1.2.
Der demografische Wandel im Landkreis Gießen

Nicht nur im bundesrepublikanischen Durchschnitt wird die Bevölkerung immer älter, auch im Landkreis Gießen. Der Anteil der über 65jährigen wird, der Hessenagentur zur Folge, in den nächsten 20 Jahren um 9,2% steigen. Gleichzeitig wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahre relativ stabil bleiben (minus 2,3%).

Da die Einwohnerzahl, wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben, insgesamt abnehmen wird bedeutet dies, dass immer weniger potentiell Erwerbstätige (20 bis 65jährige) einem größer werdenden Anteil von Rentnern (über 65jährige) gegenüberstehen.



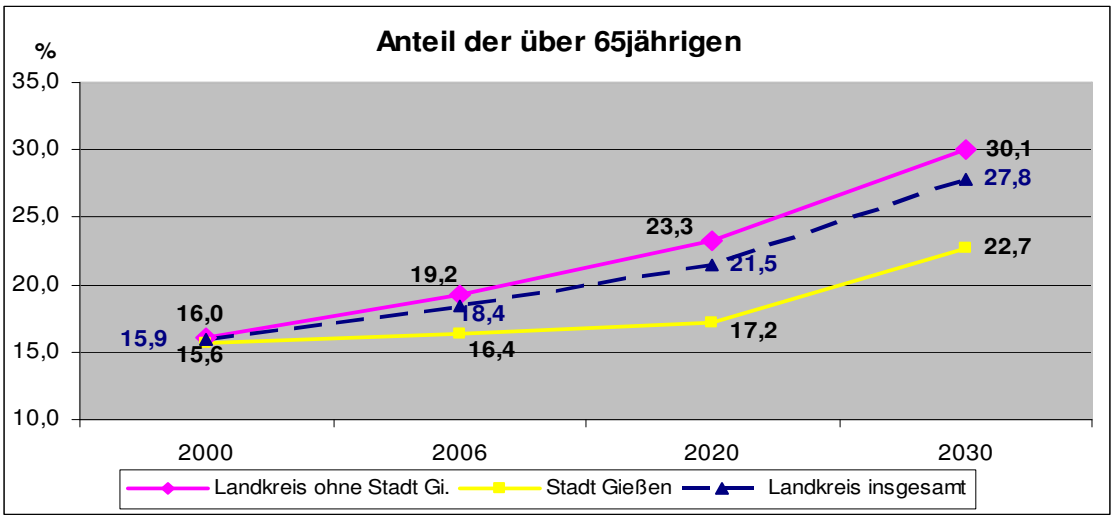
eigene Berechnung auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung der HessenAgentur

Kamen im Jahr 2000 auf 100 Einwohner im Alter von 20 bis 65 Jahren noch 25,3 Personen im Rentenalter (über 65 Jahre), so waren es 2006 bereits 29,8. Im Jahr 2020 werden auf 100 Einwohner im Erwerbsalter bereits 34,8 Rentner kommen. Bis 2030 wird der Altersquotient auf 49,9 steigen.

Der Jugendquotient (unter 20jährige je 100 Einwohner im Alter von 20 bis unter 65 Jahre) wird von 33,6 im Jahr 2000 bis 2020 zurückgehen auf 27. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich auf 100 Einwohner im Alter von 20 bis 65 Jahre 29,2 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahre kommen.

Bereits den Daten zur Bevölkerungsentwicklung konnten deutliche Unterschiede zwischen der Stadt Gießen und dem übrigen Kreisgebiet entnommen werden. Deshalb werden im Folgenden ausgewählte demografische Daten unter dem Blickwinkel der Entwicklung in ländlich geprägten Räumen und dem Oberzentrum Gießen dargestellt.

Das untenstehende Diagramm zeigt die voraussichtliche Entwicklung des Anteils der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zwischen ländlichem Kreisgebiet und der Stadt Gießen. Zwar wird der Anteil der über 65jährigen sowohl im ländlichen Raum wie auch in der Universitätsstadt steigen, hier aber weit aus geringer. Während der Anteil der älteren Bevölkerung 2000 bei beiden noch bei ca. 16% lag (ländlicher Raum 16%, Stadt 15,6%), bewegt sich die Schere bis 2030 deutlich auseinander (ländlicher Raum 30,1%, Stadt 22,7%).



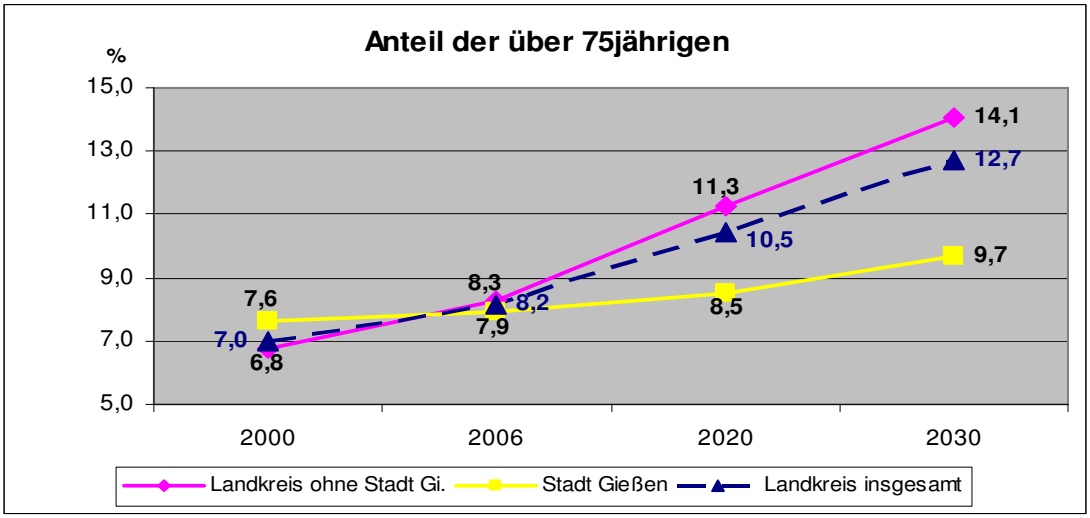
eigene Berechnung auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung der HessenAgentur

Für die einzelnen Städte und Gemeinde des Landkreises wird eine sehr unterschiedliche Entwicklung vorhergesagt. So wird die Stadt Staufenberg 2030, mit 26%, voraussichtlich den geringsten Anteil an über 65jährigen haben. Zum gleichen Zeitpunkt wird in der Gemeinde Rabenau, mit 39,6%, mehr als ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Vergleiche hierzu Tabelle 2 im Anhang.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe über 75 Jahre. Ihre Entwicklung ist vor dem Hintergrund des erhöhten Anteils von Pflegebedürftigen ab diesem Alter von Interesse. Jeder Zehnte im Alter zwischen 75 und 80 Jahre bedarf der Pflege (vergleiche Kapitel „Die Pflege im Landkreis Gießen“). Aber auch wenn keine Pflegebedürftigkeit vorliegt, muss mit zunehmendem Alter mit einem erhöhten Risiko von Mobilitätseinschränkungen gerechnet werden. Dies hat Auswirkungen auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs aber auch auf die Ansprüche an die Wohnungen und das Wohnumfeld.

Nach den Berechnungen der Hessenagentur wird im Jahr 2030 im ländlichen Raum des Landkreises bereits jeder Siebte (14,1%) über 75 Jahre alt sein. In der Stadt Gießen wird es jeder Zehnte sein (9,7%).

Die bereits bei den über 65jährigen prognostizierte Entwicklung, setzt sich natürlich in höheren Altersgruppen fort. So wird 2030 in der Gemeinde Rabenau bereits fast jeder Fünfte (18,8%) über 75 Jahre alt sein. In Staufenberg wird demgegenüber jeder Neunte (11,4%) dieser Altersgruppe angehören, vergl. Tabelle 3 im Anhang.

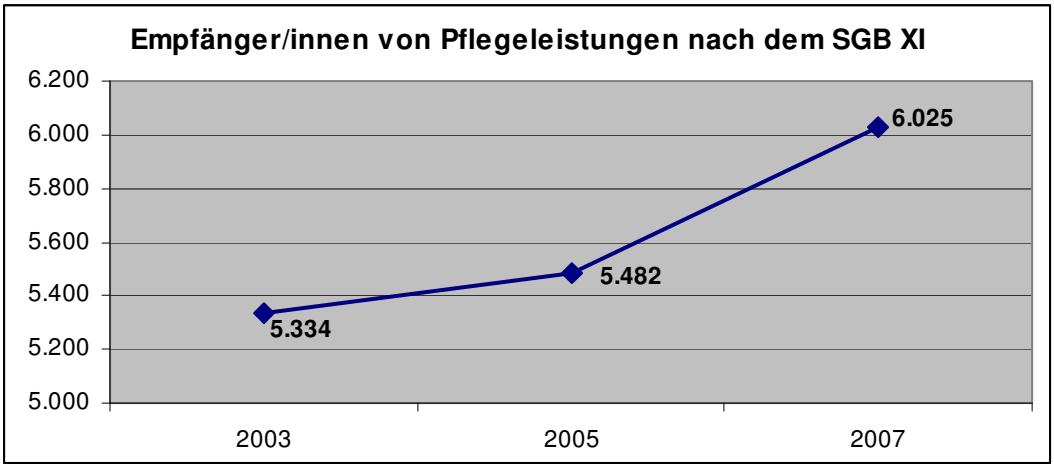


eigene Berechnung auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung der HessenAgentur

2.
Die Pflege im Landkreis Gießen

2.1.
Steigende Anzahl der Empfänger von Pflegeleistungen über 65 Jahre

Die Zahl der Pflegebedürftigen über 65 Jahre, nach dem Gesetz zur Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI), stieg im Landkreis Gießen von Ende 2003 mit 5.334, über 2005 mit 5.482, bis 2007 auf 6.025 (siehe Grafik). Das entspricht einem Anstieg um 691 Personen oder 13%.



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

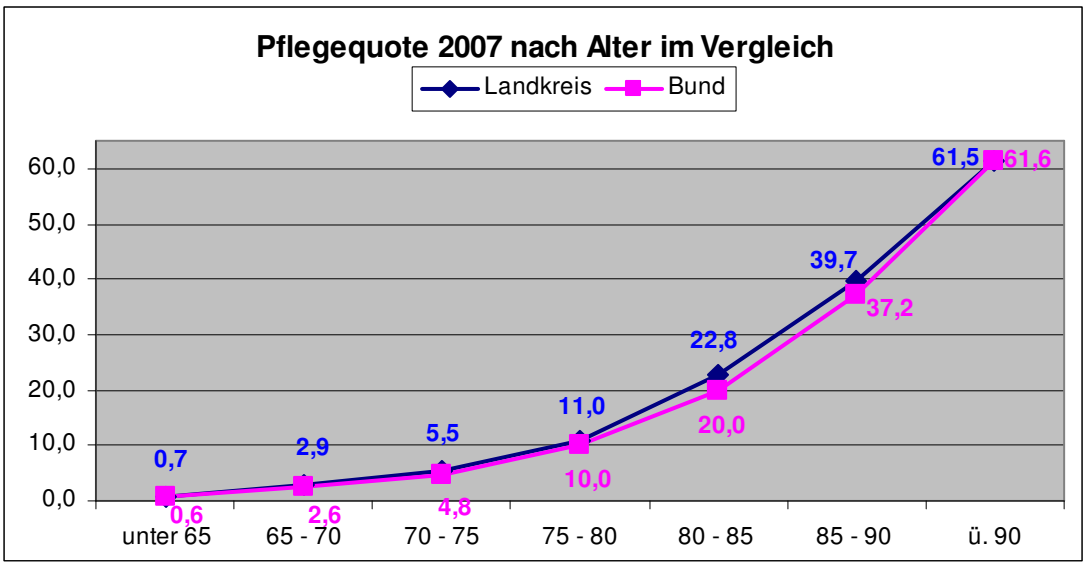
Diese Entwicklung ist dem demografischen Wandel geschuldet und wird sich in den kommenden Jahren fortsetzten. Das wird schon daran erkennbar, dass die Zahl der unter 65jährigen Pflegebedürftigen im gleichen Zeitraum relativ konstant blieb (2003 = 1344, 2005 = 1335, 2007 = 1380).

2.2.
Erhöhtes Pflegerisiko mit Alter

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit an, so waren am Jahresende 2007 81,4% aller Pflegebedürftiger im Landkreis 65 Jahre und älter. Zum gleichen Zeitpunkt waren es, laut Pflegestatistik, im Bundesdurchschnitt 83%.

Betrachtet man die Pflegequote (Prozent Pflegebedürftiger an allen Einwohnern der jeweiligen Altersgruppe) so wird deutlich, dass der Anteil der Pflegebedürftigen ab einem Alter von 80 Jahren erheblich ansteigt. (siehe folgende Grafik) Am Jahresende 2007 war jeder Zehnte zwischen 75 und 80 von Pflegebedürftigkeit betroffen (11% im Landkreis, blaue Linie; 10% im Bund, rosa Linie). In der Altersgruppe der 80 bis 84jährigen war bereits jeder Fünfte betroffen (22,8% im Landkreis, 20% im Bundesvergleich). Bei den 85 bis 89jährigen stieg der Anteil auf 39,7% im Landkreis und 37,2% im Bundesdurchschnitt. Die über 90jährigen im Landkreis waren zu 61,5% auf Pflege angewiesen (61,6% im Bund).

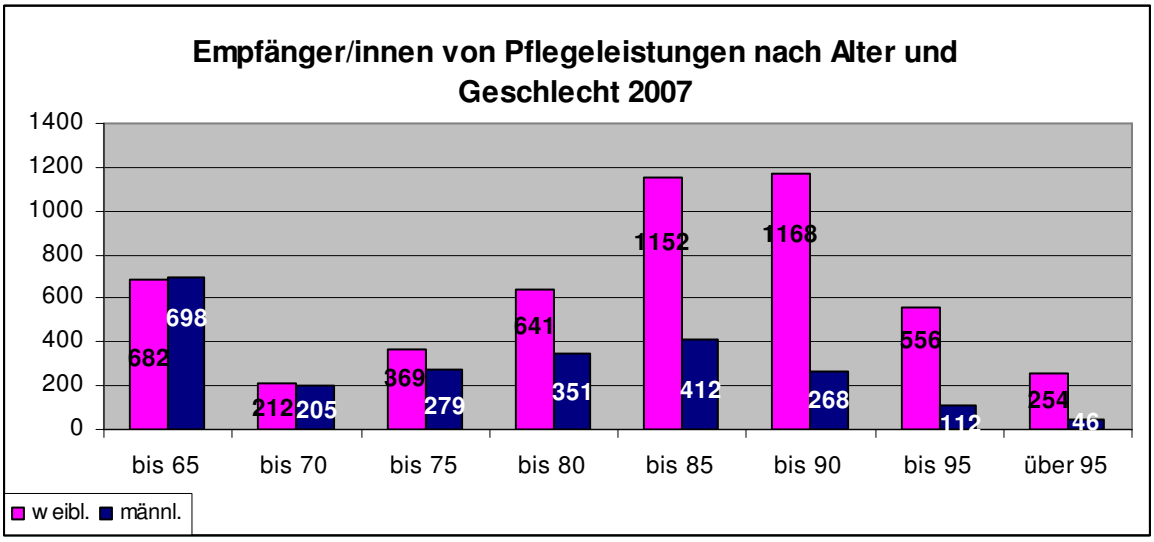
Daneben zeigt die Grafik, dass sich die Pflegequote des Landkreises Gießen im Bundesdurchschnitt bewegt.



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

2.3.
Pflegebedürftigkeit nach Alter und Geschlecht

Im Landkreis Gießen waren 68% aller Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen nach dem SGB XI am Jahresende 2007 weiblich. Das entspricht dem Bundesdurchschnitt. Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass dies auf den erhöhten Anteil der über 75jährigen Frauen zurückzuführen ist (siehe Grafik).



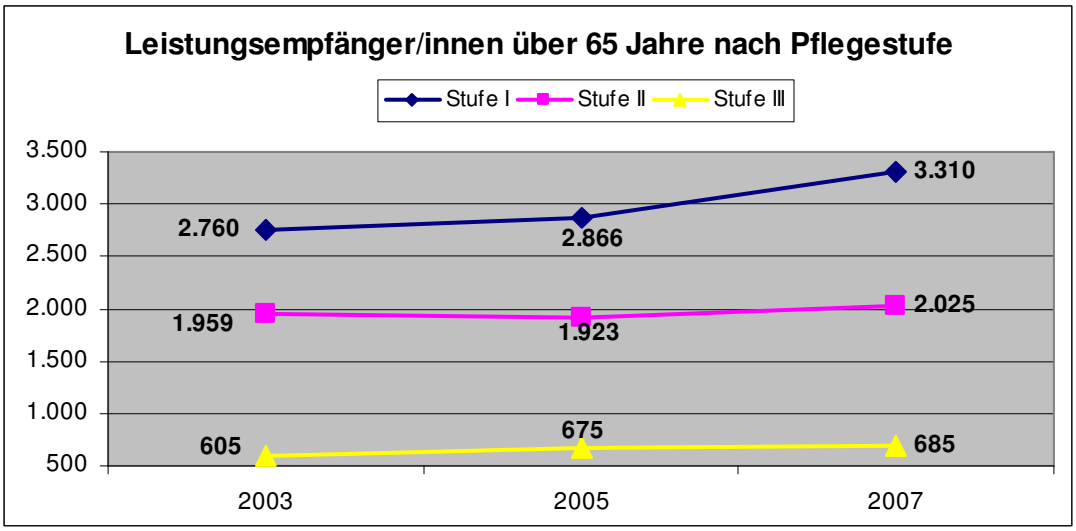
Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Zum Einen liegt die überproportionale Steigerung der Pflegebedürftigkeit von älteren Frauen in der höheren Lebenserwartung von Frauen im Allgemeinen begründet, zum Anderen ist sie eine Folge des Zweiten Weltkrieges.

Letzteres aber bedeutet, dass wir in Zukunft von einer Zunahme des Anteils der männlichen Pflegebedürftigen ausgehen können. Das hat zur Folge, dass Betreuungsangebote inhaltlich stärker an die Lebenssituation von Männern angepasst werden müssen.

2.4.
Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen nach Pflegestufen

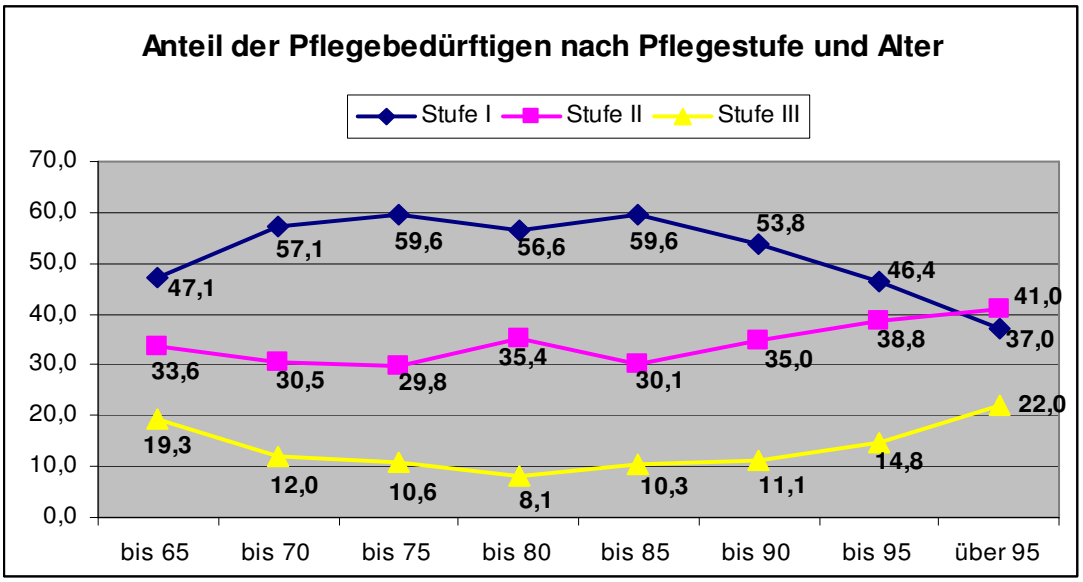
Die meisten Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen über 65 Jahre sind in die Pflegestufe 1 eingeordnet. Ende 2007 betrug ihre Zahl 3.310, was einem Anteil von 55% aller Leistungsempfänger entspricht. Der Anteil der Personen in der Pflegestufe 2 betrug 33,6% (2.025 absolut). Der Stufe 3 gehörte ein Anteil von 11,4% an (685 absolut).



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Wie die vorstehende Grafik zeigt, nahm die Zahl der Leistungsempfänger in der Pflegestufe 1 von 2005 bis 2007 wesentlich stärker zu, als die Zahl der Personen in den Pflegestufen 2 und 3. Die Ursache hierfür dürfte in einer Änderung des SGB XI liegen, wonach nun auch Menschen, die an Demenz erkrankt sind, ohne bereits die bis dahin geltenden Bedingungen für den Leistungsbezug zu erfüllen, Pflegegeld erhalten können.

Bereits bei der Betrachtung der Pflegequote wurde deutlich, dass das Risiko der Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter steigt. Die folgende Grafik verdeutlicht, dass auch der Grad der Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter steigt. Während von den 80 bis 84jährigen Leistungsempfängern noch 59,6% in der Pflegestufe 1 sind, nimmt ihr Anteil mit höherem Alter ab und beträgt bei den über 95jährigen nur noch 37%.



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt Stand: Dezember 2007

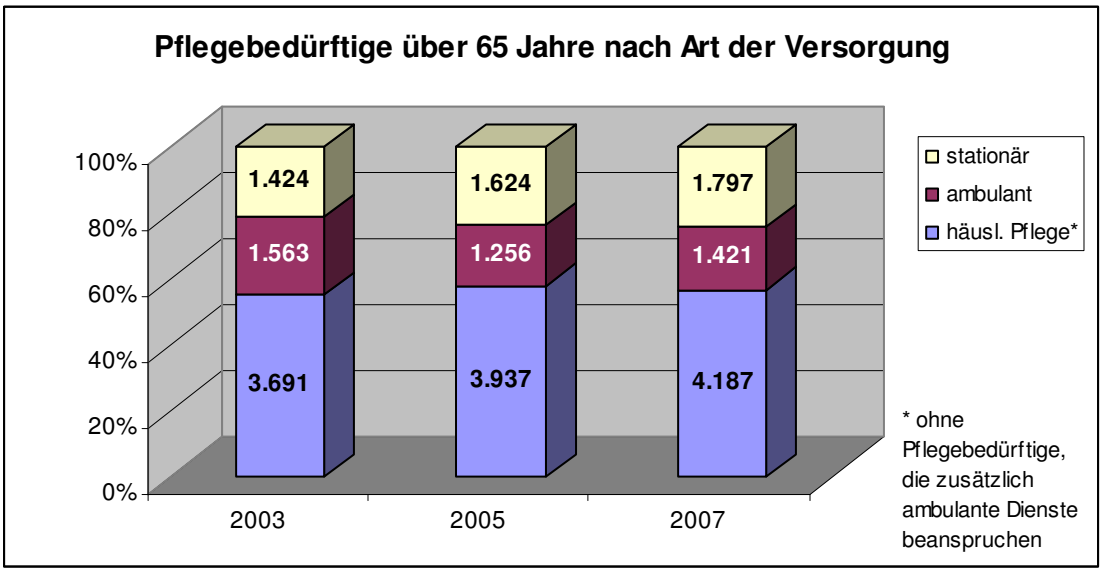
Hingegen steigt der Anteil der 80 bis 84jährigen in der Pflegestufe 2 von 30,1%, auf 41% bei den über 95jährigen.

Noch höher fällt die Steigerung in der Pflegestufe 3 aus. Hier waren 10,3% der Pflegebedürftigen zwischen 80 und 84 Jahre in der Stufe 3. Bei den über 95jährigen betrug ihr Anteil 22%.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich diese Tendenz fortsetzen, so dass wir in Zukunft mit einer Zunahme von schwerstpflegebedürftigen Hochaltrigen rechnen müssen.

2.5.
Art der Versorgung der Pflegebedürftigen im Landkreis

Im Landkreis Gießen erhielten laut statistischem Landesamt 2007 insgesamt 6.025 Personen über 65 Jahre Leistungen nach dem Pflegegesetzt. 2005 waren es 5.482 und 2003 5.334. Das entspricht einer Zunahme von 691 Pflegebedürftigen von 2003 bis 2007 oder 13%.



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Die Grafik zeigt, dass im Landkreis Gießen rund dreiviertel der Pflegebedürftigen über 65 Jahre in ihrer häuslichen Umgebung wohnen. Rund einviertel lebt in Alten und Pflegeheimen im Landkreis. Allerdings nimmt die Zahl der Heimbewohner, wie auch ihr Anteil an allen Pflegebedürftigen deutlich zu. Von 2003 bis 2005 stieg die Zahl der Heimbewohner über 65 Jahre von 1.275 auf 1.389. Am Jahresende 2007 waren es bereits 1.583.

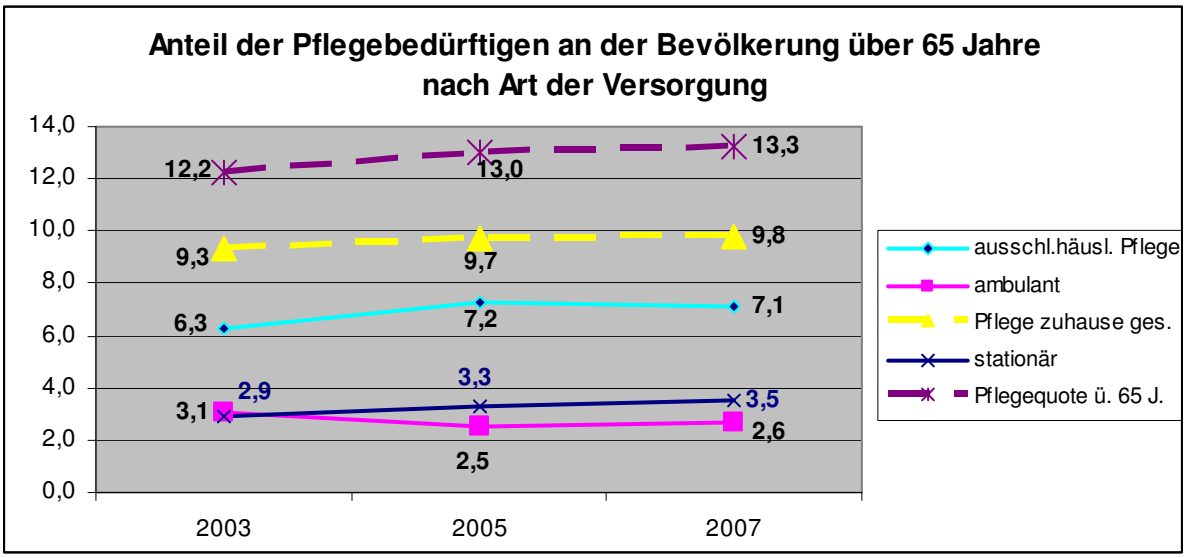
Der Anteil der stationär versorgten Pflegebedürftigen betrug 2003 noch 23,9%, stieg dann 2005 auf 25,3% und betrug 2007 26,3%, bezogen auf alle Leistungsempfänger nach dem SGB XI.

Setzt man die unterschiedlichen Versorgungsarten ins Verhältnis zur Bevölkerung der über 65jährigen, ergibt sich die folgende Grafik. Insgesamt nahm der Anteil der pflegebedürftigen über 65jährigen von 2003 mit 12,2%, über 2005 mit 13%, auf 13,3% 2007, um insgesamt 1,1% zu (obere violette Linie).

Deutlich wird auch hier, der Anteil der zuhause gepflegten Personen überwiegt. So betrug der Anteil der über 65jährigen, die pflegebedürftig waren und zuhause versorgt wurden, 2007 9,8% (gelbe Linie). Die meisten von ihnen wurden ausschließlich durch Angehörige, Freunde, Nachbarn etc. gepflegt. Ihr Anteil betrug am Jahresende 2007 7,1% (mittlere, türkisfarb. Linie). Von 2003 bis 2007 nahm ihr Anteil an der älteren Bevölkerung (über 65 Jahre) um 0,8% zu.

Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil derer, die, zumindest zusätzlich, durch einen ambulanten Dienst versorgt wurden, um 0,5% ab und betrug 2007 2,6% (untere rosa Linie).

Der Anteil an der Bevölkerung über 65 Jahre, der in einem Alten- und Pflegeheim lebt, betrug Ende 2007 3,5% (blaue Linie). Das bedeutet eine Steigerung seit 2003 um 0,6%.

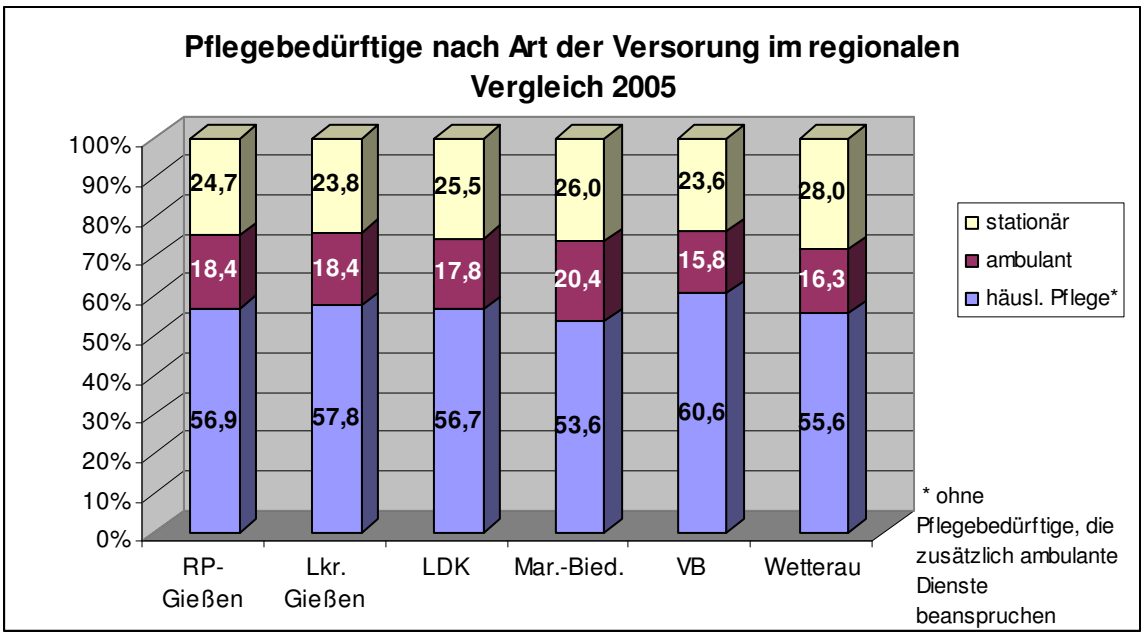


Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

2.6.
Die Art der Versorgung im regionalen Vergleich

Im Rahmen der Pflegestatistik 2005 wurde eine Sonderauswertung von Kreisdaten veröffentlicht. Unter anderem wurde untersucht, wie die Leistungsbezieher, nach dem Pflegegesetz, versorgt werden.

Die folgende Grafik stellt einen Vergleich der Versorgungsarten in unserer Region dar. Sie zeigt, dass sich die Daten des Landkreises Gießen in etwa im Durchschnitt des Regierungsbezirkes bewegen. Auch im Vergleich zu den umliegenden Kreisen sind nur geringe Unterschiede erkennbar, die auf die unterschiedliche Struktur der Landkreise zurückzuführen ist (angegeben sind alle Pflegebedürftige).

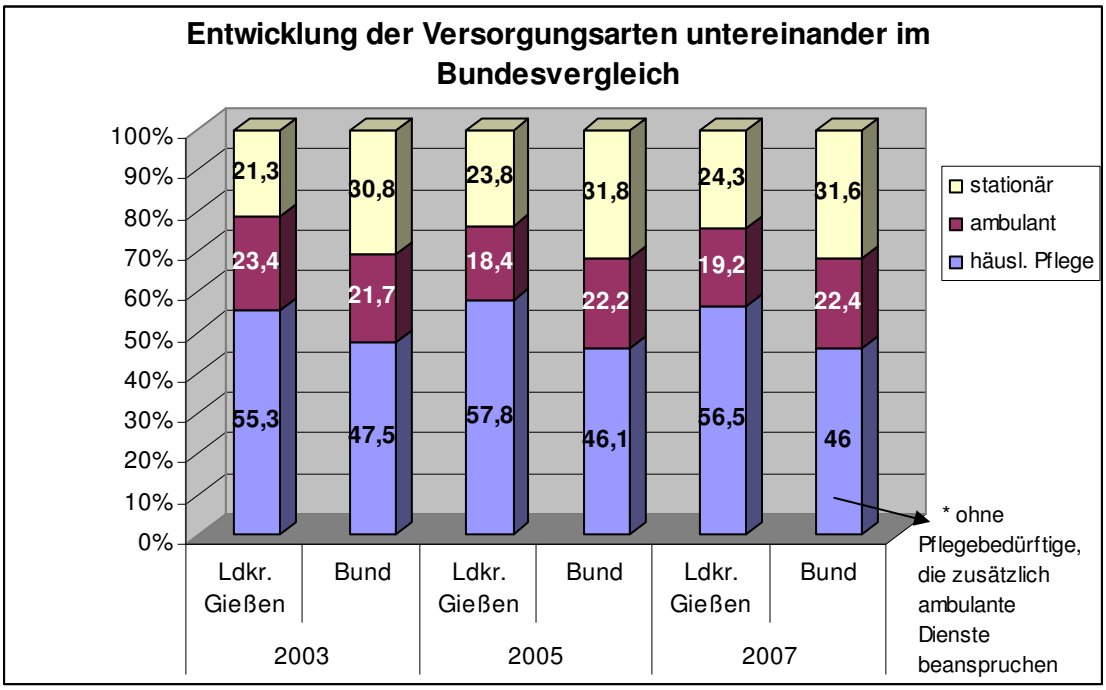


Datenquelle: Pflegestatistik 2005

2.7.
Die Art der Versorgung im Bundesvergleich

Während im Landkreis rund dreiviertel der Pflegebedürftigen zu Hause versorg wird (ausschließlich häusliche Pflege plus zusätzliche Inanspruchnahme ambulanter Dienste), sind es im Bundesdurchschnitt unter 70%, vergleiche Diagramm unten.

Unter den in ihrer häuslichen Umgebung gepflegten Personen ist der Anteil derer, die ausschließlich durch Angehörige, Freunde, Nachbarn etc. gepflegt werden, im Landkreis deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. So betrug ihr Anteil 2007 im Landkreis Gießen 56,5%, während er im Bundesdurchschnitt bei 46% lag.



Datenquellen: Hessisches Statistisches Landesamt und Bundespflegestatistiken

Entgegen dem Bundestrend ging der Anteil derer, die die Dienste der ambulanten Pflege in Anspruch nahmen, im Landkreis zurück. Nahm bundesweit der Anteil der durch ambulante Dienste betreute Menschen von 2003 mit 21,7%, über 2005 mit 22,2%, bis 2007 mit 22,4% zu, so nahm er gleichzeitig im Landkreis ab, von 23,4% 2003, über 18,4% 2005, auf 19,2% 2007.

Sowohl im Landkreis wie auch bundesweit, stieg der Anteil der Pflegebedürftigen, die in Alten- und Pflegeheimen lebten. Während er jedoch im Bundesdurchschnitt von 2003 bis 2007 gerade einmal um 0,8% stieg (von 30,8% 2003 auf 31,6% 2007), betrug die Steigerungsrate im Landkreis Gießen 3% (von 21,3% 2003 auf 24,3% 2007).

Beide Trends im Landkreis, sowohl die prozentuale Abnahme der ambulant versorgten Menschen wie die, im Bundesvergleich, überdurchschnittliche Zunahme des Anteils stationär gepflegter, gilt es künftig zu beobachten. Sollten sie sich fortsetzen, müssen mögliche Ursachen, wie Bevölkerungsstruktur, Angebotsstrukturen etc. kritisch beleuchtet werden.

3.
Angebote der ambulanten Pflege

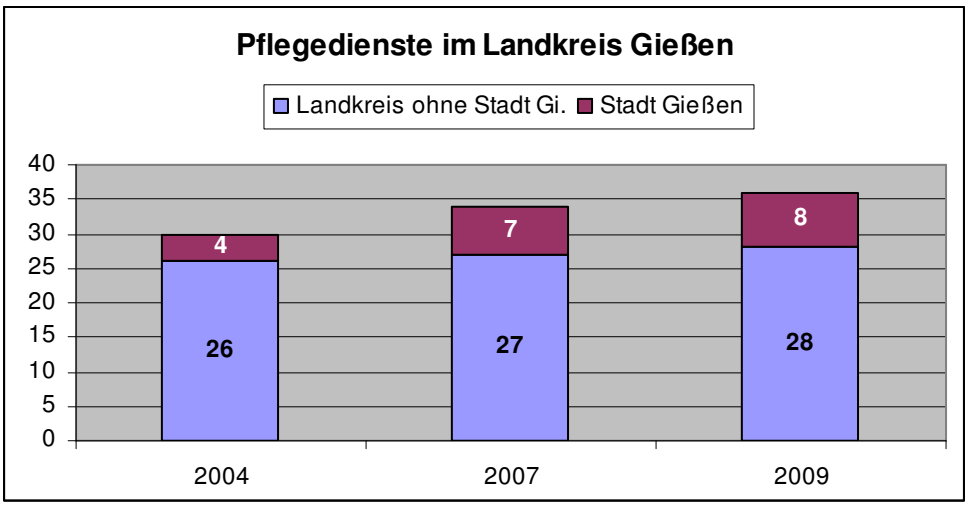
Die folgenden Angaben wurden, soweit nicht anders angegeben, der amtlichen Pflegestatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes entnommen.

Zwar wurden Fragenbogen an die ambulanten Pflegedienste gesandt, die Rückmeldungen waren jedoch so gering, dass keine validen Daten für den Landkreis oder einzelne Regionen genannt werden können.

Die angeführten Daten beziehen sich auf die Pflegedienste, die ihren Sitz im Landkreis Gießen haben. In den Randkommunen des Landkreises sind auch Pflegedienste aus den angrenzenden Landkreisen tätig, diese können aber aufgrund der Datenlage nicht berücksichtigt werden. Ebenso bleibt unberücksichtigt, dass auch Pflegedienste mit Sitz im Landkreis Gießen Bewohnerinnen und Bewohner in angrenzenden Kommunen der umliegenden Landkreise versorgen.

3.1.
Ambulante Pflegedienste im Landkreis

Am 30.9.2004 hatten 30 ambulante Pflegedienste ihren Sitz im Landkreis, davon befanden sich 4 in der Stadt Gießen. Zum Stichtag der Pflegestatistik, am 15.12.2007, gab es 34 ambulante Pflegedienste im Landkreis. Hiervon hatten 7 ihren Sitz in der Universitätsstadt. Bis zum 15.5.2009 stieg die Zahl der Pflegedienste im Landkreis auf 36, wovon 8 in der Stadt Gießen ansässig waren. Ein Pflegedienst in Gießen betreut lediglich Kinder und Jugendliche und ist daher für die Altenhilfeplanung ohne Relevanz. Da in der Pflegestatistik aber die Daten aller Pflegedienste einfließen, werden auch die Daten dieses Anbieters im Folgenden berücksichtigt.

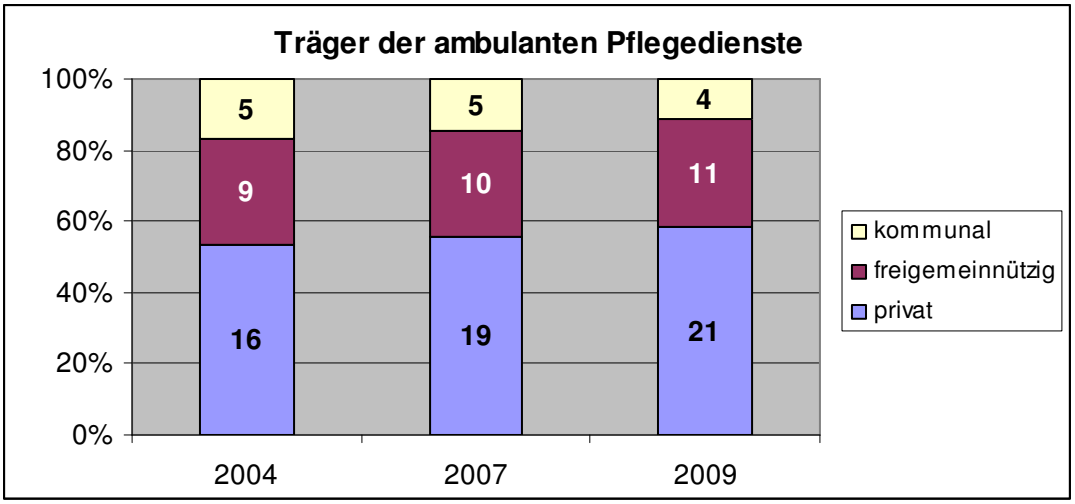


Quelle: AOK-Hessen

Wie die Tabelle 1 im Tabellenteil zeigt, sind in allen Regionen des Landkreises ambulante Pflegedienste ansässig. Allerdings liegen keine Daten zu der jeweiligen Größe und des Versorgungsgebietes vor. Im Zuge einer eigenen Befragung, zum Stichtag 30.9.2004, gaben die Pflegedienste im Landkreis an, zwischen 4 und 40 Kräfte zu beschäftigen.

3.1.1.
Trägerstruktur

Über die Hälfte der ambulanten Pflegedienste werden von privaten Anbietern betrieben (siehe Diagramm). Ihr Anteil stieg mit der zunehmenden Zahl an Pflegediensten von 53% 2004, über 56% 2007, auf 58% 2009. Laut Pflegestatistik waren 2007 (letzte amtliche Statistik) bundesweit 60% aller ambulanter Pflegedienste in privater Trägerschaft.



Datenquelle: AOK-Hessen

Ein knappes Drittel der Pflegedienste im Landkreis werden von Wohlfahrtsverbänden oder anderen gemeinnützigen Trägern betrieben. Auch wenn ihre absolute Zahl von 2004 bis 2009 um jährlich eine Einrichtung zunahm, blieb ihr Anteil relativ konstant bei rund 30% (2004 = 30%, 2007 = 29,4%, 2009 = 30,6%). Damit lag der Anteil der gemeinnützigen Träger zumindest 2007 unter dem Bundesdurchschnitt von 38,5%.

Die absolute Zahl der durch Kommunen betriebenen Pflegedienste war mit 5 Sozialstationen bis 2007 konstant. Dann wurde die Einrichtung in Buseck umgewandelt und in Trägerschaft der Johanniter übergeleitet, die auch das Pflegeheim betreiben. Der Anteil der kommunal betriebenen Pflegedienste ging von 2004 mit 17%, über 2007 mit 15%, bis 2009 auf 11% zurück. Bundesweit betrug der Anteil der Pflegedienste, die durch die Kommunen betrieben wurden 2007 gerade einmal 1,5%.

3.2.
Personal der ambulanten Pflegedienste

Am Jahresende 2003 arbeiteten insgesamt 537 Personen bei ambulanten Pflegediensten im Landkreis Gießen. Ihre Zahl nahm zum Dezember 2005 ab auf 459, um bis Jahresende 2007 auf 625 zu steigen, siehe Diagramm.

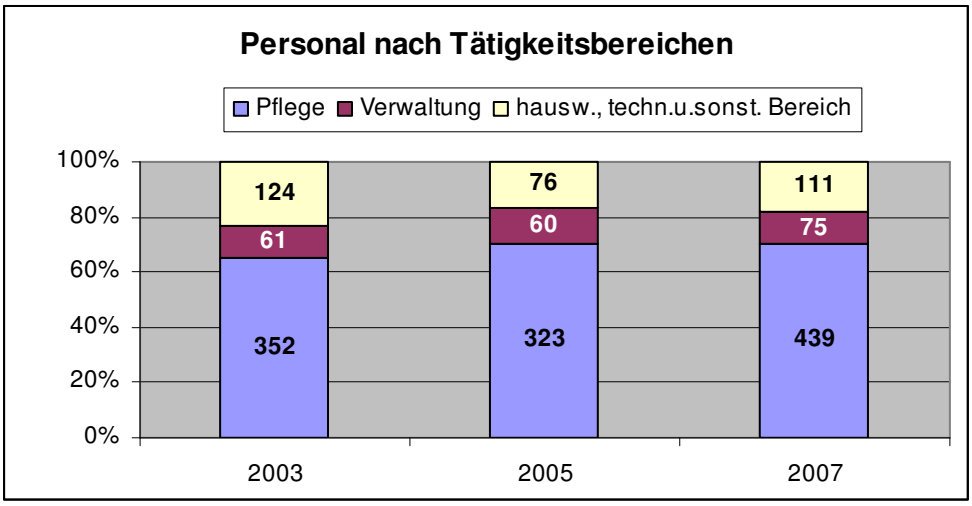
3.2.1.
Personal nach Tätigkeitsbereichen

Wie das folgende Diagramm zeigt, stieg die Zahl des Personals, das direkt in der Pflege eingesetzt war von 2003 mit 352, bis 2007 auf 439, auch wenn zum Jahresende 2005 ein leichter Rückgang auf 323 zu verzeichnen war.

Im Bereich der Verwaltung stieg die Zahl von 2003, mit 61 Beschäftigten, über 60 im Dezember 2005, auf 75 zum Jahresende 2007.

Lediglich in den hauswirtschaftlichen, technischen und sonstigen Bereichen nahm die Zahl der Beschäftigten von 2003 mit 124, über 2005 mit 76, ab auf 111 im Jahr 2007.

Am Jahresende 2003 arbeiteten insgesamt 537 Personen bei ambulanten Pflegediensten im Landkreis Gießen. Ihre Zahl nahm zum Dezember 2005 ab auf 459, um bis Jahresende 2007 auf 625 zu steigen, siehe Diagramm.

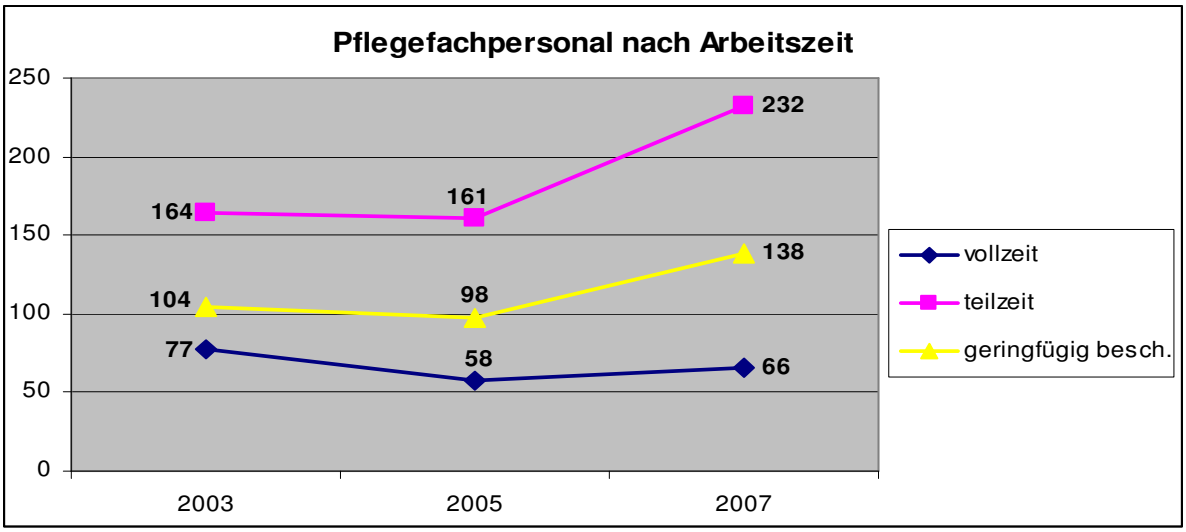


Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

3.2.2.
Pflegepersonal nach Beschäftigungsverhältnis

Wie bereits ausgeführt, nahm die absolute Zahl des Pflegepersonals in den Jahren von 2003 bis 2007 zu. Die nachfolgende Grafik zeigt jedoch, dass beim Pflegefachpersonal (Zivildienstleistende, Auszubildende, Helfer/innen bleiben unberücksichtigt) die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von Ende 2003 mit 77, über 2005 mit 58, bis Dezember 2007 auf 66 sank. Das entspricht einer Abnahme von 14%, allerdings auf einem ohnehin geringen Niveau. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Pflege betrug im Landkreis 2007 15,7% (incl. Zivildienstleistende, Auszubildende, Helfer/innen). Zum Vergleich betrug der Anteil im Bundesdurchschnitt 21,3%.

Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in diesem Bereich im Landkreis von 164, im Dezember 2003, auf 232 am Jahresende 2007, was einer Steigerung von 41,5% entspricht. Ebenfalls erheblich stieg die Zahl des geringfügig beschäftigten Pflegefachpersonals von 2003 mit 104, bis 2007 mit 138. Hier ist eine Steigerung um 32,7% zu verzeichnen.



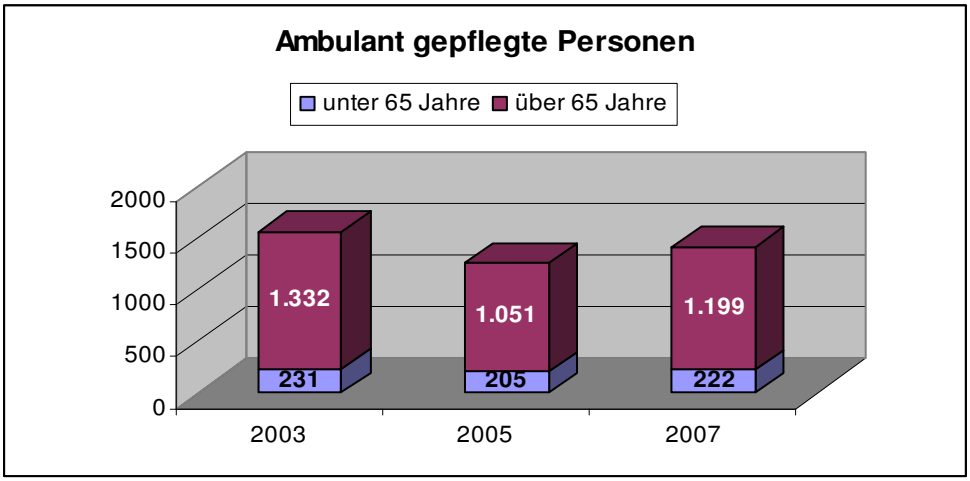
Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Insgesamt ist festzustellen, dass zwar die absolute Zahl des Pflegepersonals gestiegen ist, gleichzeitig aber die Zahl der vollzeitbeschäftigten Pflegerinnen und Pfleger sank. Für die zu Pflegenden und ihre Angehörigen bedeutet dies zumeist, häufig wechselndes Personal. Diese Entwicklung kann gerade in einem Bereich, wie der Pflege alter und kranker Menschen, die stark in die Privat-, ja Intimsphäre der Menschen eindringt, nicht unproblematisch sein. Insbesondere für Menschen mit Demenz ist die kontinuierliche Pflege durch feste Bezugspersonen von großer Bedeutung. Ständig wechselndes Personal führt zur Verunsicherung und oftmals einer Verweigerungshaltung.

3.3.
Durch ambulante Pflegedienste betreute Personen

3.3.1.
Ambulant gepflegte Personen nach Alter

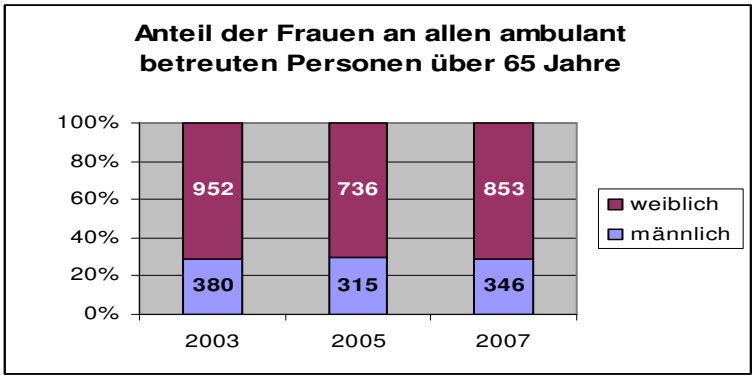
Die Zahl der ambulant gepflegten Personen schwankte zwischen den Befragungsstichtagen des Statistischen Landesamtes, von insgesamt 1.563 Personen 2003, über 1.256 Personen 2005, auf 1.421 Personen 2007. Auch den über 65-jährigen Pflegebedürftigen ist kein Trend auszumachen. Hier betrug die Zahl 2003 1.332, 2005 1.051 und im Jahr 2007 1.199. Auch der Anteil der über 65-jährigen, an allen durch ambulante Dienste betreuten Personen weist keine signifikanten Unterschiede auf (2003 = 85,2%, 2005 = 83,7%, 2007 = 84,4%).



Datenquelle: Hess. Statistisches Landesamt

3.3.2.
Ambulant gepflegte Personen nach Alter und Geschlecht

Für die Altenhilfeplanung sind die älteren Pflegebedürftigen von Interesse, daher wird im Folgenden nur die Altersgruppe der über 65-jährigen betrachtet.



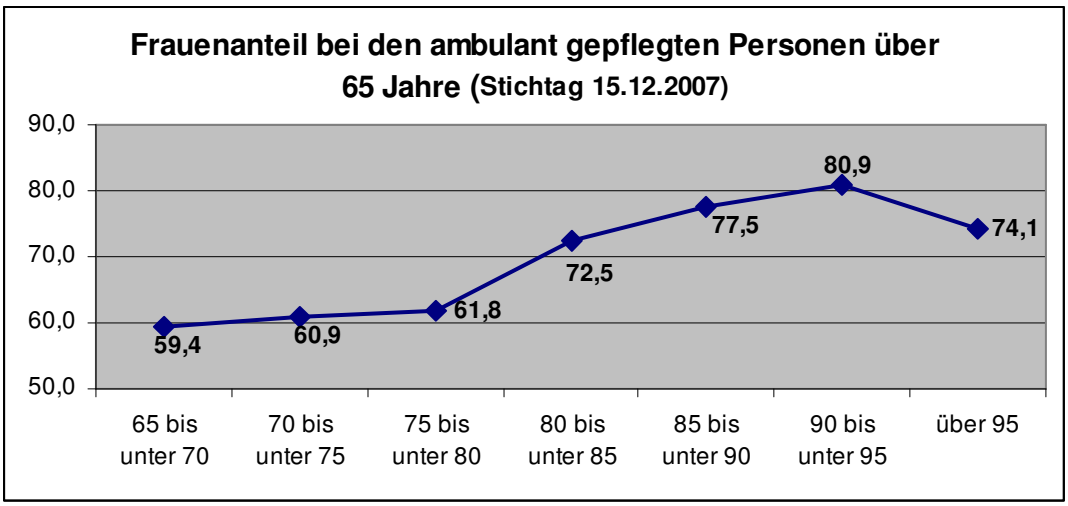
Datenquelle: Hess. Statistisches Landesamt

Wie die Grafik zeigt, beträgt der Anteil der Frauen ca. 70% aller ambulant gepflegter über 65-jährigen. Dies entspricht auch dem Bundesdurchschnitt zum Jahresende 2007, von 68,8%.

Betrachtet man die Altersgruppen differenzierter so fällt auf, dass der Frauenanteil bei den über 80-Jährigen extrem steigt (siehe Diagramm unten). Zwar sind die Männer in allen Altersgruppen, der über 65-Jährigen geringer vertreten als die Frauen, in der Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen nimmt der Frauenanteil jedoch rapide zu.

In den Altersgruppen der 65- bis unter 80-jährigen nimmt der Frauenanteil nur geringfügig zu von 59,4% (65 bis unter 70 Jahre), über 60,9% (70 bis unter 75 Jahre), auf 61,8% (75 bis unter 80 Jahre). Dann steigt er jedoch bei den 80- bis unter 85-jährigen sprunghaft an auf 72,5%. Auch in den beiden nächsten Altersgruppen liegt der Frauenanteil deutlich über dem der Männer.

Diese Steigerung ist zum Einen auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurück zu führen. Sie ist aber in erheblichem Maße auch eine Folge des zweiten Weltkrieges. Somit ist davon auszugehen, dass sich der Anteil von Männern und Frauen auch in der Altersgruppe, der über 80jährigen annähern wird.



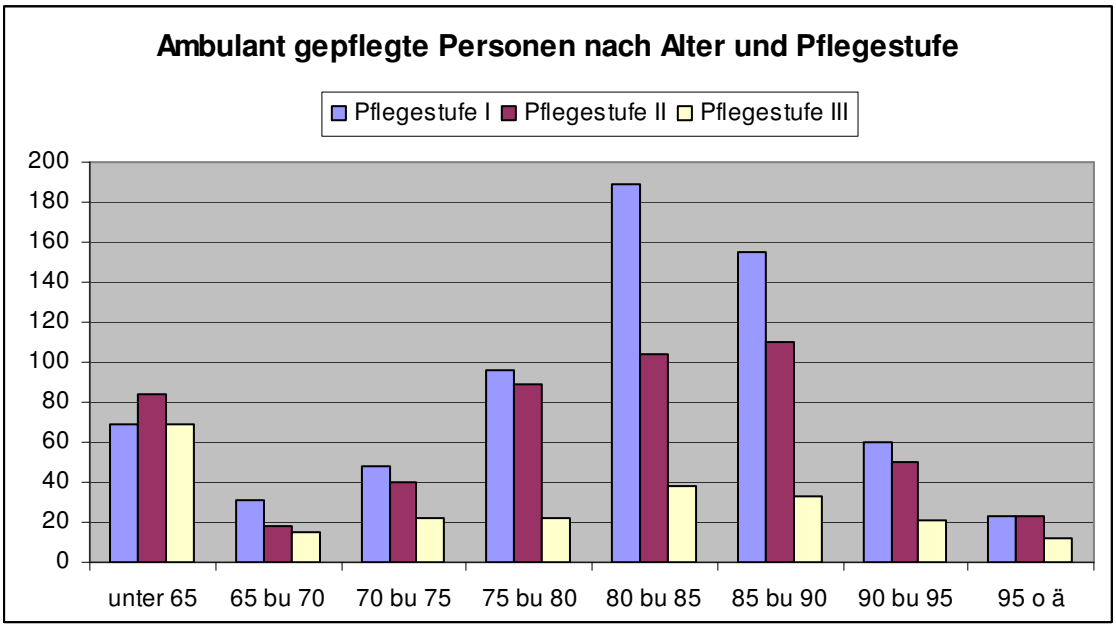
Datenquelle: Hess. Statistisches Landesamt

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde an dieser Stelle nur die Geschlechterverteilung zum Stichtag 15.12.2007 dargestellt. Zwar weicht die Geschlechterverteilung nach Alter an den einzelnen Stichtagen voneinander ab, aber in jedem Jahr nahm der Anteil der Frauen bei den über 80-jährigen zu. Die Pflegebedürftigen nach Alter und Geschlecht zu den einzelnen Stichtagen sind der Tabelle 4 im Tabellenteil zu entnehmen.

3.3.3.
Ambulant gepflegte Personen nach Alter und Pflegestufe

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko pflegebedürftig zu werden und professionelle Hilfe zu benötigen. Dies spiegelt sich natürlich auch in der Pflegestatistik wider.

Die Zahl derer, die im Landkreis Gießen Ende 2007 von ambulanten Pflegediensten versorgt wurden, stieg in der Altersgruppe der 75- bis unter 80jährigen deutlich an, auf 207. Bei den 65- bis 75jährigen waren es Ende 2007 insgesamt 174 Personen. Die meisten ambulant Gepflegten sind im Alter zwischen 80 und 85 Jahren, gefolgt von der Altersgruppe der 85 bis unter 90jährigen



Datenquelle: Hess. Statistisches Landesamt

Wie die Grafik zeigt, steigt bei den über 75jährigen Personen, die ambulant gepflegt werden, insbesondere die Zahl derer, die in der Pflegestufe II und III eingestuft sind. Zwar nimmt die absolute Zahl der Gepflegten ab einem Alter von 85 Jahren ab, der Anteil der Pflegebedürftigen der Pflegestufen II und III nimmt hingegen stark zu.

4.
Hausärztliche Versorgung

Ein wichtiger Stützpfeiler für die ambulante Pflege ist eine ausreichende Versorgung durch Hausärzte. Sie sind Ansprechpartner für die Patienten, deren Angehörige aber auch für die Pflegedienste. Eine Umfrage der Beratungs- und Koordinierungsstelle (BeKo) 2008 ergab, dass in allen Städten und Gemeinden des Landkreises Gießen noch mindestens zwei Hausarztpraxen ansässig waren. Da die Praxen sehr unterschiedliche Größen aufweisen, einzelne Ärzte, Gemeinschaftspraxen, Praxen mit angestellten Ärzten usw. ist ein direkter Vergleich der Angebote auf örtlicher Ebene nicht möglich.

5.
Stationäre Angebote der Altenhilfe

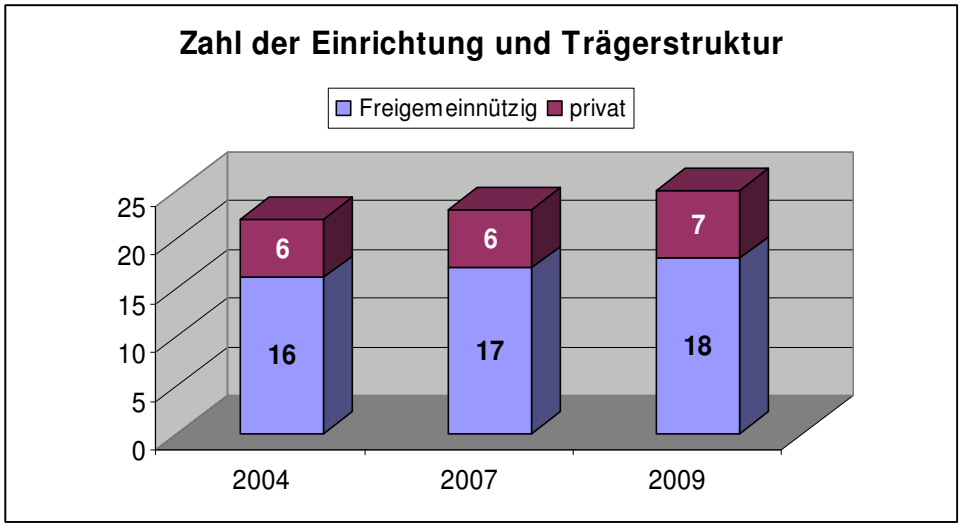
5.1.
Die Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen

Zum Zeitpunkt der ersten Erhebung, im Jahr 2004, gab es im Landkreis Gießen 22 Alten- und Pflegeheime, davon 4 in der Universitätsstadt. Am Befragungsstichtag, 15.12.2007, waren es insgesamt 23, wovon 19 im Kreisgebiet ansässig waren. Am 15.5.2009 gab es in der Stadt Gießen 5 Einrichtungen und im Kreisgebiet 20. Außer in den beiden Städten Allendorf und Staufenberg werden damit in allen kreisangehörige Kommunen stationäre Pflegeplätze angeboten.

Die Zahl der Plätze stieg von 2004 (1.694) über 2007 (1.720) bis 2009 (1.884) um 190 (siehe Tabelle 5). Das entspricht einer Steigerung von Mitte 2004 bis Ende 2007 um 3,1%. Laut der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes sank das Platzangebot bundesweit von 2003 bis 2007 um 10,7%.

5.1.1.
Trägerstruktur

Von den 22 Alten- und Pflegeheimen 2004 waren 16 freigemeinnützig, das entspricht 73%, 2007 waren es 17 = 74% und 2009 waren 18 Einrichtungen freigemeinnützig = 72%. Damit werden im Landkreis Gießen nur rund ein Viertel der stationären Einrichtungen von privaten Firmen betrieben (siehe auch Tabelle 5 im Anhang). Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der privaten Träger laut Pflegestatistik 2007 39%.



Quelle: eigene Erhebung, 2009 AOK Hessen

5.1.2.
Versorgungsgrad mit vollstationären Pflegeplätzen nach Kommune

Der Landesrahmenplan für die pflegerische Versorgung in Hessen sieht auf 1000 Einwohner über 65 Jahre 25 vollstationäre Pflegeplätze vor, um den Bedarf zu decken. Das bedeutete im Jahr 2004 einen Überhang von 579 Plätzen im Landkreis Gießen. Bis zum 15.5.09 nahm der Überhang zu auf 749 Plätze.

Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die 24 Plätze des Alten- und Pflegeheims der Schottener Reha GmbH, in Langgöns, für psychisch und geistig behinderte ältere Menschen vorgesehen sind und das Martinsheim in Reiskirchen (32 Plätze) eine Einrichtung ist, in deren Vordergrund die psychiatrische Betreuung und Pflege steht, gab es auf der o. g. Berechnungsgrundlage im Jahr 2004 einen Überhang von 523 Plätzen und 2009 von 693 Plätzen.

Vollstationäre Angebote										
	Bestand 30.6.04 Einrichtungen		Einwohner über 65 J.	Quote Basis	Diff.	Bestand 15.5.09 Einrichtungen		Einwohner über 65 J.	Quote Basis	Diff.
	Zahl	Plätze	2003	25/Tsd.		Zahl	Plätze	2007**	25/Tsd.	
Langgöns*	2	62	1.795	45	17	2	100	1.990	50	50
Linden	1	98	1.903	48	50	1	97	2.018	50	47
Pohlheim	1	80	2.801	70	10	1	79	2.960	74	5
Region1	**4**	**240**	**6.499**	**162**	**78**	**4**	**276**	**6.968**	**174**	**102**
Hungen	1	87	2.444	61	26	1	80	2.565	64	16
Lich	1	56	2.326	58	-2	1	56	2.503	63	-7
Region 2	**2**	**143**	**4.770**	**119**	**24**	**2**	**143**	**5.068**	**127**	**16**
Grünberg	1	66	2.507	63	3	1	66	2.618	65	1
Laubach	3	156	1.983	50	106	3	154	2.125	53	101
Region 3	**4**	**222**	**4.490**	**112**	**110**	**4**	**220**	**4.743**	**119**	**101**
Allendorf			749	19	-19	0	0	785	20	-20
Lollar	2	235	1.763	44	191	2	332	1.868	47	285
Rabenau			1.073	27	-27	1	40	1.136	28	12
Staufenberg***			1.483	37	-37	0	0	1.541	39	-39
	Zahl	**Plätze**	**2003**	**25/Tsd.**		**Zahl**	**Plätze**	**2007****	**25/Tsd.**	
Region 4	**2**	**235**	**5.068**	**127**	**108**	**3**	**332**	**5.330**	**133**	**199**

Vollstationäre Angebote										
	Bestand 30.6.04 Einrichtungen		Einwohner über 65 J.	Quote Basis	Diff.	Bestand 15.5.09 Einrichtungen		Einwohner über 65 J.	Quote Basis	Diff.
	Zahl	Plätze	2003	25/Tsd.		Zahl	Plätze	2007**	25/Tsd.	
Buseck			2.192	55	-55	1	86	2.365	59	27
Fernwald	1	131	1.177	29	102	1	131	1.304	33	98
Reiskirchen	2	123	1.735	43	80	2	123	1.852	46	77
Region 5	**3**	**254**	**5.104**	**128**	**126**	**4**	**254**	**5.521**	**138**	**116**
Biebertal	1	32	2.026	51	-19	1	32	2.080	52	-20
Heuchelheim	1	24	1.498	37	-13	1	24	1.564	39	-15
Wettenberg	1	44	2.322	58	-14	1	32	2.489	62	-30
Region 6	**3**	**100**	**5.846**	**146**	**-46**	**3**	**56**	**6.133**	**153**	**-97**
Landkreis	**18**	**1.194**	**31.777**	**794**	**400**	**20**	**1.281**	**33.763**	**844**	**437**
Gießen	4	474	11.803	295	179	5	603	11.651	291	312
Gesamt	**22**	**1.668**	**43.580**	**1.090**	**579**	**24**	**1.884**	**45.414**	**1135**	**749**

Quelle: 2004 eigene Erhebung, 2009 AOK -Hessen

* Die Einrichtung der Schottener Reha GmbH hält im Rahmen der Wohneinrichtung für Behinderte 24 Plätze für ältere oder pflegebedürftige Bewohner/innen vor.

** Einwohnermeldedaten 2008 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vor

*** in Staufenberg wurde im Juni 2010 mit dem Bau eines Alten- und Pflegeheimes, mit geplanten 90 Plätzen begonnen

Laut Berechnungsgrundlage des Landesrahmenplanes weisen alle Teilräume bis auf Region 6 (Biebertal, Heuchelheim, Wettenberg) ein Überangebot an Plätzen auf. Allerdings waren sowohl bei der Befragung zum Stichtag 30.6.2004, wie auch zum Stichtag 15.12.2007, die Einrichtungen mit 93,2% bzw. mit 97,6% belegt, siehe hierzu auch Tabelle 6 im Anhang.

Auch wenn man berücksichtigt, dass es sich um Stichtagserhebungen handelt, die keine Aussage zur Auslastung im Jahresmittel treffen, wird deutlich, dass der Landesrahmenplan den tatsächlichen Bedarf nur ungenügend widerspiegelt. So lebten am Jahresende 2007 tatsächlich 35 von tausend Einwohnern über 65 Jahre in einem Alten- und Pflegeheim, während der Landesrahmenplan von einem Bedarf von 25 je Tausend Einwohner über 65 Jahre ausgeht. Bei Bedarfsprognosen für die Zukunft müssen deshalb auch andere Berechnungsvarianten herangezogen werden.

5.1.3.
Spezialisierte Einrichtungen oder Abteilungen

Zwei der Alten- und Pflegeheime sind auf die Betreuung und Pflege bestimmter Personenkreise spezialisiert. Dies ist zum einen das Alten- und Pflegeheim der gemeinnützigen Schottener Reha in Langgöns. Hier wohnen behinderte ältere Menschen, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen aus dem angegliederten Werkstattbereich ausgeschieden sind. Zum anderen handelt es sich um das privat betriebene Martinsheim in Reiskirchen. Hier werden zu einem großen Teil Personen betreut, die psychisch erkrankt sind, durch dissoziales Verhalten auffällig wurden u. ä. m. Das Seniorenzentrum „Albert-Oswald-Haus“, von der Arbeiterwohlfahrt, in der Stadt Gießen, zeichnet sich dadurch aus, dass es baulich und fachlich besonders auf die Bedürfnisse von Menschen mit Sehbehinderungen und Blinde eingeht. Angegliedert an das Alten- und Pflegeheim „Stankt Anna“ des Caritas Verbandes ist eine Abteilung für Schwerst-Schädel-Hirn-Verletzte.

Neben diesen Einrichtungen haben zum Stichtag 15.12.2007 sechs Einrichtungen spezialisierte Abteilungen. 5 Heime bieten Wohngruppen oder Hausgemeinschaften für gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen, insbesondere mit Demenz, an. Ein Alten- und Pflegeheim bietet eine besondere Tagesbestreuung für Bewohnerinnen und Bewohner mit Demenz an (vergleiche Tabelle 7 im Anhang). Bei der Befragung zum Stichtag 30.6.2004 gaben drei Einrichtungen an, spezielle Angebote für Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen vorzuhalten. Damit hat sich die Anzahl der Angebote für diesen Personenkreis von 2004 bis 2007 verdoppelt.

5.1.4.
Auslastung der Alten- und Pflegeheime

Nach eigenen Angaben waren die Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen, am Stichtag 30.6.2004, im Durchschnitt zu 93,2% belegt. Am Stichtag 15.12.2007 betrug die Auslastung 97,6%, siehe Tabelle 6 im Anhang. Zum gleichen Stichtag betrug die Auslastung vergleichbarer Einrichtungen im Bundesdurchschnitt, laut Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes, 91,4%.

Da es sich um zwei Stichtagserhebungen handelt, können hieraus für den Landkreis noch keine Entwicklungen abgeleitet werden. Auffallend ist, dass bei beiden Befragungen die Auslastung der Giessener Heime höher war, als die der Heime im übrigen Kreisgebiet. In wie weit es sich hierbei jedoch um einen Trend handelt, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht gesagt werden.

Am Stichtag 15.12.2007 wiesen mehrere Häuser eine Belegung von über 100% auf. Laut Auskunft einiger Betreiber handele es sich hierbei um kurzfristige Überbelegungen, die dadurch entstünden, dass Notfälle aufgenommen würden, wenn abzusehen sei, dass kurzfristig freie Plätze zur Verfügung stünden.

5.2.
Erreichbarkeit und soziale Infrastruktur

5.2.1.
Erreichbarkeit

Um die Erreichbarkeit der Alten- und Pflegeheime mittels ÖPNV und Individualverkehr zu erfassen, wurde nach der Entfernung zur nächsten Bushaltestelle sowie nach dem Parkplatzangebot gefragt.

Erreichbarkeit der Einrichtungen										
	Entfernung bis zur nächsten Bushaltestelle						ausreichend Parkplätze			
	bis 200m		200 - 500m		über 500m		ja		nein	
	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007
Langgöns Reha					X	X	X	X		
Langgöns AWO			X	X			X	X		
Linden			X	X			X	X		
Pohlheim	X			X			X	X		
Hungen			X	X			X			X
Lich		X	X				X	X*		

Erreichbarkeit der Einrichtungen										
	Entfernung bis zur nächsten Bushalte-stelle						ausreichend Parkplätze			
	bis 200m		200 - 500m		über 500m		ja		nein	
	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007
Grünberg	X	X					X	X		
Laubach Salzm.					X	X	X	X		
Laubach Amtsg.	X	X						X	X	
Laubacher Stift	X	X					X	X		
Lollar Grüner Wg			X	X			X	X		
Lollar AWO					X	X	X	X		
Rabenau				X				X		
Fernwald	X	X					X			X
Reisk. Wieseckt.			X	X			X	X		
Reisk. Martinsh.			X	X			X	X		
Biebertal	X	X						X	X	
Heuchelheim	X	X					X	X		
Wettenberg		X			X		X	X		
	7	8	7	8	4	3	16	17	2	2
Gießen St.Anna	X	X					X	X		
Gießen Johannes.	X	X					X			X
Gießen AWO	X	X					X			X
Gießen Maria Fr.	X	X							X	X
	4	4					3	1	1	3
Gesamt	11	12	7	8	4	3	19	18	3	5

*** außer bei größeren Veranstaltungen und Festen**

Alle vier Gießener Einrichtungen gaben 2004 und 2007 eine Entfernung von bis zu 200 Metern bis zur nächsten Bushaltestelle an. Im Kreisgebiet gaben 2004 sieben und 2007 acht Alten- und Pflegeheime an, dass die nächste Bushaltestelle in höchstens 200 Meter Entfernung lag. Bei der Befragung 2004 gaben 7 Heime an, dass die nächste Haltstelle 200 bis 500 Meter entfernt sei, 2007 waren es 8. Weiter als 500 Meter war die nächste Bushaltestelle 2004 in 4 Fällen und 2007 in 3. In 2004 gaben vier Pflegeheime und in 2007 drei Pflegeheime an, dass die Entfernung zur Bushaltsstelle weiter als 500 m sei.

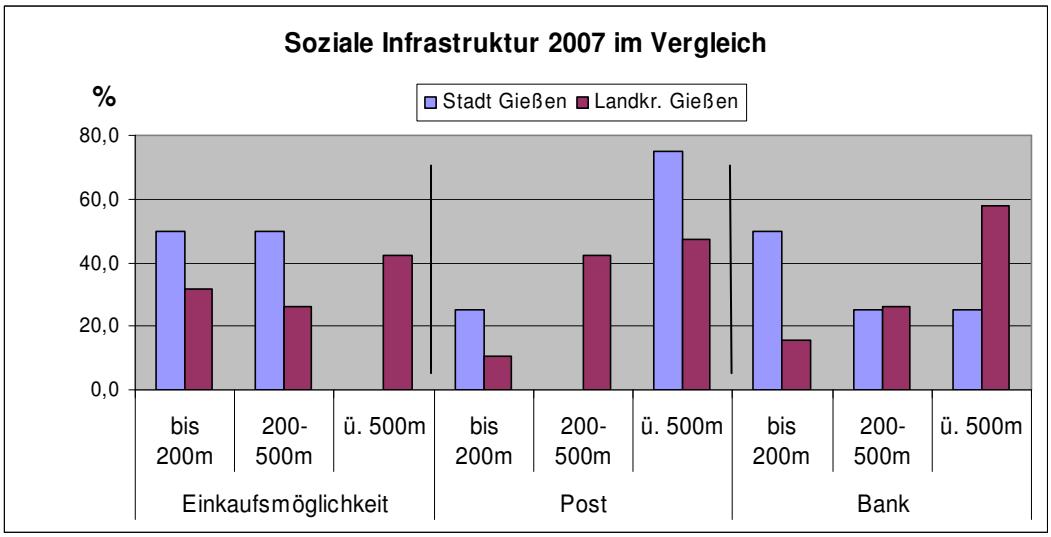
Von den 18 Alten- und Pflegeheimen im Kreisgebiet verfügten, eigenen Angaben zu Folge, 16 im Jahr 2004 und 17 in 2007 über ausreichende Parkplätze. In der Stadt Gießen gaben drei der vier Einrichtungen an, über ausreichende Parkplätze zu verfügen.

Damit lässt sich insgesamt feststellen, dass die weit überwiegende Zahl der Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen gut zu erreichen sind.

5.2.2.
Soziale Infrastruktur

Wesentlich differenzierter zu betrachten sind die Angaben der Pflegeheime bzgl. der Entfernung von Post, Bank und Einkaufsmöglichkeiten. Die vergleichende Gegenüberstellung der infrastrukturellen Angebote um die Alten- und Pflegeheime im Landkreis und in der Stadt Gießen zeigt zum Teil deutliche Unterschiede auf.

So sind erwartungsgemäß Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt Gießen besser und schneller zu erreichen als im Landkreisdurchschnitt. Bei allen vier Giessener Heimen liegen Einkaufsmöglichkeiten innerhalb von 500m um die Einrichtungen. Im Landkreis trifft dies auf 58% der stationären Einrichtungen zu. Auch der Weg zur nächsten Bank ist durchschnittlich in Gießen kürzer, bei drei von vier Einrichtungen höchstens 500 m. Anders sieht es bei der Entfernung zur nächsten Postfiliale aus. Nur bei einer Einrichtung liegt die Post im Umkreis von 500m, während dies bei 53% der Heime im Landkreis der Fall ist. Detaillierte Daten sind der Tabelle 8 im Anhang zu entnehmen.



Quelle: eigene Erhebung

Da die örtliche Lage der Alten- und Pflegeheime sehr unterschiedlich ist und viele Bewohnerinnen und Bewohner eingeschränkt mobil sind, kommen in vielen Heimen Dienstleister ins Haus, z.B. Frisör, Fußpflege, Krankengymnastik, etc. Teilweise bieten auch Einzelhändler und Banken ihre Produkte und Dienstleistungen in den Einrichtungen an. Außerdem bieten einige Heime Fahrdienste für Bewohnerinnen und Bewohner an.

5.3.
Das Personal in der stationären Pflege und Betreuung

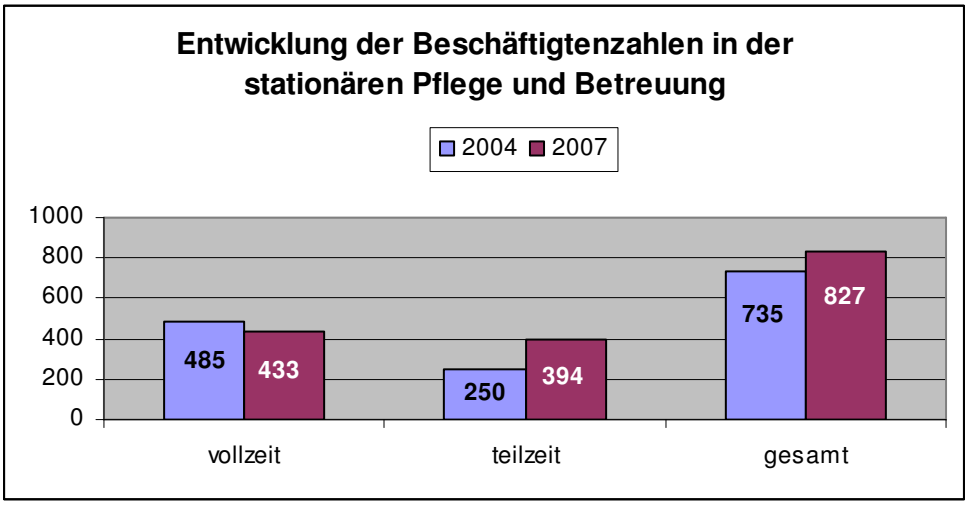
Bei den im Folgenden genannten Daten und aufgezeichneten Tendenzen ist zu berücksichtigen, dass es sich um Gesamtzahlen aller Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen handelt. Sie sind nicht auf jede Einrichtung übertragbar, stellen aber insgesamt einen Überblick über die Personalsituation in der stationären Pflege dar.

Insgesamt wurden 2004 735 Beschäftigte in der Pflege und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt. 2007 nahm ihre Zahl zu, auf 827. Im gleichen Zeitraum nahm aber die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ab, von 485 in 2004 auf 433 in 2007. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg hingegen an, von 250 (2004) auf 394 (2007), siehe nachstehendes Diagramm.

Zusätzlich waren 2004 16 Zivildienstleistende und 16 junge Frauen sowie ein Mann, die ein Freiwilliges Soziales Jahr ableisteten, im Einsatz. Im Jahr 2007 leisteten 19 junge Männer ihren Zivildienst in den Alten- und Pflegeheimen ab und 9 junge Menschen, darunter ein Mann, waren im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres tätig.

Mitte 2004 waren 14 Personen auf Honorarbasis in der Pflege tätig, darunter 5 Pflegefachkräfte und 9 angelernte Kräfte. Zwei Honorarkräfte waren männlich. Ende 2007 betrug die Zahl, der über Honorarverträge eingesetzten Kräfte, insgesamt 3. Da es sich um Stichtagserbebungen handelt und Honorarkräfte häufig kurzfristig eingesetzt werden, kann aus den vorliegenden Daten keine Tendenz konstatiert werden.

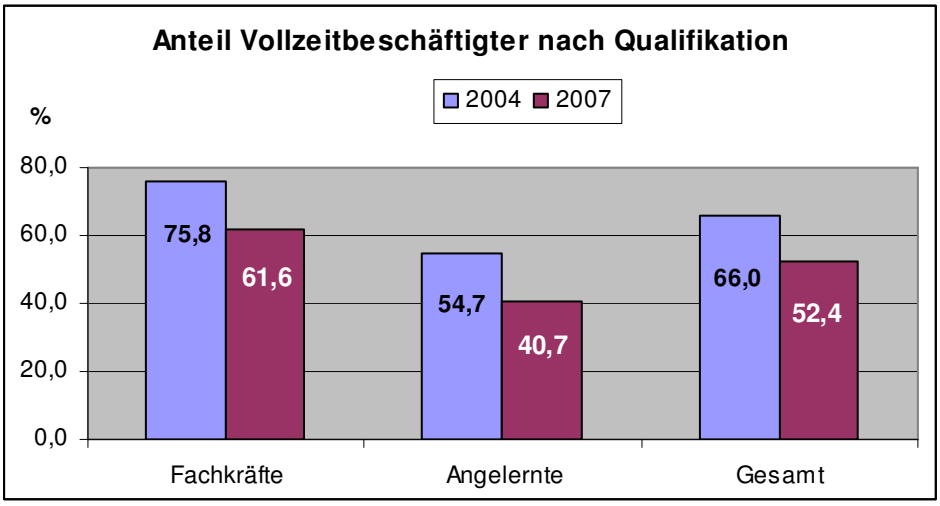
Über die Zahl, der in der Pflege eingesetzten sog. Leiharbeitskräfte liegen keine Daten vor. Bekannt ist aber, dass zumindest 2007 Personal von Zeitarbeitsfirmen in Alten- und Pflegeheimen im Landkreis eingesetzt wurde, so dass sich der Gesamtpersonalbestand erhöhen dürfte.



Quelle: eigene Erhebung

Prozentual betrug der Anteil der Vollzeitbeschäftigten 2004 noch 66%, 2007 waren es nur noch 52,4%. Bundesweit war laut amtlicher Pflegestatistik, am 15.12.2007, 56,7% des ausschließlich für die Pflege zuständigen Personals vollzeitbeschäftigt (errechnet aus Prozent der Vollzeitbeschäftigten am Pflegepersonal, ohne geringfügig Beschäftigte).

2004 waren rd. dreiviertel aller Fachkräfte (Pflegefachkräfte und Sozialpädagogen/innen, Therapeuten/innen) vollzeitbeschäftigt. 2007 waren es noch 61,6%. Von den angelernten Kräften waren 2004 54,7% vollzeitangestellt und 2007 noch 40,7%. (Siehe folgendes Diagramm)



Quelle: eigene Erhebung

Sowohl in der Pflege wie in der Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner werden neben formal qualifiziert Beschäftigten auch angelernte Kräfte eingesetzt. Der Anteil der Pflegefachkräfte stieg von 2004 bis 2007 prozentual an, von 53,5% auf 56%,

Auch wenn der Anteil des formal qualifizierten Personals von 2004 bis 2007 gestiegen ist, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesamtpersonalsituation sich verschlechtert hat. So nahm der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Pflege und Betreuung deutlich zu. Je höher der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, desto häufiger wechseln die Ansprechpartner/innen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen. Ein wichtiger Aspekt in der Betreuung, von alten wie von jungen Menschen, ist eine personelle Kontinuität. Das beinhaltet auch, eine eingeschränkte Zahl von Ansprechpartnern. Bei einem steigenden Anteil von Teilzeitkräften, bei gleichzeitiger Zunahme von Pflegeplätzen, der Zunahme von Schwerstpflegebedürftigen und an Demenz erkrankten Bewohnern dürfte dieser Anspruch aber nur schwer zu realisieren sein.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass sich die Qualität der Pflege und Betreuung, trotz steigendem Anteil an qualifiziertem Personal, zumindest nicht verbessert hat. Während der Bedarf an qualifiziertem Personal steigt, klagen die Einrichtungen über zu wenig qualifiziertes Pflegepersonal auf dem Arbeitsmarkt. Auch sog. Leiharbeitsfirmen können kaum noch qualifizierte Pflegekräfte vermitteln.

Gleichzeitig sind die Anforderungen an das Pflegepersonal gestiegen, weil der Zuwendungs- und Beratungsbedarf seitens der Heimbewohnern und der Angehörigen zugenommen hat, der Verwaltungsaufwand (Dokumentation, Kontrolle des Personals , Fortbildung) gestiegen ist, häufig neue Gesetze, bzw. Verordnungen erlassen werden und eine hohe Flexibilität von den Mitarbeitern verlangt wird. Dies alles geht zu Lasten der persönlichen Pflege und Betreuung der Heimbewohner und wirkt sich negativ auf die Atmosphäre aus. Sollte sich die abzeichnende Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen, muss eine Verschlechterung in der Heimpflege befürchtet werden.

Die hohe körperliche wie auch psychische Arbeitsbelastung bei relativ niedriger Entlohnung und das insgesamt schlechte Image der Pflegeberufe in der Gesellschaft lassen die Ausbildung zur Pflegefachkraft nicht attraktiv erscheinen. Hier ist dringend eine gesellschaftliche Aufwertung der Pflege erforderlich, um den Anforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringen wird, gerecht werden zu können.

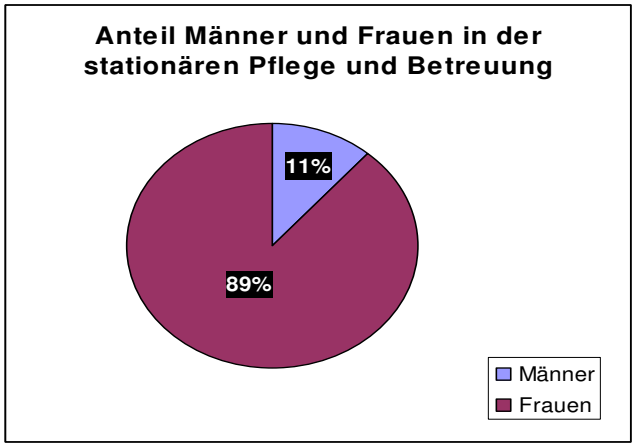
5.3.1.
Fremdsprachenkenntnisse der Pflege- und Betreuungskräfte

In den meisten Einrichtungen spricht das Personal mindestens eine Fremdsprache, vergleiche Tabelle 11 in Anhang. Die am häufigsten gesprochene Sprache ist russisch (2004 in 17 und 2007 in 20 Heimen) gefolgt von polnisch (2004 in 15, 2007 in 18 Einrichtungen). Zu vermuten ist, dass es sich hierbei überwiegend um Spätaussiedler handelt.

Die Zahl der Einrichtungen, in denen auch türkisch gesprochen wurde, nahm von 2004 mit 6, bis 2007 mit 11, deutlich zu. Hier dürften die Bemühungen greifen, junge türkisch stämmige Frauen für eine pflegerische Ausbildung zu gewinnen. Allerdings wohnen in den Alten- und Pflegeheimen kaum ältere Menschen, die in der Türkei geboren sind.

5.3.2.
Pflege ist weiblich

Sowohl 2004 wie auch 2007 betrug der weibliche Anteil am Pflege- und Betreuungspersonal in den Alten- und Pflegeheimen im Landkreis Gießen 89% (berücksichtigt wurde ausschließlich, das beim jeweiligen Träger der Einrichtung angestellte Personal, ohne Zivildienstleistende und Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres).



Der Anteil der männlichen Bewohner der Alten- und Pflegeheime im Landkreis Gießen betrug 2007, laut Hessischem statistischen Landesamt, 24%. Das bedeutet, dass der Anteil der männlichen Bewohner mehr als doppelt so hoch ist, wie der Anteil des männlichen Personals. Um den Bedürfnissen der Bewohner gerecht zu werden, wäre sicher ein höherer Einsatz von männlichem Personal in der Pflege und Betreuung wünschenswert.

eigene Erhebung

5.4.
Ehrenamtliche Unterstützung

Die Unterstützung bei der Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen, durch ehrenamtlich Tätige, gewinnt auch in der stationären Pflege an Bedeutung. So gaben 2004 73% der Heime an, von ehrenamtlichen Kräften unterstützt zu werden. Bei der Befragung 2007 waren es 87% (siehe Tabellen 9 und 10 im Tabellenteil). 2004 gaben 6 von 22 Einrichtungen an, keine ehrenamtlichen Angebote zu haben, 2007 waren es nur noch 3 von 23 Heimen.

Die Zahl der sich ehrenamtlich engagierenden Menschen nahm von 118 Personen 2004 auf 191 Personen 2007 zu, wobei die Kleeblatteinrichtungen in der Region 6 (Biebertal, Heuchelheim, Wettenberg) 2007 keine konkreten Angaben zur Anzahl machten. Der Anteil der Frauen überwog mit 85% 2004 und 83% 2007. Da sich 2007 aber insgesamt mehr Menschen in diesem Bereich engagierten, stieg auch die absolute Zahl der ehrenamtlich tätigen Männer in der Betreuung von 18 (2004) auf 32 (2007).

Die Angebote haben sich von 2004 zu 2007 kaum verändert (siehe Tabellen 9 und 10 im Anhang). Sie reichen von vorlesen, basteln, spazieren gehen, leichten Gartenbeschäftigungen, bis hin zu Gedächnistraining und Sterbehilfe etc. Diese Angebote stellen eine wichtige Ergänzung zum professionellen Betreuungsangebot der Einrichtungen dar. Daneben bieten sie den Bewohnerinnen und Bewohnern aber auch wichtige Kontakte außerhalb des Heimes.

5.5.
Die Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegeheime

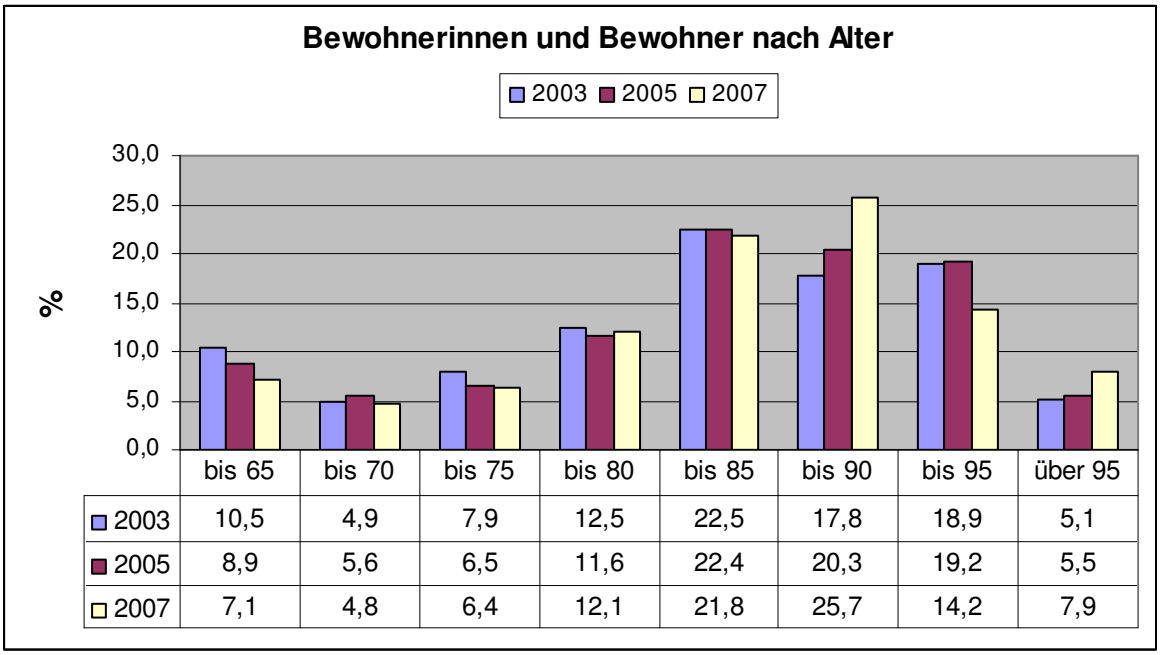
Das Hessische Statistische Landesamt führt zweijährlich, jeweils zum 15. Dezember eine Befragung aller ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen durch. Die Daten werden allerdings nur landkreisbezogen und nicht nach einzelnen Kommunen zur Verfügung gestellt. Die, auf Landesebene erhobenen Daten fließen in die Bundespflegestatistik ein. Um bestimmte Entwicklungen darstellen zu können, wird im Folgenden auch auf diese Daten zurückgegriffen.

Laut Statistischem Landesamt lebten am Stichtag 15.12.2003 1.324 Menschen im Landkreis Gießen in einer stationären Pflegeeinrichtung. 2005 waren es 1.624 und 2007 betrug ihre Zahl 1.797. Das bedeutet von 2003 bis 2005 eine Steigerung von 300 und von 2005 bis 2007 eine Zunahme um 173. Das entspricht im Zeitraum von 2003 zur 2005 einer Zunahme um 22,7%, während im gleichen Zeitraum der bundesweite Anstieg nur 5,2% betrug. Von 2005 bis 2007 stieg die Zahl der stationären Unterbringungen im Landkreis Gießen um 10,7% und im Bundesdurchschnitt um 4,2%.

5.5.1.
Bewohnerinnen und Bewohner nach Alter und Geschlecht

Während der Anteil der unter 65jährigen in den Alten- und Pflegeheimen im Landkreis abnahm (von 2003 bis 2005 um 3,4%), stieg der Anteil der über 85jährigen, um 5,3% (siehe Diagramm unten).

Aufgrund der insgesamt höheren Lebenserwartung stieg insbesondere der Anteil der Hochaltrigen, über 95jährigen, von 2003 bis 2007 kontinuierlich an um 2,8% (von 5,1% 2003, über 5,5% 2005, bis 7,9% 2007). Dieser Trend dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen und fordert in vielen Einrichtungen neue Konzepte in der psychosozialen Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner. Siehe hierzu auch Tabelle 12 im Anhang.

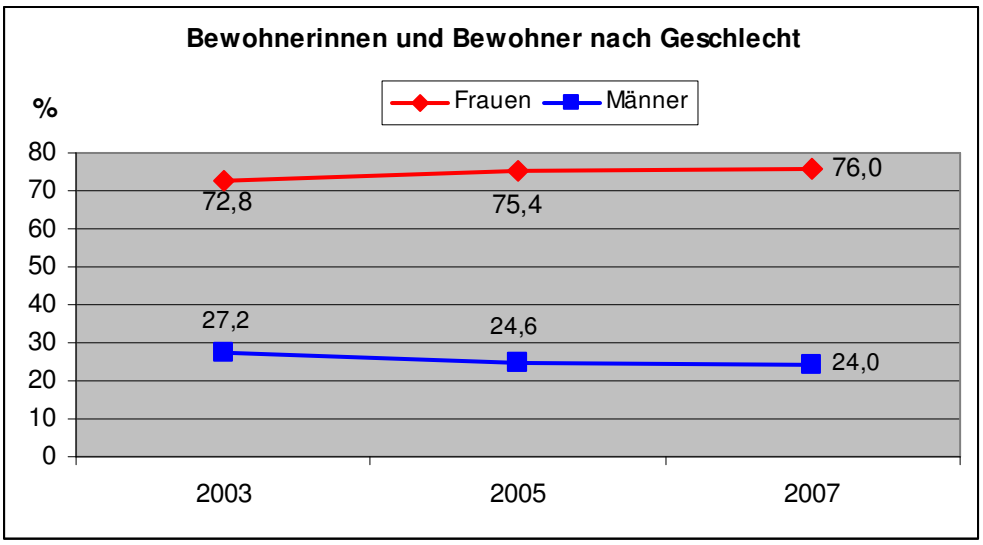


	bis 65	bis 70	bis 75	bis 80	bis 85	bis 90	bis 95	über 95
2003	10,5	4,9	7,9	12,5	22,5	17,8	18,9	5,1
2005	8,9	5,6	6,5	11,6	22,4	20,3	19,2	5,5
2007	7,1	4,8	6,4	12,1	21,8	25,7	14,2	7,9

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

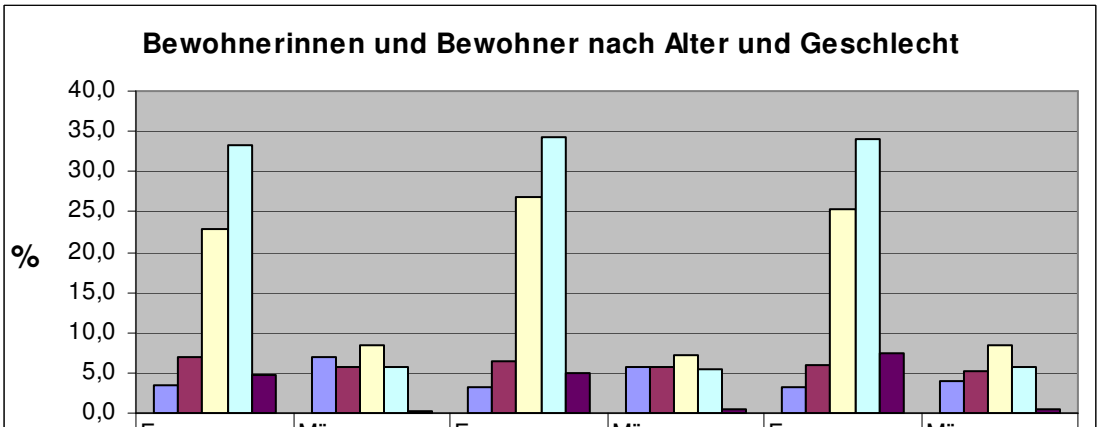
5.5.2.
Bewohnerinnen und Bewohner nach Geschlecht

Als eine Folge der beiden Weltkriege ist die weit überwiegende Zahl der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner weiblich. Ihr Anteil steigt zur Zeit auch noch an. So stieg er im Landkreis Gießen von 2003 bis 2007 von 72,8%, um 3,3%, auf 76%.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Betrachtet man die Entwicklung genauer und differenziert nach Alter und Geschlecht, so lässt sich feststellen, dass der Frauenanteil erst ab einem Alter von über 75 Jahren höher lag als der der Männer (siehe Diagramm unten). Zu dieser Entwicklung trägt aber auch die Tatsache, dass die Lebenserwartung von Frauen höher ist als die der Männer, bei.



	2003 Frauen	2003 Männer	2005 Frauen	2005 Männer	2007 Frauen	2007 Männer
bis 65	3,6	6,9	3,2	5,7	3,2	4,0
bis 75	7,0	5,8	6,3	5,7	6,0	5,2
bis 85	22,8	8,6	26,7	7,3	25,3	8,6
bis 95	33,3	5,7	34,2	5,4	34,1	5,8
über 95	4,8	0,4	5,0	0,5	7,4	0,5

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

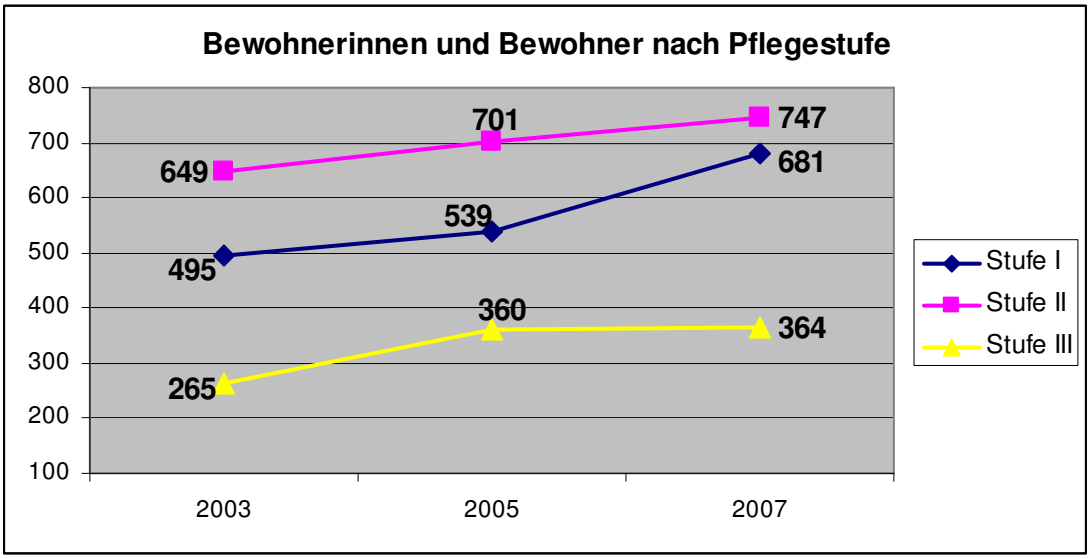
Bei den unter 65jährigen lag der Anteil der Männer zwischen 2003 und 2007 sogar über dem der Frauen. Allerdings ging der Anteil der Männer unter 65 stärker zurück als der der Frauen, nämlich um 2,9% (2003 = 6,9%, 2005 = 5,7%, 2007 = 4,0%). Während der Anteil der Frauen nur um 0,4% sank (2003 = 3,6%, 2005 und 2007 = 3,2%).

5.5.3.
Bewohnerinnen und Bewohner nach Pflegestufen

Bei den folgenden Betrachtungen bleiben Personen ohne Einstufung in eine Pflegestufe unberücksichtigt. Ihr Anteil betrug 2003 1,1% aller Bewohner/innen, 2005 1,5% und 2007 0,3%.

Die absolute Zahl der pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner stieg in allen drei Pflegestufen (siehe folgendes Diagramm). Dabei betrug die Steigerung in der Pflegestufe I von 2003 auf 2005 8,9% und von 2005 auf 2007 26,3%. In der Pflegestufe II stieg die Zahl von 2003 auf 2005 um 8% und von 2005 auf 2007 um 6,6% kontinuierlich an. Während die Zahl der Personen in der Pflegestufe III von 2003 auf 2005 um 35,8% stieg, blieb sie von 2005 auf 2007 konstant.

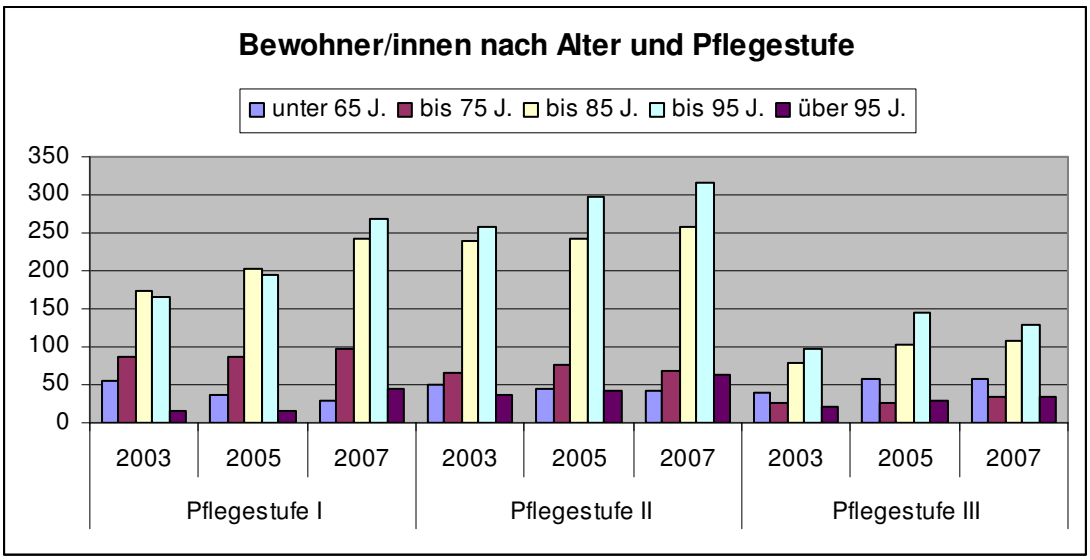
Das folgende Diagramm zeigt deutlich, dass die meisten Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen in die Pflegestufe II eingestuft sind (41,7% 2007). Gefolgt von der Pflegestufe I (38% 2007). Während schwerstpflegebedürftige, der Pflegestufe III, 2007 nur rund ein Fünftel (20,3%) der Bewohnerinnen und Bewohner ausmachten. Mit der steigenden Zahl hochaltriger Menschen, dürfte sich der Anteil derer, die in der Pflegestufe III sind, in den nächsten Jahren erhöhen. Dadurch dürfte sich auch der Bedarf an Pflegefachpersonal und vor allem an qualifizierten Alltagsbegleitern erhöhen, was steigende Kosten zur Folge hätte.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

5.5.4.
Bewohnerinnen und Bewohner nach Pflegestufe und Alter

Betrachtet man die Altersverteilung in den einzelnen Pflegestufen, stellt man erwartungsgemäß fest, dass in allen drei Pflegestufen die Bewohnerinnen und Bewohner im Alter zwischen 75 und 95 überproportional vertreten sind. Differenziert man die Altersgruppen in Fünfjahresabständen, zeigt sich, dass die überproportionale Zunahme mit einem Alter von 80 Jahren beginnt, siehe hierzu Tabelle 12 im Tabellenteil.

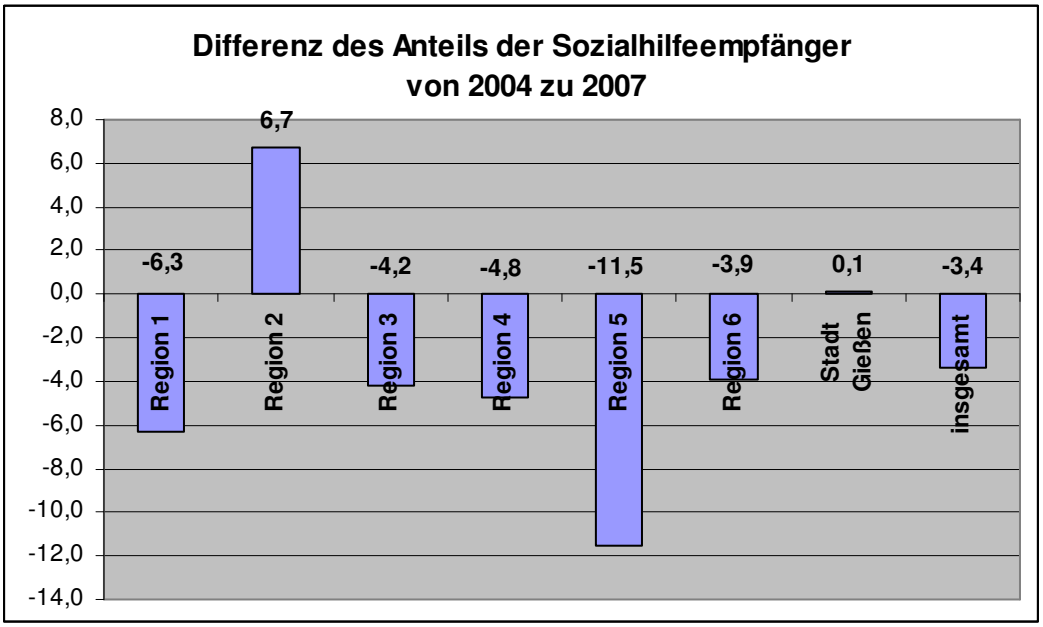


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Wie bereits zuvor erwähnt, sank die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner unter 65 Jahre. Bei genauerer Betrachtung ist festzustellen, dass diese überwiegend auf eine Reduzierung in der Pflegestufe I zurückzuführen ist. Hier sank die Zahl von 55 Personen 2003, über 37 2005, auf 29 2007, um insgesamt 26.

5.5.5.
Anteil der Heimbewohnerinnen und –bewohner im Sozialhilfebezug

Bei den beiden Erhebungen durch den Landkreis, wurde auch nach der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner im Sozialhilfebezug gefragt. Sowohl 2004 wie auch 2007 bezog rund ein Drittel aller Heimbewohnerinnen und Heimbewohner Sozialhilfe, wobei der Anteil 2007 insgesamt geringer war als 2004 (2004 = 37,1%, 2007 = 33,7%). Da es sich aber nur um zwei Stichtagsabfragen handelt, kann hieraus kein Trend konstatiert werden.



eigene Erhebung

Auffallend ist, dass der Anteil der Sozialhilfebezieher in den Alten- und Pflegeheimen in der Region 2 (Hungen, Lich) um 6,7% stieg, während er in allen anderen Regionen sank, beziehungsweise in der Universitätsstadt Gießen auf dem gleichen Niveau blieb. Wie die Tabelle 13 im Anhang zeigt, basiert diese Steigerung ausschließlich auf einem höheren Anteil von Sozialhilfebeziehern in der Licher Einrichtung. Hier stieg der Anteil, von 12,7 (=7 absolut) 2004 auf 33,9% (=19 absolut), 2007, um 21,2%.

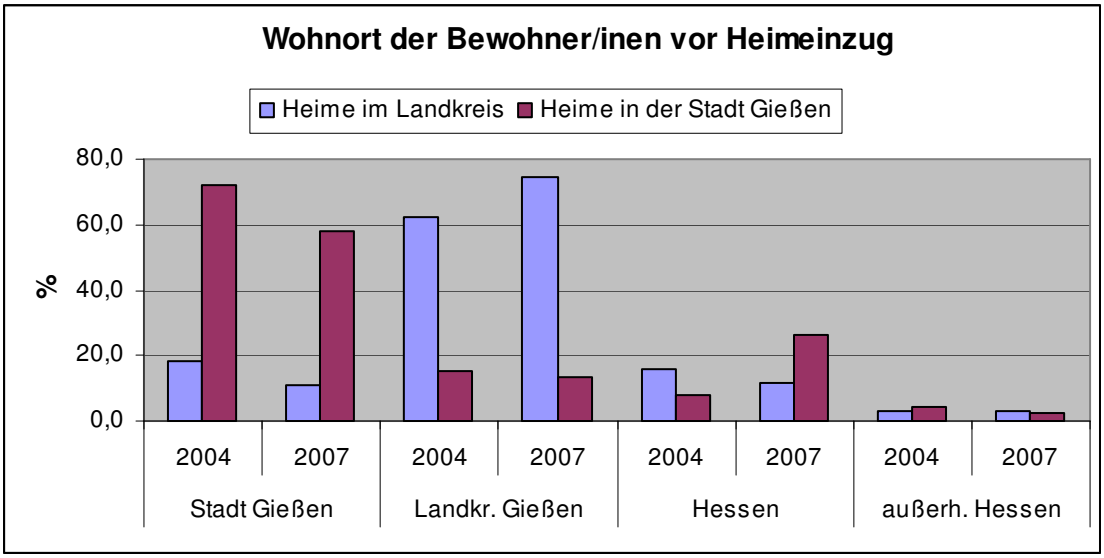
Prozentual betrachtet, gab es im Seniorenhotel Amtsgericht in Laubach, mit 17,9%, eine ähnliche Steigerung, jedoch auf weit niedrigerem Niveau. So war die Einrichtung in Lich mit 56 Personen belegt und ist die einzige in der Stadt, während das Laubacher Heim 2007 28 Plätze belegt hatte und noch zwei weitere Häuser in Laubach ansässig sind. (Vergl. Tabelle 13 im Tabellenteil).

Bei genauerer Betrachtung der gesunkenen Anteile von Sozialhilfebeziehern wird deutlich, dass die Abnahme bei den privat betriebenen Heimen durchschnittlich höher ist, als bei den freigemeinnützig betriebenen Einrichtungen. So sank der Anteil bei den privat betriebenen Einrichtungen im Durchschnitt um 9,1%, während er in den freigemeinnützigen Heimen nur um durchschnittlich 0,3% sank. Da es sich lediglich um zwei Stichtagsergebnisse handelt, ist noch kein Trend auszumachen. Die Entwicklung sollte aber weiterhin beobachtet werden.

5.5.6.
Wohnort der Bewohnerinnen und Bewohner vor Einzug in das Alten- und Pflegeheim

Wie das Diagramm zeigt, wohnten mit Abstand die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegheime vor ihrem Einzug im Landkreis Gießen, bzw. in der Stadt Gießen. So kamen am Stichtag 15.12.2007 81% der Heimbewohner/innen aus dem Landkreis, incl. Stadt Gießen.

Es verwundert nicht, dass bei den Heimen, die im Landkreis gelegen sind, der überwiegende Anteil der Bewohner/innen aus dem Landkreis kommt, vermutlich zumeist aus der Stadt oder Gemeinde, in der das Haus liegt, sowie aus den umliegenden Kommunen. Von den Bewohnerinnen und Bewohnern, der im ländliche Raum gelegenen Heime, kamen 2007 dreiviertel (74,5%) aus dem Landkreis und rund einzehntel (10,9%) aus der Universitätsstadt.



eigene Erhebung

Bei den, in der Stadt Gießen gelegenen, Einrichtungen kamen am gleichen Stichtag 58,3% aus der Universitätsstadt und 13,2% aus dem umliegenden Kreisgebiet.

Der Anteil der Personen, die vor Einzug in ein Pflegeheim ihren Wohnsitz außerhalb des Landkreises, aber in Hessen hatten, ist, mit insgesamt 16,3%, relativ gering. Fast zu vernachlässigen ist der Anteil der Bewohner/innen aus anderen Bundesländern, mit insgesamt 2,7%.

Eine detaillierte Darstellung befindet sich im Tabellenteil, Tabelle 14.

5.6.
Geplante Veränderungen

5.6.1.
Geplante Veränderungen 2004 und deren Umsetzung

Im Jahr 2004 gaben 14 von 22 (=63,6%) Alten- und Pflegeheime an, Veränderungen zu planen. Welche davon realisiert wurden, bzw. sich in der Umsetzung befinden, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Langgöns Schottener Reha	2004 plante die Schottener Reha die Umwandlung ihrer 24 genehmigten Plätze zugunsten eines Angebotes an tagesstrukturierenden Maßnahmen für den südlichen Landkreis. Nach dem Teilumzug des Werkstattbereiches 2008 wird dieses Vorhaben realisiert werden können.
Langgöns Heinz-Ulm-Haus AWO	Die Einrichtung plante 2004 eine Erweiterung, um eine zusätzliche Wohngruppe für demenziell und gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen anbieten zu können. Bis Ende 2007 wurde die Kapazität des Heimes von 38 Plätze, 2004, auf 76 erhöht.
Pohlheim neu: Herbst-Zeitlose	2004 plante der damalige Betreiber noch einen ambulanten Pflegedienst anzubieten. Durch einen Betreiberwechsel wurde diese Planung fallengelassen. Statt dessen wird ein Neubau konzipiert, in dem die vorhandene Sozialstation Räume anmieten wird.
Hungen Alten u. Pflege-heim	Der bereits 2004 geplante Neubau, ist zwischenzeitlich in eine konkrete Phase getreten.
Lich Seniorenzentrum	Für die zwei Hausgemeinschaften für demenziell Erkrankte konnte kein gesonderter Versorgungsvertrag geschlossen werden.
Grünberg Haus der Senioren	Die geplante Umwandlung von Dreibettzimmern zu Doppelzimmern und kleinen Doppelzimmern zu Einzelzimmern konnte 2009 abgeschlossen werden.
Laubach Alten u. Pflege-heim Salzmann	Der geplante Neubau wurde bis zum 15.5.09 nicht realisiert, ist aber weiterhin geplant.
Laubach Alten u. Pflege-heim (Joh.-Friedr.-Stift)	Die geplante Tagesbetreuung für Demenzkranke wurde eingerichtet. Sie ist nachmittags auch für Personen außerhalb der Einrichtung geöffnet.
Lollar Alten u. Pflege-heim der AWO	War 2004 noch ein Neubau favorisiert, wird Ende 2007 eine Grundsanierung des Bestandes und Maßnahmen zur Wärmedämmung geplant
Rabenau Seniorenhaus Lumdatal	Das 2004 mit 40 Plätzen geplante Alten- und Pflegeheim wurde 2007 eröffnet.

Buseck Johanniter Stift	Das bereits 2004 geplante Alten- und Pflegeheim des Johanniterverbandes wurde 2009, mit 86 Plätzen, fertiggestellt.
Reiskirchen Haus Wiesecktal	Der geplante Snoozelraum wurde eingerichtet.
Reiskirchen Martinsheim	Wie vorgesehen wurden Zimmer und Flure modernisiert. Die Umstellung auf eine neue Rufanlage erfolgte.
Biebertal Heuchelheim Wettenberg	Eine Flexibilisierung des Kurzzeitpflegeangebotes durch eingestreute Plätze in allen drei Einrichtungen erfolgte nicht. In Wettenberg wurden 12 feste Kurzzeitpflegeplätze umgewandelt in eine Wohngruppe für demenzkranke Bewohner/innen und eingestreute Kurzzeitpflegeplätze.

2007 planten noch 9 von 23 Heime (=39,1%) konkrete Veränderungen. Welche Veränderung von den einzelnen Einrichtungen geplant sind, können der Tabelle 15 im Tabellenteil entnommen werden

6.
Angebote der stationären Kurzzeitpflege

6.1.
Entwicklung des Platzangebotes

Zum Stichtag 15.12.2007 wurden im Landkreis Gießen insgesamt 96 Kurzzeitpflegeplätze angeboten. Darunter waren nur 6 ausschließlich für die Kurzzeitpflege vorgesehen, 90 waren eingestreut in das vorhandene stationäre Angebot. Von den 96 Plätzen wurden 12 in der Stadt Gießen angeboten, alle eingestreut.

Kurzzeitpflege - Platzzahlentwicklung												
	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut
Langgöns Reha	3	3	3	3								
Langgöns AWO	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	6	6
Linden			6	6	2	2	2	2	2	2	2	2
Pohlheim	6	6	6	6	k.A.		k.A.		k.A.		6	6
Region 1	***11***	***11***	***17***	***17***	***4***	***4***	***4***	***4***	***4***	***4***	***14***	***14***
Hungen	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Lich												
Region 2	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***	***7***
Grünberg	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Laubach Salzm.												
Laubach Amtsg.	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Laubacher Stift	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
Region 3	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***	***19***

Kurzzeitpflege - Platzzahlentwicklung												
	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut	Plätze ges.	einge-streut
Allendorf												
Lollar Grüner Wg	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	15*	15*
Lollar AWO	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Rabenau									6	0	6	0
Staufenberg												
Region 4	***9***	***9***	***9***	***9***	***9***	***9***	***9***	***9***	***15***	***9***	***26***	***20***
Buseck												
Fernwald			10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
Reisk. Wieseckt.	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Reisk. Martinsh.												
Region 5	***4***	***4***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***	***14***
Biebertal												
Heuchelheim												
Wettenberg	12		12		12		12		12		4	4
Region 6	***12***	***0***	***12***	***0***	***12***	***0***	***12***	***0***	***12***	***0***	***4***	***4***
Landkreis	**62**	**50**	**78**	**66**	**51**	**39**	**51**	**39**	**57**	**39**	**84**	**78**
Gießen St.Anna												
Gi. Johannes.			6	6	5	5	5	5	5	5	5	5
Gießen AWO	8	8	8	8	7	7	7	7	7	7	7	7
Gießen Maria Fr.												
Stadt Gießen	***8***	***8***	***14***	***14***	***12***	***12***	***12***	***12***	***12***	***12***	***12***	***12***
Insgesamt	**70**	**58**	**92**	**80**	**63**	**51**	**63**	**51**	**69**	**51**	**96**	**90**
Veränderung			**22**	**22**	**-29**	**-29**	**0**	**0**	**6**	**0**	**27**	**39**

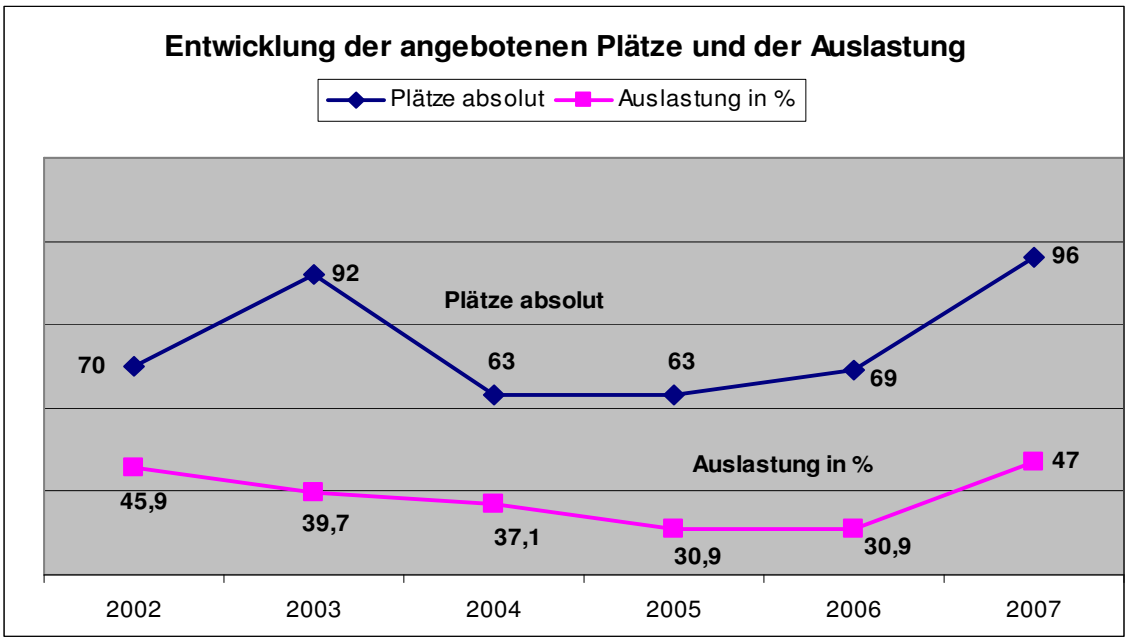
eigene Erhebung * ab 01.9.2007 Erweiterung auf 15 Kurzzeitpflegeplätze

In allen 6 Regionen des Landkreises werden Kurzeitpflegeplätze angeboten. In den Jahren 2002 bis 2006 gab es in der Region 3 (Grünberg, Laubach), mit konstant 19 Plätzen, das größte Angebot. Erst 2007 ging diese Vorrangstellung verloren an die Region 4 (Allendorf, Lollar, Rabenau, Staufenberg) mit 20 Plätzen. Die wenigsten Plätze wurden 2007 in der Region 6 (Biebertal, Heuchelheim, Wettenberg) mit 4 vorgehalten. Allerdings wurden hier von 2002 bis 2006 noch 12 Plätze angeboten.

6.2.
Auslastung der Kurzzeitpflege

Wie die unteren Grafiken zeigen, wurden im Jahr 2003, mit 92 Plätzen, (dunkle Linie) schon einmal fast so viele Kurzzeitpflegeplätze vorgehalten wie 2007. Allerdings betrug die Auslastung (helle Linie) damals nur 39,7%.

Selbst als die Platzzahl 2004 auf 63 zurückgenommen wurde (eine Einrichtung machte für die Jahre 2004 bis 2006 keine Angaben, mögliche Plätze, max. 6, sind hier nicht berücksichtig), ging die prozentuale Auslastung (helle Linie) noch weiter zurück auf 37,1% 2004 und 30,9% 2005. Bei einer geringfügigen Erweiterung des Platzangebotes 2006 blieb die Auslastung bei 30,9%. 2007 stieg das Angebot sprunghaft um 49 Plätze, auf 96. Die Auslastung verbesserte sich gleichzeitig auf 47%.



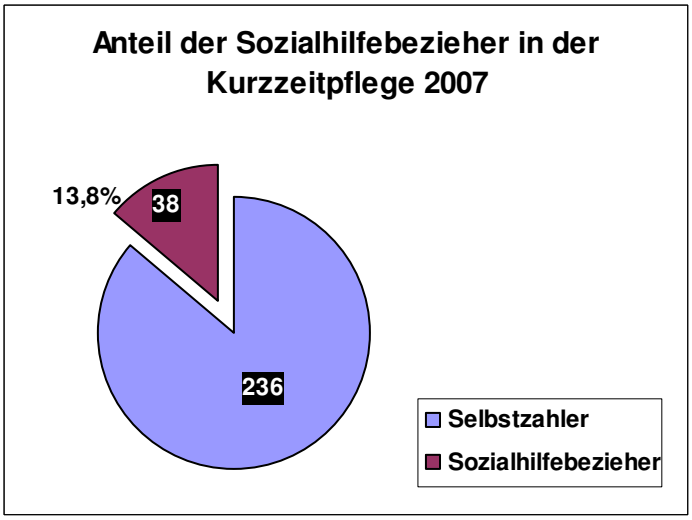
eigene Erhebung

Als eine Ursache für die geringe Auslastung der Kurzzeitpflege geben Fachkräfte aus den Einrichtungen immer wieder an, dass die von den Pflegekassen übernommenen Kosten zu gering seien, weshalb viele Menschen nicht auf diese Möglichkeit der Entlastung zurückgriffen. Ein weiterer Grund mag sein, dass das Angebot nicht hinreichend bekannt ist und viele pflegebedürftige Angst haben, ins Altenheim „abgeschoben zu werden". Eine verstärkte Aufklärung der Betroffenen, aber auch der Bevölkerung insgesamt könnte hier evtl. Abhilfe schaffen.

Der Hauptgrund für die vermeintlich geringe Auslastung dürfte aber darin zu finden sein, dass die meisten Kurzeitpflegeplätze aus Kostengründen eingestreut sind, d.h. sie werden nicht ausschließlich für die Kurzzeitpflege freigehalten, sondern auch als Dauerpflegeplätze genutzt. Da die Betten mit Kurzzeitpflegegästen nicht ständig belegt sind, werden Dauerpflegefälle aus Kostengründen bevorzugt aufgenommen. Hier sind die Pflegekassen gefragt, durch höhere Kostenbeiträge für die Kurzzeitpflege einen Anreiz zu schaffen, das Angebot zu erhöhen.

6.3.
Anteil der Sozialhilfebezieherinnen und –bezieher in der Kurzzeitpflege

Im Jahr 2007 betrug der Anteil der Sozialhilfebezieher untern den Nutzerinnen und Nutzern der Kurzzeitpflege 13,8%, siehe Grafik.



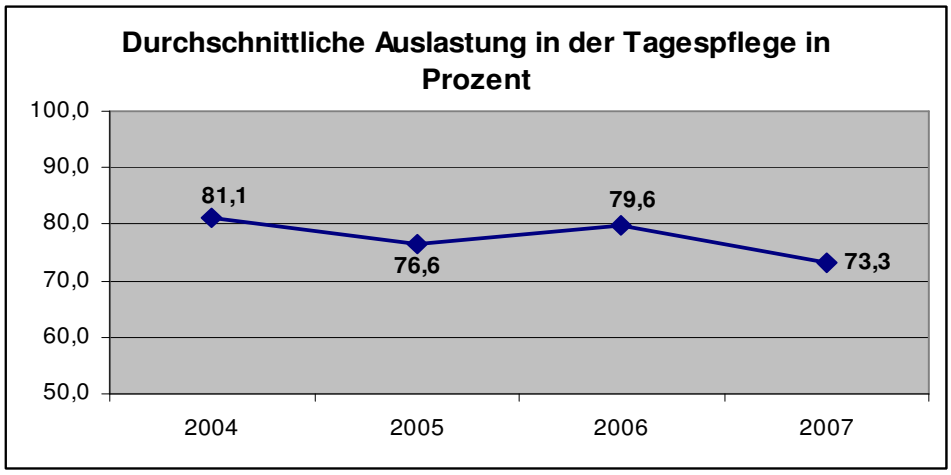
7.
Angebote der Tagespflege

Im Landkreis Gießen verfügen laut AOK, am 15.5.2009, sechs Einrichtungen über insgesamt 45 genehmigte Tagespflegeplätze. Darunter ist ein Anbieter in der Stadt Gießen mit 8 Plätzen. (Siehe Tabelle 16 im Tabellenteil). Die Einrichtung in Reiskirchen verfügt zwar über 8 genehmigte Plätze, nutzt diese nach eigenen Angaben jedoch nicht. Bei der weiteren Betrachtung bleiben diese Plätze daher unberücksichtigt.

Das tatsächlich zur Verfügung stehende Angebot an Tagespflegeplätzen stieg von 2004, mit 29 Plätzen, bis 2007 auf 37 Plätze. Tagespflegeangebote gibt es lediglich in den Regionen 3 (Grünberg, Laubach), 4 (Allendorf, Lollar, Rabenau, Staufenberg) und 6 (Biebertal, Heuchelheim, Wettenberg) sowie in der Stadt Gießen.

Mit Ausnahme der Tagespflege in Grünberg (Montag bis Donnerstag) bieten alle anderen Einrichtungen ihren Dienst von montags bis freitags an. Drei Anbieter haben Öffnungszeiten von 8.00 bis 16.00 Uhr. Die Plätze in Grünberg stehen zwischen 9.00 und 16.00 Uhr zur Verfügung. Die Tagesstätte in Biebertal hat zwischen 7.30 und 16.30 geöffnet. Siehe hierzu auch Tabelle 17 im Anhang.

Die durchschnittliche Auslastung der vorhandenen Tagespflegeplätze zeigt, dass ein Bedarf vorhanden ist (siehe Diagramm) auch wenn 2007 insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Einrichtung in der Rabenau wurde nicht berücksichtigt, da die Plätze erst im Verlauf des Jahres zur Verfügung standen.

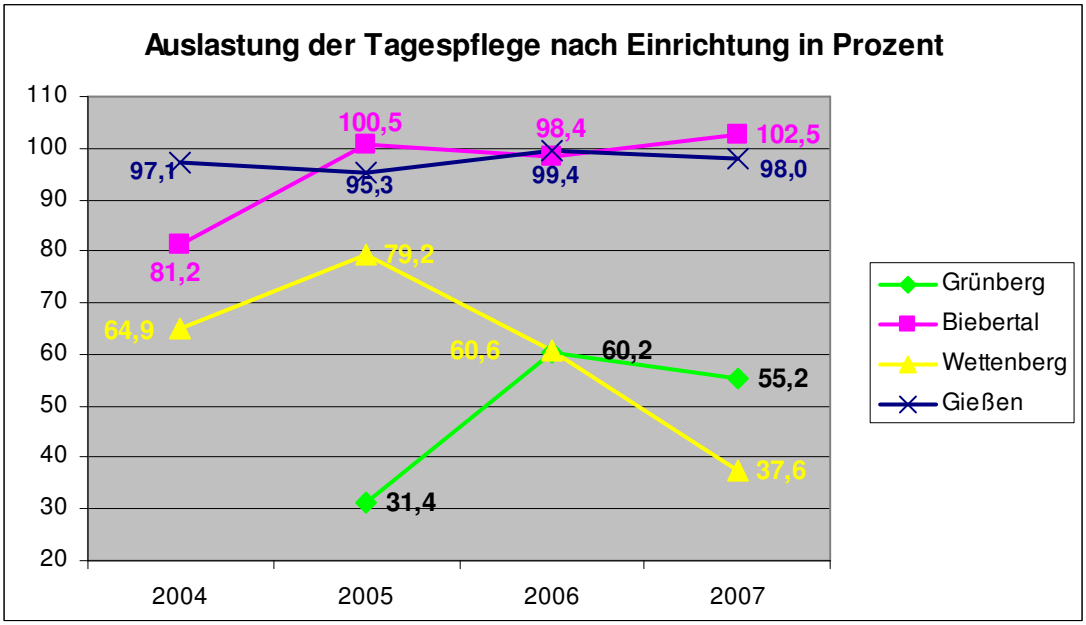


eigene Erhebung 2007 ohne Rabenau

Der Hauptgrund für das geringe Angebot an Plätzen, liegt nach Aussagen der Betreiber, in der kaum möglichen Kostenkalkulation. Die Besucherinnen und Besucher zahlen je tatsächlich genutzten Pflegetag. Auch bei unregelmäßigem Besuch muss das Angebot aber vorgehalten werden, Personal, Verpflegung, etc. , so dass die Kosten ohne entsprechende Deckung weiter anfallen.

Eine Betrachtung der Auslastung der einzelnen Einrichtungen zeigt, dass das Angebot sehr unterschiedlich genutzt wird, siehe Diagramm unten. Herausragend sind die Auslastungen der Einrichtungen in Biebertal und Gießen. Beide hatten seit 2005 eine Auslastung von rund 100%, während die Auslastung der Wettenberger Tagespflege im gleichen Zeitraum von 79,2% auf 37,6% sank. Die Tagespflege in Grünberg verzeichnete eine Verbesserung der Auslastung von 2005 mit 31,4%, bis 2006 mit 60,2%. Im Jahr 2007 erfolgte ein leichter Rückgang auf 55,2%.

Ursachen für diese sehr großen Differenzen in der Auslastung der Tagespflegeangebote sind an dieser Stelle nicht unmittelbar erkennbar. Möglicherweise sind sie in einer Kombination aus unterschiedlicher konzeptioneller Ausrichtung, Öffnungszeiten, unterschiedlicher Intensität der Zusammenarbeit mit ambulanten Pflegediensten sowie der Verortung in der Region zu suchen.



eigene Erhebung 2007 ohne Rabenau

Ein weiterer Grund mag darin zu sehen sein, dass Pflegebedürftige nach den Erfahrungen der Beraterinnen der BeKo (Beratungs- und Koordinierungsstelle) häufig keine Tagespflege am Wohnort wünschen. Dieses Indiz wird gestützt durch eine Befragung der Einrichtungen im Jahr 2004 nach den Wohnorten der Besucherinnen und Besucher, durch den Landkreis Gießen, im Rahmen der Altenhilfeplanung. Damals kamen von den 31 Besucher/innen der Biebertaler Einrichtung nur 15 aus der Gemeinde Biebertal (=48,4%). Allein 3 Besucher/innen kamen aus Wettenberg, obwohl dort ebenfalls eine Tagespflege angeboten wird. Von den 14 Besucher/innen der Wettenberger Tagespflege kamen nur 6 aus der Gemeinde Wettenberg (=42,9%). Lediglich in der Stadt Gießen, die auf Grund ihrer Größe eine gewisse Anonymität bietet, kamen 14 der 16 Besucher/innen aus der Universitätsstadt (=87,5%).

8. Ehrenamtliche Demenzgruppen und Einzelbetreuung von Demenzkranken

Im Januar 2007 traten die, neu ins Pflegeversicherungsgesetz (Sozialgesetzbuch XI, kurz SGB XI) aufgenommenen, Paragrafen 45b und 45c in Kraft. Seitdem können an Demenz erkrankte Personen, die einen erheblichen Betreuungsbedarf haben, hierfür zusätzliche Leistungen erhalten.

Außerdem wird nach diesem Gesetz der Ausbau von ambulanten ehrenamtlichen Gruppen- und Einzelbetreuungsangeboten gefördert, sofern sie von qualifizierten Fachkräften geschult und begleitet werden, sog. niedrigschwellige Angebote. Sie sollen zum Einen die vorhandenen Fähigkeiten der demenziell Erkrankten fördern, zum Anderen die Angehörigen entlasten.

Die Förderung erfolgt je zur Hälfte durch die Pflegeversicherung und die zuständige Gebietskörperschaft. Im Landkreis teilen sich die Städte und Gemeinden, in denen die Angebote realisiert werden und der Landkreis die Kosten.

Im Jahr 2007 hatten lediglich zwei Träger, die Diakoniestation Fernwald-Pohlheim und die gemeinnützige Gesellschaft für Soziale Dienste (AWO), in Gießen, eine Anerkennung als niedrigschwelliges Angebot nach § 45b.

Im Folgejahr kamen weitere vier hinzu, die gefördert wurden: die Sozialstation Reiskirchen, der Verein „Bürger für Bürger“ in Hungen, die Johann-Friedrich-Stiftung in Laubach und die evangelische Pflegezentrale in Gießen.

2009 erweiterte sich der Kreis der geförderten Betreuungsangebote nochmals um sechs Anbieter: den Verein für Häusliche Kranken- und Altenpflege in Allendorf / Lda., Diakonie Lumdatal in Lollar, die Diakonstationen Linden und Biebertal, die Ambulanten Dienste Lich sowie den Caritasverband in Gießen. Somit werden derzeit 12 niedrigschwellige Angebote gefördert, davon drei in der Stadt Gießen und 9 im übrigen Kreisgebiet.

Aufgrund der großen Nachfrage werden einige der Träger ihr Angebot ausweiten und andere Anbieter hinzukommen. Allerdings kann eine Erweiterung nur in dem Rahmen erfolgen, wie Menschen zur ehrenamtlichen Betreuung von demenziell Erkrankten bereit sind.

Niedrigschwellige Angebote für Demenzkranke 2009	
Linden	Diakoniestation Linden
Pohlheim	Diakoniestation Fernwald-Pohlheim
Lich	Ambulante Dienste Lich
Hungen	Verein "Bürger helfen Bürger" e.V
Laubach	Ambulante Dienste Laubach
Allendorf	Verein für Häusliche Kranken- und Altenpflege
Lollar	Diakoniestation Lumdatal
Reiskirchen	Sozialstation Reiskirchen
Biebertal	Diakoniestation Biebertal
Gießen	Gemn. Ges. für Soziale Dienste, AWO Stadtkreis
	Caritasverband Gießen e.V.
	Ev. Pflegezentrale Gießen

Neben diesen geförderten Betreuungsangeboten gibt es im Landkreis noch diverse Initiativen und Privatpersonen, die sich ehrenamtlich Demenzerkrankte betreuen, bzw. Gesprächskreise für Angehörige von demenziell Erkrankten anbieten. Als Beispiele seien hier genannt, der Besuchsdienst und Gesprächskreis pflegender Angehöriger der evangelische Kirchengemeinde in Hungen, die Initiative „Vergissmeinnicht“ in Lich, der Besuchsdienst des Fördervereins der Sozialstation in Heuchelheim u. a. m.

9.
Hospizdienste und Hospizgruppen im Landkreis Gießen

Der Landkreis Gießen verfügt über keine stationäre Hospizeinrichtung. Patienten aus dem Landkreis weichen zumeinst auf die beiden einzigen Einrichtungen in Mittelhessen, in Wetzlar und Marburg, aus, die zusammen über 14 Plätze verfügen. Sowohl die stationären wie die ambulanten Pflegeeinrichtungen sehen im Landkreis einen Bedarf an stationären Hospizplätzen für ältere Menschen, siehe Kapitel „Bedarfe aus der Sicht der professionellen Altenhilfe“.

Allerdings gibt es im Landkreis eine Reihe von ambulanten Hospizdiensten und Hospizgruppen. Dabei übernehmen überwiegend ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer die Begleitungen der Sterbenden und oft auch ihrer Angehörigen. Um dieses anspruchsvolle Ehrenamt ausfüllen zu können, werden die Sterbebegleiterinnen und –begleiter von speziell ausgebildetem Fachpersonal geschult und in ihrer Tätigkeit fachlich begleitet.

Ambulante Hospizdienste im Landkreis Gießen, Stand Mai 2008					
Kommune	**Anbieter**	**Angebotspalette**			
		Schulung Ehrenamtliche	**Sterbe-begleitung**	**Trauer-begleitung**	**Palliativ-beratung**
Langgöns					
Linden	Hospizgruppe Linden	**X**	**X**	**X**	
Pohlheim	Diakonie Station Fernwald - Pohlheim	**X**	**X**	**X**	**X**
Hungen	Oberhess. Diakoniezentrum	**X**	**X**		
Lich	Laubach	**X**	**X**		
Grünberg	Krankenpflegeverein	**X**	**X**		
Laubach	Oberhess. Diakoniezentrum	**X**	**X**		
Allendorf					
Lollar	Diakonie Station	**X**	**X**	**X**	
Rabenau	Lollar / Staufenberg	**X**	**X**	**X**	
Staufenberg	amb. Hospizdienste	**X**	**X**	**X**	
Buseck					
Fernwald	Diakonie Station Fernwald - Pohlheim	**X**	**X**	**X**	**X**
Reiskirchen					
Biebertal					
Heuchelheim					
Wettenberg	Förderverein Sozialstation	**X**	**X**	**X**	
Gießen	Caritasverband Gießen	**X**	**X**	**X**	**X**
	Hospiz-Verein Gießen	**X**	**X***	**X**	**X**
Landkreis ges.	7 Anbieter	in 13 Kommunen	13	9	4

Quelle BeKo

*** vorwiegend für Patienten der Uniklinik**

Nach einer Erhebung der Beratungs- und Koordinierungsstelle (BeKo), im Mai 2008, wurde in insgesamt 13 Städten und Gemeinden des Landkreises eine Sterbebegleitung angeboten, davon 2 in der Stadt Gießen. In 9 Kommunen wird darüber hinaus auch eine Begleitung für Trauerbegleitung für die Hinterbliebenen angeboten. Beide Hospizdienste in der Stadt Gießen bieten eine Palliativberatung an. Im übrigen Landkreis bietet nur ein Anbieter diese Beratung an, nämlich die Diakoniestation Fernwald-Pohlheim.

10.
Die Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere Menschen im Landkreis Gießen

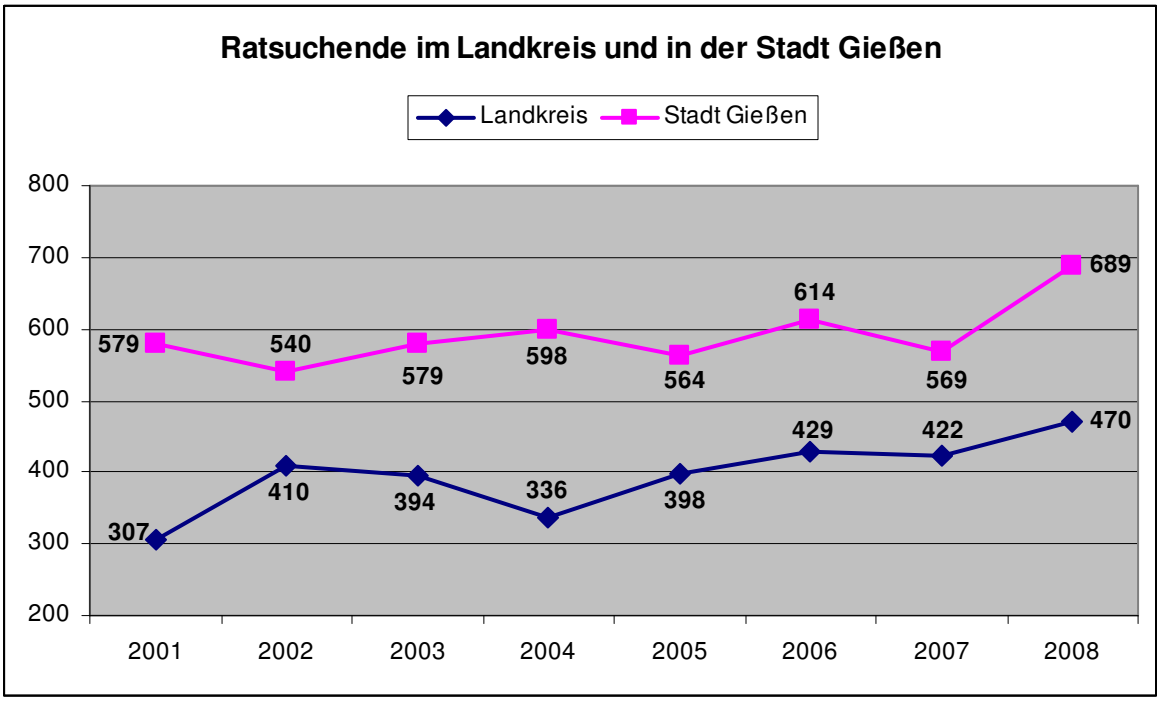
Die Beratungs- und Koordinierungsstelle (BeKo) wurde 2001 in Form eines Trägerverbundes gegründet, dem der Landkreis Gießen, die Stadt Gießen, die Arbeiterwohlfahrt Stadtkreis, das Diakonische Werk, der Caritasverband Gießen sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband Gießen angehören.

Die BeKo ist ausgestattet mit vier Beraterinnen, die sich drei Stellen teilen, sowie mit einer Verwaltungskraft, die eine halbe Stelle inne hat.

10.1.
Wohnort der Ratsuchenden

Seit 2001 nahm die Zahl der Ratsuchenden, von 886 auf 1.159 in 2008, um 273 zu. Das entspricht einer prozentualen Steigerung von 30,8%.

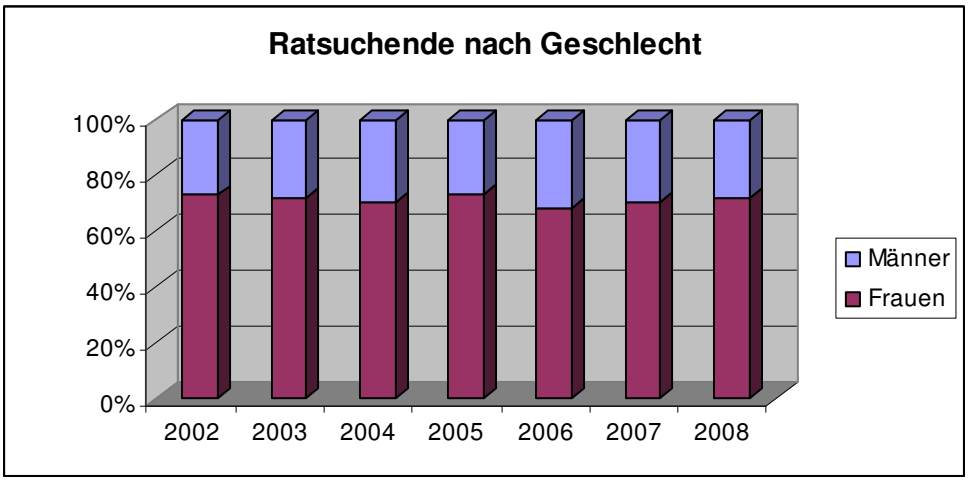
Aufgrund des Sitzes der BeKo in der Stadt Gießen nehmen auch mehr Bürgerinnen und Bürger aus der Universitätsstadt das Angebot war, als aus dem übrigen Kreisgebiet. Wie die Grafik zeigt, stieg aber die Zahl der Ratsuchenden aus dem ländlichen Raum stärker als die aus der Stadt Gießen. So stieg ihre Zahl im Landkreis, ohne Stadt Gießen, von 2001 bis 2008 um 163 (von 307 in 2001, auf 400 in 2008), während sie im gleichen Zeitraum in der Universitätsstadt um 110 stieg (von 579 in 2001, auf 689 in 2008). Die Ratsuchenden nach Städten und Gemeinden sind der Tabelle 18 im Anhang zu entnehmen.



Datenquelle: BeKo Jahresstatistiken

10.2.
Ratsuchende nach Geschlecht

Wie die folgende Grafik zeigt, sind über die Jahre hinweg ca. 70% der Ratsuchenden Frauen, 2008 waren es 71,8%. Dieser hohe Anteil kann nicht nur darauf zurückgeführt werden, dass Frauen einen höheren Anteil an der älteren Bevölkerung, damit der Pflegebedürftigen, ausmachen. Ein weiterer Grund dürfte sein, dass Frauen meist die Rolle der Pflegenden innehaben oder die Organisation der Pflege und Betreuung übernehmen und deshalb bei der BeKo um Rat nachsuchen. Hierauf deutet auch die hohe Zahl der Ratsuchenden unter 55 Jahre hin, siehe hierzu Grafik „Alter der Ratsuchenden".

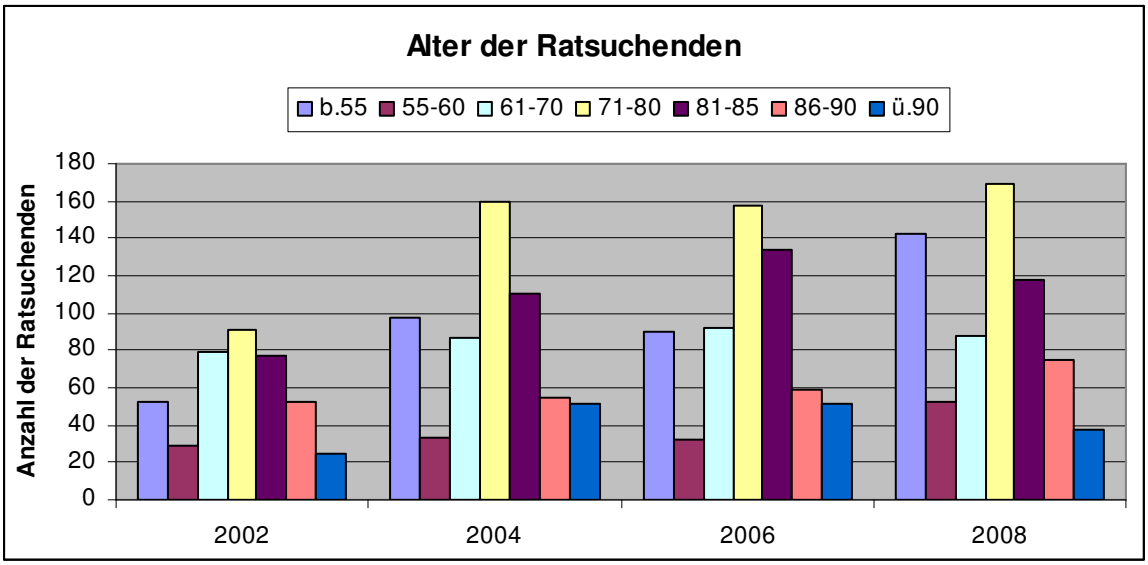


Datenquelle: BeKo Jahresstatistiken

10.3.
Alter der Ratsuchenden

Ein großer Teil derer, die den Kontakt zur BeKo aufnehmen, sind andere Institutionen, wie Pflegedienste, Krankenhäuser, Fachstellen etc. (ca. 1/3 aller Kontakte), bei denen das Alter des Ratsuchenden keine Rolle spielt.

Bei den ratsuchenden Personen, geben die meisten ihr Alter an. Die folgende Grafik bezieht sich lediglich auf natürliche Personen, die ihr Alter angegeben haben, das waren 2008 rund 85% aller nicht institutionellen Kontakte.



Datenquelle: BeKo Jahresstatistiken

Die Grafik zeigt, dass die Zahl der Ratsuchenden bis 55 Jahre (erster Balken) erheblich angestiegen ist. Waren es 2002 lediglich 53 Personen, so stieg ihre Zahl bis 2004 auf 98, sank 2006 leicht auf 90, um dann aber bis 2008 auf 143 zu wachsen. Damit war 2008 jeder fünfte Ratsuchende, unter 55 Jahre alt.

Kaum eine Rolle spielte hingegen die Altersgruppe der 55 bis 60jährigen (2008 = 7,6%). Sie steigerte sich von 2002 (29), über 2004 (33) und 2006 (32) bis 2008 nur geringfügig auf 52 Ratsuchende.

Ebenfalls relativ stabil war die Zahl der Ratsuchenden zwischen 61 und 70 Jahren (2002=79, 2004=87), 2006=92, 2008=88). Ihr Anteil an den Ratsuchenden Personen betrug 2008, 13%.

Die Zahl der 71 bis 80jährigen, die sich an die BeKo wandten, stieg von 2002, mit 91 Personen bis 2004, mit 160 erheblich, um dann jedoch bis 2008 nur moderat auf 169 zu steigen (gelber Balken). Damit war 2008 jeder vierte Ratsuchende im Alter zwischen 71 und 80 Jahre und diese Altersgruppen stellte den größten Teil.

Die 81 bis 85jährigen stellten mit 17% 2008 einen großen Teil der Ratsuchenden. Ihr Anteil schwankte allerdings in den zurückliegenden Jahren (2002 = 77, 2004 = 110, 2006 = 134 und 2008 = 118 Nachfragende).

Bei den 86 bis 90jährigen nimmt der Zahl der Ratsuchenden, im Vergleich zu den jüngeren Jahrgängen, erwartungsgemäß aufgrund des hohen Alters ab. Allerdings gehörte 2008 immer noch jeder zehnte Ratsuchende dieser Altersgruppe an. Seit 2002 ist eine kontinuierlich steigende Nachfrage bei den 86 bis 90jährigen zu verzeichnen (2002 = 52, 2004 =55, 2006 = 59, 2008 = 75 Personen).

Immerhin noch 5,4% der Ratsuchenden waren älter als 90 Jahre. Ihre Anzahl betrug 2002 = 25, 2004 und 2006 = 51 und 2008 = 37 Personen.

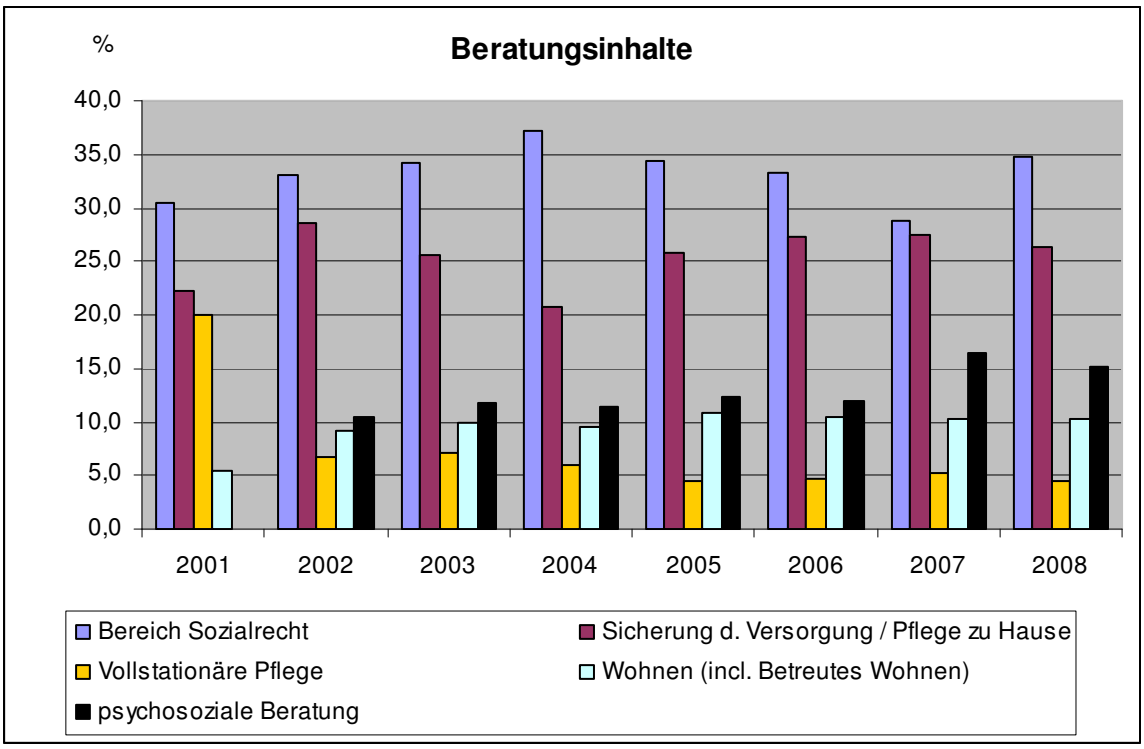
10.4.
Inhalte der Beratung

Die Beratung der BeKo umfasst eine große Bandbreite von Themen. Sie reicht von kurzen telefonischen Anfragen bis zu langwierigen psychosozialen Beratungsprozessen unter Einbeziehung verschiedener Fachstellen. Demzufolge wird ein großer Teil der Ratsuchenden auf mehreren Fachgebieten beraten und bei Bedarf weitervermittelt.

Die folgende Grafik stellt die Entwicklung der Beratungsinhalte seit Bestehen der BeKo dar. Den größten Umfang nimmt demnach die Beratung in sozialrechtlichen Angelegenheiten, blauer Balken, ein. Hierunter wurden auch sozialhilferechtliche Beratungen vor Inkrafttreten des SGB XII subsumiert, also vor 2005.

Der Bereich der Versorgung und Pflege im häuslichen Umfeld sowie deren Sicherung durch Kurzzeit- und Tagespflege (roter Balken), stellt ebenfalls, über die Jahre betrachtet, einen häufig nachgefragten Beratungsinhalt dar. Während die Beratung über Möglichkeiten und Angebote in der stationären Pflege (gelber Balken) nur zu Beginn eine wesentliche Rolle spielte und bereits 2002 erheblich zurückging.

Auch wenn der Anteil der Beratungsinhalten deutlich geringer ist, so nimmt doch der Themenbereich „Wohnen“ (Altersgerechtes Wohnen, Wohnungsumbau, betreutes Wohnen), hellblauer Balken, einen größeren Rahmen ein als früher. Dies verdeutlichen die absoluten Zahlen noch klarer, so wurde das Themenfeld „Wohnen“ 2002 noch 159 mal nachgefragt und 2005 bereits 252 mal und 2008 296 mal.



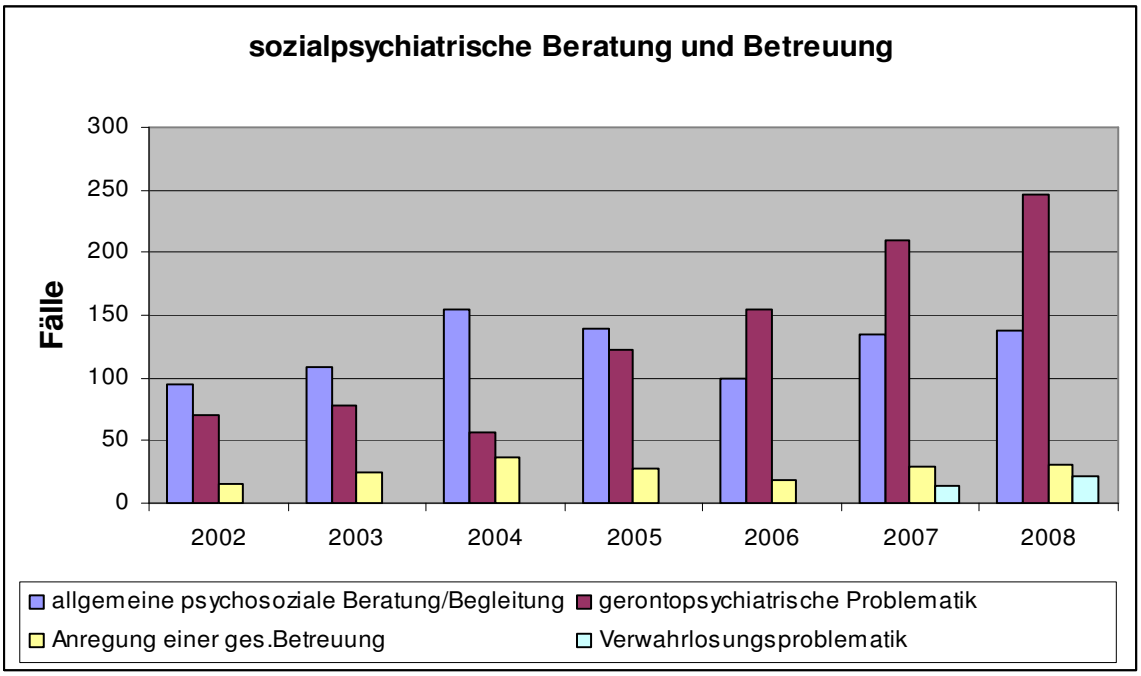
Datenquelle: BeKo Jahresstatistiken

Ebenfalls zunehmende Bedeutung erfährt der Bereich der psychosozialen Beratung und Betreuung wie der schwarze Balken zeigt. Bedenkt man, dass Fälle mit einer psychosozialen Problemstellung meist sehr komplex sind und einen sehr hohen Zeitaufwand erfordern, wird deutlich, welcher Stellenwert diesem Tätigkeitsbereich der BeKo zukommt.

Unter die Rubrik psychosoziale Beratung, wurden unter anderem auch die Fälle mit einer gerontopsychiatrischen Problematik erfasst, d.h. Fälle mit einer altersbedingten psychischen Erkrankung, wie Demenz, Altersdepression etc. Die folgende Grafik veranschaulicht ihre zunehmende Bedeutung. Abgesehen von einem geringen Einbruch 2004 (56 Nennungen) nahmen gerontopsychiatrische Problematiken in der Beratung von 2002, mit 71, über 2005, mit 123 bis 2008 auf 247 zu.

Die Zahl der Fälle, in denen, in Zusammenarbeit mit der Betreuungsstelle des Landkreises, eine gesetzliche Betreuung beim Vormundschaftsgericht angeregt wurde, schwankt zwischen 15 in 2002 und 37 in 2004. In den beiden zurückliegenden Jahren 2007 und 2008 war ihre Zahl konstant (2007 = 29 Fälle, 2008 = 30 Fälle).

In den letzten Jahren traten vermehrt Fälle mit einer erheblichen Verwahrlosungstendenz oder einer bereits bestehenden Verwahrlosung der Klienten auf. Meist handelt es sich um alleinlebende Personen, die kaum soziale Kontakte pflegen, vereinsamt sind, aber auch um ältere Menschen mit einem gerontopsychiatrischem Krankheitsbild.



Datenquelle: BeKo Jahresstatistiken

Das nahmen die Beraterinnen zum Anlass, diese Fälle ab 2007 statistisch zu erfassen. Von 2007 bis 2008 stiegen die Fälle von 14 auf 22. Zwar ist hieraus noch kein Trend abzulesen, die Zahlen sollten aber Anlass geben, präventiv tätig zu werden, z.B. durch Präsenz des Themas „Verwahrlosung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ in den Tageszeitungen, verbunden mit dem Aufruf nicht wegzusehen, sondern tätig zu werden.

Eine besondere Verantwortung an dieser Stelle, kommt den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu, sofern es sich um ihre Mieter handelt. Sie werden häufig bei drohender oder bestehender Verwahrlosung als erste von den Nachbarn informiert. Neben der Schulung des Personals, benötigen die Gesellschaften, wie andere Vermieter auch, Ansprechpartner, mit denen gemeinsam an einer Problemlösung gearbeitet werden kann. Die BeKo verfügt zwar über die erforderlichen Kontakte, die sie auch vermittelt, sie kann solche Fälle aber nicht federführend begleiten.

Um ältere Menschen vor der Vereinsamung zu schützen, sind Angebote erforderlich, die ihnen die Möglichkeit bieten Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen. Hier sind insbesondere auch die Kommunen gefordert, z.B. durch die Errichtung von Seniorentreffs, Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien, wie das Internet, Unterstützung von ehrenamtlich Tätigen u. v. a. m. Es müssen aber auch Netzwerke installiert werden, die die vorhandenen Angebote miteinander verknüpfen und wo erforderlich koordinieren.

11.
Wohnen im Alter

Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung bleiben. Sollten sie, aus welchen Gründen auch immer, aus ihrer seitherigen Wohnung ausziehen wollen oder müssen, möchten die meisten jedoch nicht in ein Alten- und Pflegeheim. Hier bieten seniorengerechte Wohnungen eine Alternative. Da es kein Kataster über seniorengerechte oder barrierefreie Wohnungen gibt, liegen keine belastbaren Daten über die tatsächliche Anzahl vor. Im Jahr 2008 fragte die Beratungs- und Koordinierungsstelle (BeKo) die kreisangehörigen Städte und Gemeinde deshalb nach ihnen bekannten seniorengerechten Wohnanlagen. Diese Daten wurden ergänzt durch die Stellungnahmen aus den Kommunen zur Bestandserhebung im Rahmen der Altenhilfeplanung.

Seniorenwohnanlagen im Landkreis Gießen, Stand Dezember 2008
ohne Stadt Gießen

	Anzahl	Bezeichnung
Langgöns	1	Heinz-Ulm-Haus
Linden	2	"Am Klausegarten" + Seniorenwohnanlage der Baugenossenschaft 1894
Pohlheim	1	Seniorenwohnanlage "Am Dielchen"
	4	
Hungen		
Lich	1	Seniorenwohnanlage "Am Schlossgarten"
	1	
Grünberg	1	Seniorenresidenz "Am Grünen Berg"
Laubach	1	Gästehaus "Am Schlosspark"
	2	
Allendorf	1	Seniorenwohnanlage, Totenhäuser Weg
Lollar		
Rabenau		
Staufenberg	1	Seniorenwohnanlage Südblick
	2	
Buseck	1	Johanniterstift
Fernwald		
Reiskirchen		
	1	
Biebertal		
Heuchelheim	1	Seniorenwohnhaus (mit Einschränkungen)
Wettenberg		
	1	
Landkreis	**11**	

Quelle: Beko

Demnach gibt es im Landkreis, außer Stadt Gießen, 11 Seniorenwohnanlagen.

Nach Angaben der Städte und Gemeinden, im September 2009, ist die Errichtung von seniorengerechten Wohnungen in Pohlheim, Hungen, Laubach und Rabenau in Planung. In Staufenberg werden Möglichkeiten zur Realisierung einer „Wohnanlage 50+“ erörtert, geplant ist der Bau von seniorengerechten Eigentumswohnungen, bzw. sog. Kettenhäusern.

12.
Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfeleistungen

Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrem Einkommen oder Vermögen bestreiten können und auf Dauer erwerbsunfähig sind oder das 65. Lebensjahr vollendet haben, haben Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch – Sozialhilfe (SGB XII), 4. Kapitel. Grundsicherungsleistungen im Alter erhalten also beispielsweise Seniorinnen und Senioren mit einer sehr geringen Rente oder ohne Rentenansprüche.

Soweit notwendige Aufwendungen für die pflegerische Versorgung nicht anderweitig, z.B. durch Pflegekassen, erbracht werden, und Bedürftigkeit besteht, kann Hilfe zu Pflege nach dem 7. Kapitel, SGB XII, gewährt werden. Dabei gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär".

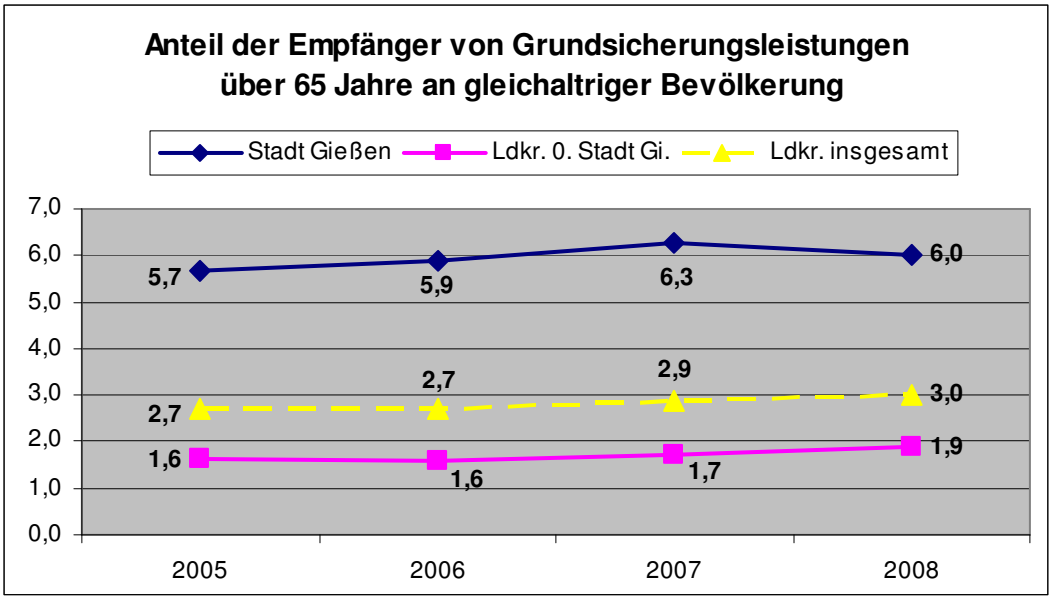
12.1.
Grundsicherungsleistungen im Alter

12.1.1.
Entwicklung seit 2005

Seit Inkrafttreten des SGB XII, 2005, nahm die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen über 65 Jahre im Landkreis Gießen zu, von 1.143 im Jahr 2005, über 1.200 in 2006 und 1.313 2007 bis auf 1.406 im Jahr 2008.

Die folgende Grafik zeigt den prozentualen Anstieg der Leistungsempfänger. Demnach nahm der Anteil insgesamt von 2005 bis 2008 um 0,3% zu, von jeweils 2,7% 2005 und 2006, über 2,9% 2007, auf 3% 2008. Der Tabelle 19 im Anhang können die Werte für die einzelnen Städte und Gemeinden entnommen werden.

Über den gesamten Zeitraum von 2005 bis 2008 gesehen, verlief die prozentuale Entwicklung an der Bevölkerung in der Stadt Gießen ähnlich der des Landkreises. Sowohl in der Universitätsstadt wie auch im übrigen Kreisgebiet betrug die Steigerungsrate in dieser Zeit 0,3%.



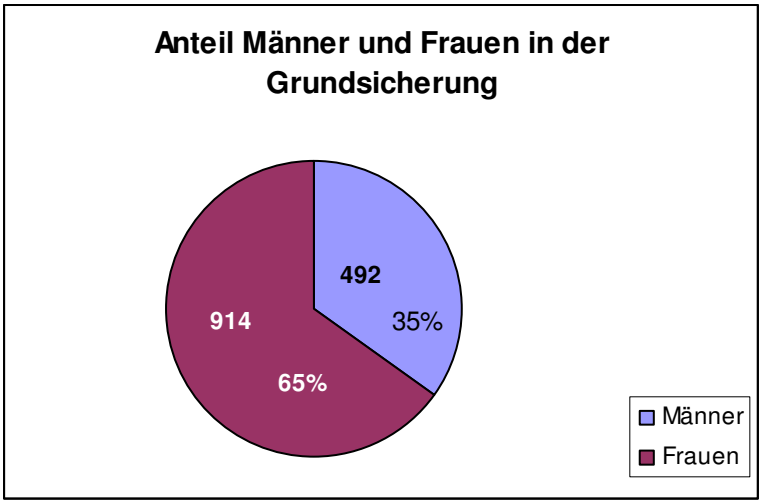
Datenquelle: hess. Statistisches Landesamt, eigene Erhebung

Wie die Grafik weiter zeigt, ist der Anteil der Bezieher von Grundsicherungsleistungen über 65 Jahre in der Stadt Gießen wesentlich höher als im übrigen Kreisgebiet. So lag er 2007 in der

Universitätsstadt (obere, blaue Linie) bei 6%, während er im übrigen Kreisgebiet bei 1,9% lag (untere, rosa Linie). Der Durchschnitt im gesamten Landkreis betrug 3% (mittlere, gelbe Linie). Fraglich ist jedoch, ob der wesentlich geringere Anteil von Grundsicherungsbeziehern in den ländlichen Regionen, tatsächlich auch auf ein durchschnittlich höheres Einkommen im Alter zurückzuführen ist oder ob der Anteil der sog. „versteckten Armut“ auf dem Land nicht höher ist, als in der Stadt. Diese Frage kann an dieser Stelle aber nicht beantwortet werden da hierzu erforderliche Daten fehlen.

12.1.2.
Leistungsbezieher nach Geschlecht

65% der über 65jährigen Empfänger von Grundsicherungsleistungen waren 2008 Frauen. Ein signifikanter Unterschied zwischen den ländlichen Regionen und der Stadt Gießen ist nicht erkennbar (Landkreis 64,7%, Stadt Gießen 65,3%).

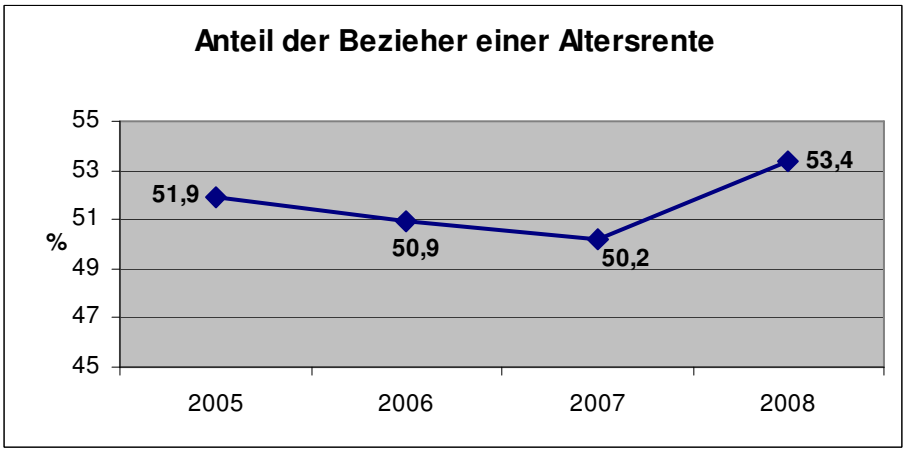


eigene Erhebung

12.1.3.
Grundsicherungsleistung bei geringer Altersrente

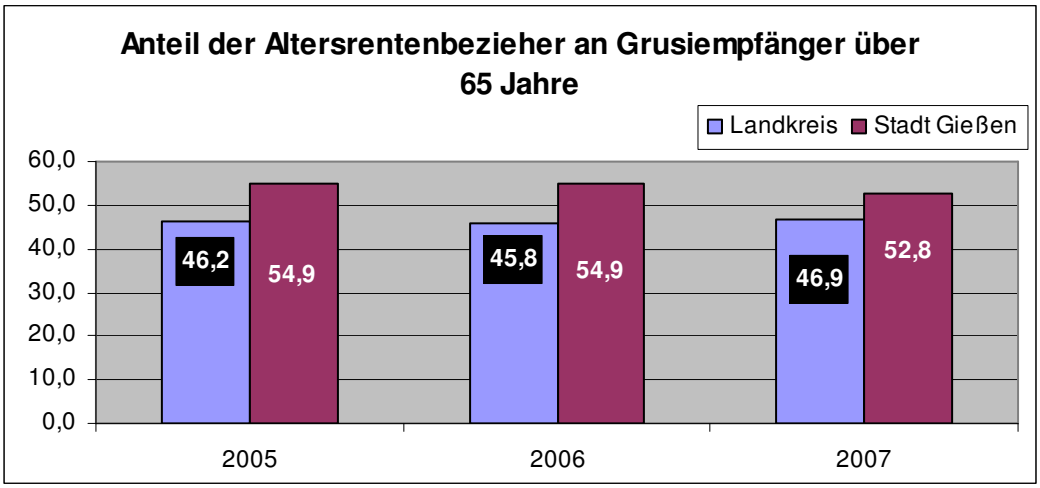
Ca. die Hälfte aller Sozialhilfeempfänger über 65 Jahre (2008 = 751 Personen) bezieht eine geringe Altersrente, im Jahr 2008 durchschnittlich 339,44 €.

Nach einer geringen Abnahme von 2005, mit 51,9%, in den Jahren 2006 und 2007 (50,9% und 50,2%) nahm der Anteil der Rentenbezieher 2008 zu, auf 53,4%.



eigene Erhebung

Auch beim Anteil der Rentenbezieher wird ein deutlicher Unterschied zwischen der Stadt Gießen und dem Kreisgebiet sichtbar. Während in der Universitätsstadt über die Hälfte der Grundsicherungsbezieher über 65 Jahre eine Altersrente bezogen (2005 = 54,9%, 2006 = 54,9%, 2007 = 52,8%), waren es im Kreisgebiet deutlich unter 50% (2005 = 46,2%, 2006 = 45,8%, 2007 = 46,9%), siehe Grafik



eigene Erhebung

Ein Grund hierfür könnte darin liegen, dass in den ländlich geprägten Regionen des Landkreises, Bezieher von kleinen Renten keinen Antrag auf Grundsicherungsleistungen stellen, weil sie beispielsweise in häuslicher Gemeinschaft mit ihren Kindern leben und die Befürchtung haben, dass diese zu Unterhaltszahlungen herangezogen würden. Hiefür spräche, dass 2007 in der Universitätsstadt 3% mehr Grundsicherungsempfänger über 65 Jahre allein lebten (71%) als im übrigen Landkreis (68%). Der Anteil der Zweipersonenhaushalte war in Stadt und Landkreis relativ gleich, mit 23,6% bzw. 23,2%. Aber bei den Mehrpersonenhaushalten war der Anteil im Landkreis um 3,2% höher als in der Stadt Gießen (Landkreis = 8,7%, Stadt Gießen = 5,5%).

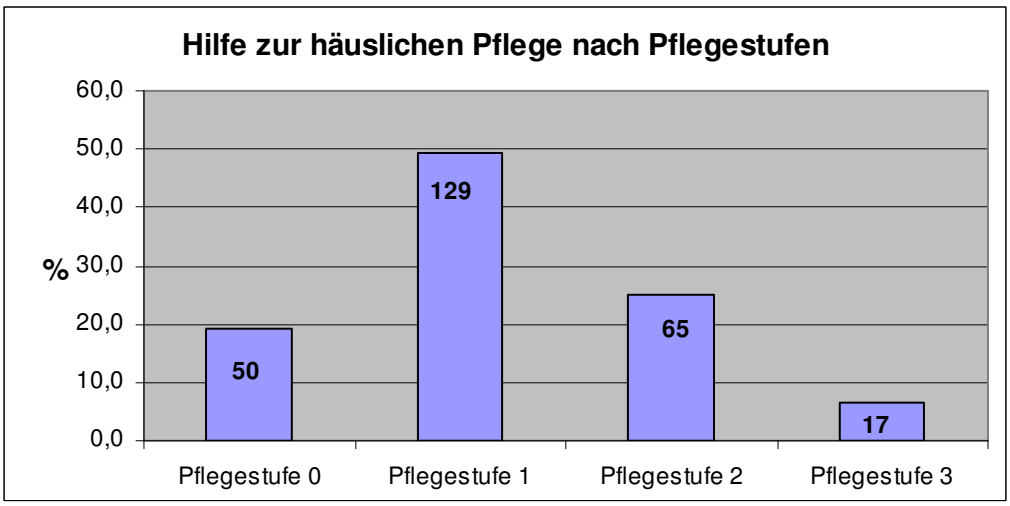
Auch dürfte die höhere Rate der Eigenheimbesitzer im ländlichen Raum eine Rolle spielen. So dürften viele ältere Menschen die Befürchtung haben, dass das selbstgenutzte Haus als Vermögen angerechnet wird und zunächst verkauft werden müsste, bevor ein Bezug von Grundsicherungsleistungen erfolgen kann.

Hier gilt es, die Bevölkerung über Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter zu informieren, zum Beispiel durch Artikel in der Tagespresse aber vor allem auch in den sog. „Gemeindeblättchen“.

12.2.
Hilfe zur Pflege, ambulant

Im Jahr 2008 erhielten 261 Personen Hilfe zur Pflege im häuslichen Bereich. Mit 129 Personen gehörte fast die Hälfte von ihnen der Pflegestufe 1 an (49,4%). 65 Hilfeempfänger, also jeder Vierte (24,9%) war in der Pflegestufe 2. In der Pflegestufe 3 waren 17 Personen, bzw. 6,5%. 50 Hilfeempfänger waren zum Zeitpunkt der statistischen Erhebung in der Pflegestufe 0, bzw. noch ohne Einstufung. (Siehe Grafik)

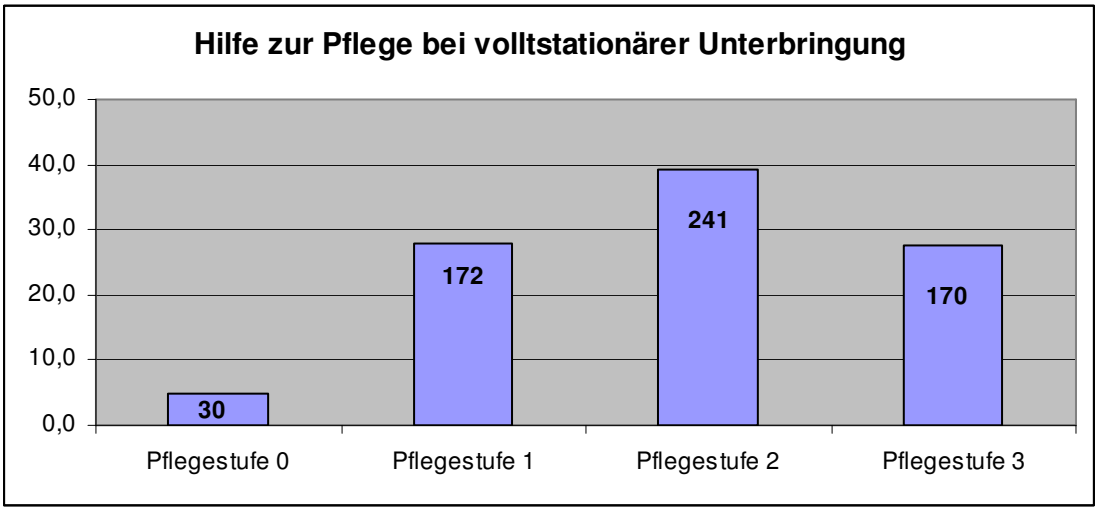
In 108 Fällen wurden Kosten für die Pflege durch eine professionelle Pflegekraft übernommen. Bei 50 Personen wurden die angemessenen Kosten für eine Pflegeperson übernommen.



eigene Erhebung

12.3.
Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen

Hilfe zur Pflege in Einrichtungen wird meist ergänzend geleistet, d. h. der Teil der Kosten, die nicht durch Einkommen, Vermögen oder Unterhaltsansprüche gedeckt werden kann, wird durch den Sozialhilfeträger übernommen.



eigene Erhebung

Im Jahr 2008 erhielten 613 Personen Hilfe zur Pflege in vollstationären Einrichtungen. Davon waren die meisten, mit 39,3%, in der Pflegestufe 2 (241Personen). Die Verteilung auf die Pflegestufen 1 und 3 ist annähernd gleich. So waren in Stufe 1 28,1% (172 Personen) und in der Stufe 3 27,7% (170 Personen). Zum Zeitpunkt der statistischen Erhebung waren 30 Personen oder 4,9% in der Pflegestufe 0, bzw. noch nicht eingestuft.

13.
Die Interessenvertretungen der Seniorinnen und Senioren

Die Hälfte der 18 kreisangehörigen Städten und Gemeinden haben einen Seniorenbeirat, der die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger, vor allem gegenüber der jeweiligen Kommune, wahrnehmen soll. Dabei sind die Zusammensetzungen der Beiräte sehr unterschiedlich, wie die Tabelle zeigt.

Seniorenbeiräte im Landkreis Gießen, Stand April 2009			
	Senioren-beirat	**Zahl der Vertreter**	**Zusammensetzung**
Langgöns	**X**	7	Vertreter aus allen Ortsteilen
Linden			
Pohlheim	**X**	mind. 6	Vertreter aus allen Ortsteilen, je angefangene 3000 Einw. 1 Vertreter, Benennung durch Ortsbeiräte (keine Mandatsträger)
Hungen	**X**	7 - 15	Wahl, Wahlversammlung, ü. 60-jährige Einw.
Lich	**X**	11	Vertr. aller OT, Magistrat, Wohlfahrtsverb.; Wahl in Wahlversammlungen, wahlberchtigt: Einw. ü. 60 Jahre
Grünberg			
Laubach			
Allendorf	**X**	5	Wahl i. Wahlversammlung, wahlberechtigt: Einw. ü. 60
Lollar	**X**	mind. 7	Vertr. d. Kirchen, VdK, AWO, Altenheime, Diakoniestat. – fest; weitere können benannt werden
Rabenau*			
Staufenberg			
Buseck	**X**	max. 15	aus allen OT, Benennung d. Gemeindevorstand
Fernwald	**X**	8	Vertreter aus allen Ortsteilen, Wahl in Wahlversammlungen, wahlberechtigt: Einw.: ü. 60 Jahre
Reiskirchen			
Biebertal			
Heuchelheim			
Wettenberg			
Landkreis	**8**		
Gießen	**X**	24	Soz. Dezernent, Magistrat, Stadtverordnetenvertreter, AG-Wohlfahrtsverbände, sachkundige Bürger/innen
Gesamt	**9**		
Landkreis selbst	**Kommission**	28	Vertreter des Kreisausschusses, der Fraktionen, AG-Wohlfahrtsverbände, sachkundige Bürger/innen

* in Vorbereitung

Während einige Seniorenbeiräte von der älteren Bevölkerung direkt gewählt werden (z.B. Hungen, Allendorf, Fernwald) und somit unmittelbare Interessensvertreter/innen sind, werden andere durch Stadt-, bzw. Gemeindegremien benannt (z.B. Pohlheim, Stadt Gießen) und nehmen nur mittelbar die Interessen war. Daneben gibt es Mischformen, wie etwa in Lich.

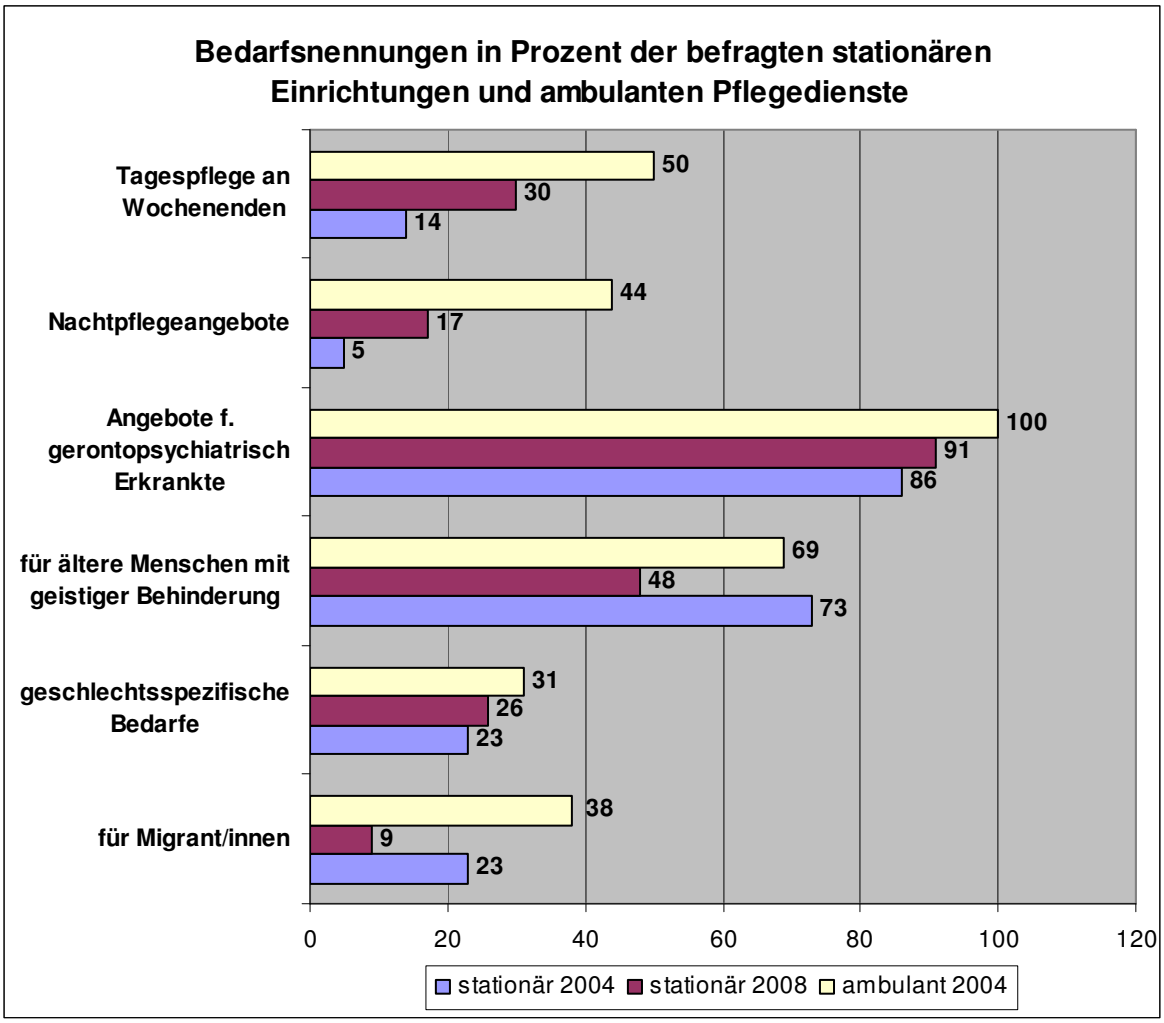
In den, durch kommunale Gremien berufene Beiräte, sind oft neben sog. sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern auch Vertreter der Wohlfahrtsverbände, die als Anbieter am Pflegemarkt agieren. Hierbei muss kritisch hinterfragt werden, welche Interessen im Vordergrund stehen.

Der Kreisausschuss des Landkreises Gießen beruft in jeder Legislaturperiode eine Seniorenkommission. Hier sind sowohl Kreispolitiker aus Kreisausschuss und Kreistag vertreten, wie auch die Wohlfahrtsverbände. Zu den sachkundigen Bürger/innen gehören u. a. je ein Vertreter der Seniorenbeiräte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

14.
Bedarfe aus der Sicht der professionellen Altenhilfe

Anlässlich der Befragungen 2004 und 2008 wurden die Alten- und Pflegeheime gebeten, Bedarfe in der Altenhilfe zu benennen. Im Jahr 2004 ging diese Bitte auch an die ambulanten Dienste. Aufgrund des geringen Rücklaufs (16 von 32) wurde die Befragung hier jedoch nicht wiederholt.

Sowohl in der stationären wie in der ambulanten Pflege wurde ein sehr hoher Bedarf nach Angeboten für Menschen mit einer altersbedingten psychischen Erkrankung, wie Demenz oder Altersdepression, gesehen. Im ambulanten Bereich sahen alle 16 Pflegedienste, die die Fragen zu Bedarfen beantwortet haben, hier ein Handlungsfeld. Bei den Alten- und Pflegeheimen waren es 2004 bereits 86%. Im Jahr 2008 sahen 91% einen gerontopsychiatrischen Bedarf. (Siehe Diagramm)



Ein großer Bedarf wurde auch an Angeboten für geistig behinderte ältere Menschen gesehen. Seither fokussierte sich der Blick eher auf Integrations- und Betreuungsangebote für geistig behinderte Kinder, und Erwachsene im Erwerbsalter. Aufgrund dieser Angebote und des medizinischen Fortschrittes werden auch geistig behinderte Menschen älter. Mit 65 scheiden sie, wie andere auch, aus dem Erwerbsleben aus. Danach fehlen attequate Wohn-, Freizeit und Betreuungsangebote.

Bei den Bedarfsnennungen für ältere Menschen mit geistiger Behinderung fällt auf, dass 2004 fast dreiviertel der stationären Einrichtungen (73%) einen Bedarf sah und 2007 nur noch knapp die Hälfte (48%), obwohl zwischenzeitlich kein neues Alten- und Pflegeheim für diesen Personenkreis errichtet wurde und auch die vorhandene Einrichtung der Schottener Reha in Langgöns nicht erweitert wurde. Möglichweise ist das Thema „Ältere Menschen mit geistiger Behinderung“ etwas aus dem Fokus der Fachdiskussionen gerückt.

Sehr unterschiedlich wurden die Bedarfe nach Tages- und Nachtpflegeangeboten von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen gesehen. Während jeder zweite ambulante Pflegedienst 2004 einen Bedarf nach Tagespflege an Wochenenden sah, waren es bei den Alten- und Pflegeheimen gerade einmal 30%. Noch gravierender ist die Differenz beim Bedarf nach Nachtpflegeangeboten. Hier sahen 2004 44% der ambulanten Dienste einen Bedarf aber nur 17% der stationären Einrichtungen.

Einen Grund für den vermeintlich geringen Bedarf gaben die Betreiber der Heime selbst an, indem sie darauf verwiesen, es lägen keine Nachfragen nach Tagespflege an Wochenenden und Nachtpflege vor. Da die Pflegedienste vor Ort im Kontakt mit den pflegenden Angehörigen stehen, werden Anfragen nach entlastenden Angeboten auch an sie gerichtet und durch sie beantwortet. Im Landkreis bietet kein Betreiber Tagespflege an Wochenenden oder Nachtpflege an, somit können auch keine Angebote vermittelt werden und Nachfrager und potenzielle Anbieter kommen nicht zusammen.

Neben der problematischen Finanzierung solcher Angebote wird aber auch ein Kommunikationsdefizit zwischen Anbietern unterschiedlicher Dienste deutlich. Zwar funktionieren die Kontakte auf der Ebene der täglichen Arbeit, aber auf der strukturellen Ebene scheint die Kooperation noch ausbaufähig zu sein.

Einen relativ geringen Bedarf sahen die Fachkräfte im Bereich der geschlechtsspezifischen Pflege und Betreuung. Dies mag darin begründet sein, dass überwiegend Pflegefachkräfte die Fragenbögen ausgefüllt haben und für sie der pflegerische Bereich im Vordergrund stand, während der Bereich der sozialen Betreuung etwas in den Hintergrund geriet.

Der Bedarf für Migranten wird sehr unterschiedlich beurteilt. 2004 sah fast ein Viertel der Heime (23%) einen Bedarf für zugewanderte Menschen aus anderen Kulturkreisen. 2008 waren es nur noch 9%. Hier dürfte ein Nachlassen der öffentlichen Diskussion um die Pflege und die Notwendigkeit der Integration älterer Migranten für den vermeintlichen Bedarfsrückgang verantwortlich sein.

Auffallend ist auch, dass der Anteil derer, die 2004 einen speziellen Bedarf für Migranten in der Pflege sahen, bei den ambulanten Diensten wesentlich höher war als bei den stationären Einrichtungen. Die Mehrheit der Migranten lebt in eher tradierten familiären Zusammenhängen, in denen die Pflege der älteren Generation, so weit als möglich, durch die Familie wahrgenommen wird. So waren bspw. zur Stichtagsbefragung 2004 von insgesamt 1.558 Bewohner von Alten- und Pflegeheimen nur 19 Ausländer (= 1,2%).

Für die ambulanten Dienste liegen keine verlässlichen Zahlen vor, aber der Anteil, der von ihnen gepflegten Migranten, dürfte wesentlich höher sein. Damit wird hier auch ein spezieller Pflegebedarf erkennbar, der auf andere kulturelle und religiöse Regeln basiert. So setzen einige Pflegedienste gezielt z.B. russischsprachige Fachkräfte ein oder bilden ihr Personal in der interkulturellen Pflege weiter.

14.1.
Weitere Bedarfe im Bereich der Pflege und Betreuung aus Sicht der Fachkräfte

Die ambulanten Pflegedienste wie die Alten- und Pflegeheime sahen aus ihrer Sicht als Anbieter folgende Bedarfe:

- Tages- und Kurzzeitpflegeplätze zur Verhinderungspflege und zur Entlastung von pflegenden Angehörigen
- Tagespflegeplätze für demenziell Erkrankte
- Tagespflegeplätze allgemein für gerontopsychiatrisch Erkrankte, also nicht nur speziell für die größte Gruppe, der Demenzkranken
- flexible und kostengünstige Angebote zur stundenweise Betreuung in stationären Einrichtungen als Entlastung für pflegende Angehörige
- stationäre Hospizeinrichtung im Landkreis Gießen
- Flächendeckende Angebote von Hospizhelfer/innen. - Im Bereich der ambulanten Hospizdienste wurde das Angebot bis Mai 2008 ausgeweitet, so dass in 13 der 18 kreisangehörigen Kommunen bereits Hospizdienste ansässig waren. (siehe hierzu auch Kapitel „Hospizdienste und Hospizgruppen im Landkreis Gießen.
- Angebote im Bereich des betreuten Wohnens für ältere Menschen

Darüber hinaus sahen die ambulanten Pflegedienste Bedarfe nach:

- kostengünstigen Angeboten der 24-Stunden-Pflege
- Nacht- und Sitzwachen
- qualifizierter ambulanter sozialer Betreuung durch Sozialarbeiter
- Gesprächkreisen für pflegende Angehörige
- wöchentlichen Freizeitangeboten für ältere Menschen der Pflegestufen II und III mit Betreuungsangebot durch Pflegefachkräfte
- Beschäftigungsangebote zu Hause

Die Fachkräfte der Alten- und Pflegeheime sahen als Anbieter weitere Bedarfe nach:

- beschützenden Wohnbereichen für gerontopsychiatrische Bewohner
- stundenweise Betreuung speziell für Demenzkranke
- spezielle Versorgung von demenziell erkrankten Bewohnern
- Plätze für pflegebedürftige ältere Suchkranke
- Angebote für Schwerstpflegebedürftige, auch Wachkomapatienten
- Angebote für jüngere Pflegebedürftige
- Ausbau tagesstrukturierender Angebote für geistig behinderte ältere Menschen
- Tagesstätte für geistig behinderte ältere Menschen im südlichen Kreisgebiet

14.2.
Fehlende Angebote im Landkreis Gießen außerhalb der Pflege aus Sicht der Fachkräfte

- seniorengerechte Wohnungen
- Förderung alternativer Wohnformen, z.B. Seniorenwohngruppen, generationenübergreifende Wohnformen etc.
- sichere Verkehrswege, z.B. Kennzeichnung von Fußgängerüberwegen, rollstuhlgerechte und barrierefreie Fußwege etc.
- Infobroschüren in großer Schrift
- Ausbau und Stärkung des Ehrenamtes
- Freizeitangebote für Senioren, auch in stationären Einrichtungen, mit Hol- und Bringservice
- seniorengerechte Personentransporte und Busverbindungen zu Veranstaltungen nach Gießen
- kostengünstige Fahrdienste für Senioren, z.B. zu Ärzten, zum Einkaufen usw.
- flächendeckende Angebote im Bereich der häuslichen Dienstleistungen, Hausnotruf, „Essen auf Rädern“
- Aufbau von Seniorentreffs gekoppelt mit Rechts- und Pflegeberatung, bzw. Beratungsangebote in den Regionen
- Vernetzung der örtlichen Angebotsstrukturen

15.
Herausforderungen und Bedarfe aus Sicht der Städte und Gemeinden

Die Daten einer ersten Bestandserhebung und Bedarfsermittlung wurden den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden vorab, mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Die Universitätsstadt Gießen wird das Datenmaterial als Grundlage für eine städtische Altenhilfeplanung nutzen.

Dabei wurde überstimmend festgestellt, dass die zentrale Herausforderung der Zukunft im demografischen Wandel zu sehen ist. Die meisten Bürgermeister wiesen in ihren Stellungnahmen aber auch deutlich daraufhin, dass die Städte und Gemeinden die Herausforderungen des demografischen Wandels mit der derzeitigen Finanzausstattung nicht bewältigen können.

Die wichtigsten Konsequenzen, die sich aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur für die Kommunen ergeben, sind im Folgenden zusammengefasst.

15.1.
Aufbau von Netzwerken

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden, sind nach Auffassung der Bürgermeister Netzwerke auf unterschiedlichen Ebenen erforderlich. Neben der Vernetzung unterschiedlicher Akteure vor Ort, sollten interkommunale Netzwerke aufgebaut werden sowohl teilraumbezogen wie auf Kreisebene. Hierbei hätte der Landkreis die Aufgabe der Koordination.

15.2.
Bürgerbeteiligung

Die Hälfte der Städte und Gemeinden hat einen Seniorenbeirat (siehe auch Kapitel Interessensvertretung der Seniorinnen und Senioren), der die Interessen der älteren Bevölkerung vertritt. Die Gemeinde Rabenau bereitet die Gründung eines Beirates vor.

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden, wird in den meisten Städten und Gemeinden die Notwendig einer generationenübergreifenden Bürgerbeteilung gesehen. Einige Kommunen haben daher Dialogforen eingerichtet, zum Teil mit wissenschaftlicher Begleitung, wie in Langgöns durch die Bertelsmannstiftung. Andere haben Bürgerbefragungen durchgeführt und thematische Arbeitsgruppen gebildet, wie bspw. Wettenberg.

15.3.
Förderung familienfreundlicher Strukturen

Für die einzelnen Städte und Gemeinden wird eine unterschiedliche Entwicklung prognostiziert, so dass sie auch unterschiedliche Strategien entwickeln.

Als ein zentraler Punkt wurde die Förderung der Attraktivität der Wohnorte für Familien hervorgehoben. Eine wichtige Komponente stellt dabei die Förderung familienfreundlicher Strukturen dar, z.B. durch die Schaffung von Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen.

Gerade in Kommunen, in denen ein Rückgang der Einwohnerzahl, bzw. eine Überalterung der Bevölkerung droht, wird die Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität, sowohl für Familien mit Kindern wie für Senioren, als eine wichtige Aufgabe angesehen, um dieser drohenden Entwicklung entgegen zu wirken. Je nach örtlichen Voraussetzungen wird dabei auf Dorferneuerung, Ausweisung von Neubaugebieten sowie auf Verbesserung, bzw. Erhaltung der Infrastruktur verwiesen.

Um die Wohnqualität der alten Ortskerne zu erhalten, sind vielerorts Um-, Anbau- oder Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Hierzu ist nach Einschätzung einiger Bürgermeister eine Lockerung bestehender Denkmalschutzauflagen notwendig.

15.4.
Seniorengerechtes Wohnen

In den Städten und Gemeinden werden unterschiedliche Ansätze zur Schaffung von seniorengerechtem Wohnraum erörtert, z. B. die Förderung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, Planung und Bau von seniorengerechten Wohnanlagen u. a. m., so sollen in Pohlheim 50 neue altersgerechte Wohnungen entstehen. In Hungen sind seniorengerechte Wohnungen in der Altstadt geplant. In Rabenau werden Teile eines Baugebietes in Londorf hierfür vorgesehen. In Laubach wird ein Seniorenwohnkomplex entstehen. Staufenberg verhandelt mit einem Investor über die Errichtung von seniorengerechten Eigentumswohnungen, bzw. sog. Kettenhäusern. Andere Kommunen, wie bspw. Wettenberg haben Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Themen „seniorengerechtes Wohnen und generationenübergreifende Wohnformen beschäftigen.

Die meisten Städte und Gemeinde sehen zwar zur Zeit noch keinen Bedarf nach generationenübergreifenden Wohnformen, rechnen aber in der Zukunft damit.

Dort wo sie Einfluss auf die Belegung von Wohnungen haben, z. B. über ein Belegungsrecht oder Mehrheitsanteile an gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, versuchen einige Kommunen durch ein gezieltes Wohnungsmanagement eine „Durchmischung“ von Wohnquartieren zu erreichen.

15.5.
Steigender Pflegebedarf

Übereinstimmend sehen die Bürgermeister für die Zukunft zusätzliche Bedarfe im pflegerischen Bereich und zwar sowohl quantitativ wie qualitativ. Dabei sollte der Grundsatz ambulant vor stationär im Vordergrund stehen, aber auch im stationären Bereich sehen einige Bürgermeister für ihre Stadt oder Gemeinde Bedarfe.

Deshalb bemühen sich einige Kommunen, in Zusammenarbeit mit Investoren, um die Neuerrichtung von Alten- und Pflegeheimen, bzw. um die Erweiterung bestehender Einrichtungen. So wird in Pohlheim der Betreiber des bereits bestehenden Pflegeheims ein neues bauen, in dem dann auch die Diakoniestation untergebracht werden wird. Das bestehende, gemeinnützig betriebene Altenheim in Hungen soll durch einen größeren Neubau im Stadtkern ersetzt werden. In Staufenberg wird ein privater Investor eine neue stationäre Einrichtung bauen.

15.6.
Förderung des Ehrenamtes

Aufgrund des demografischen Wandels, steigender Anteil älterer Menschen, wird das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger immer wichtiger. Dabei geht es nicht nur darum, dass älteren Menschen geholfen wird, wie beispielsweise in der Betreuung von Demenzkranken, sondern auch darum, dass Seniorinnen und Senioren ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellem Leben einbringen. Dies geschieht bereits in vielfacher Weise im Landkreis, ist aber noch ausbaufähig.

So engagieren sich Seniorinnen und Senioren in vielfältigen Vereinen in allen Städten und Gemeinden des Landkreises. Als Beispiele seien hier nur einige generationenübergreifende Initiativen genannt, wie das Projekt „Jung und Alt“ in Wettenberg, in dem sich Senioren unter anderem in einem Kindergarten engagieren. In vielen Orten im Landkreis, z.B. Hungen, Obbornhofen, sind Senioren maßgeblich am Aufbau und an der Betreuung von Ortsmuseen beteiligt. Das Projekt Seniorenwerkstatt in Langgöns unterstützt soziale Einrichtungen, Schulen, Kindergärten etc, indem Senioren ihre handwerklichen und technischen Fähigkeiten einsetzen, um bspw. Spielgeräte zu bauen. Auch an den „Tafeln“ im Landkreis engagieren sich viele Seniorinnen und Senioren.

16.
Handlungsempfehlungen auf örtlicher und auf Landkreisebene

Aufgrund des demografischen Wandels wird der Anteil der älteren Bevölkerung in den nächsten Jahren wachsen. Das wird in den Städten und Gemeinden nicht ohne Folgen bleiben. Immer mehr alte Menschen werden allein in ihren Häusern leben, die zumeist nicht seniorengerecht gebaut wurden und auch nur bedingt baulich an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden können. Diese Tendenz wird nicht nur die alten ländlich geprägten Ortskerne betreffen, sondern zunehmend auch Einfamilienhaussiedlungen, die in den 1960er und 70er Jahren errichtet wurden.

Gerade in den ländlich geprägten Orten geht das Versorgungsangebot mit Einzelhandel, Ärzten, Apotheken usw. schon jetzt zurück. Dieser Trend, gepaart mit einer Überalterung der Bewohner, droht zur Verödung von alten Ortskernen zu führen. Mangelnde Versorgungsstrukturen vor Ort und zunehmende Immobilität im Alter schränken die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens erheblich ein, sodass Menschen gezwungen sind, ihren seitherigen Lebensmittelpunkt aufzugeben. Viele der, durch Wegzug oder Tod der ehemaligen Bewohner, leerstehenden Häuser in ländlichen Regionen werden kaum Interessenten finden, so dass die Verödung auch durch Wohnungsleerstand fortschreitet.

Diesen drohenden negativen Entwicklungen gilt es auf kommunaler Ebene entgegen zu steuern. Dabei muss das Ziel sein, allen Bevölkerungsgruppen einen für sie erreichbaren, gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Versorgungsangeboten des täglichen Bedarfs (z.B. Einzelhandel, Bank, Post), zu Leistungen des Gesundheits- und Bildungswesens sowie zu anderen sozialen und technischen Infrastrukturen zu gewährleisten. Oberste Prämisse muss dabei die aktive generationsübergreifende Mitwirkung der Bewohner haben. Insbesondere gilt es die Ressourcen und Potenziale der älteren Generationen zu nutzen. Aufbauend auf diese Rahmenbedingungen werden im Folgenden einige Empfehlungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden ausgeführt.

16.1.
Thema „älter werden“ positiv besetzen als eine Aufgabe aller Akteure

Durch verbesserte Lebensbedingungen und medizinischem Fortschritt werden wir nicht nur älter, sondern bleiben auch länger vital. Damit ergeben sich auch neue Ressourcen und Potentiale für die Gesellschaft, die es zu nutzen gilt.

Das bedeutet aber auch, dass das Thema „älter werden“ positiv besetzt wird und aus der defizitären Ecke gelöst wird. Diese Aufgabe stellt sich allen Akteuren, insbesondere aber den politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wie auch im Kreis.

Dies kann u. a. geschehen durch:

- Auslobung nachahmenswerter generationsübergreifender Initiativen oder Aktionen
- Initiierung und Förderung von Projekten, in denen Seniorinnen und Senioren ihre Kenntnisse und Fähigkeiten an jüngere weitergeben
- Durch das Anbieten von Ehrenamtsmessen, Internetplattformen u. ä. m., wo sich Projekte, Initiativen, Seniorenbeiräte etc. darstellen können

16.2.
Empfehlungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden

Aus den vorliegenden Daten ergeben sich folgende Empfehlungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden:

- Bürgerbeteiligung -Initiierung von Dialogforen in den Ortsteilen zu Themenstellung des demografischen Wandels vor Ort
  - Einrichtung von Seniorenbeiräten
- Berücksichtung von Barrierefreiheit in allen Planungsbereichen
- Vernetzung - sozialer Einrichtungen und Wohnungsbaugesellschaften
  - interkommunale Vernetzung
- Förderung und Koordination des Ehrenamtes
- Förderung altersübergreifender Aktionen und Initiativen
- Förderung von ambulanten Versorgungsstrukturen im Vorfeld der oder in Ergänzung zur Pflege

16.2.1.
Bürgerbeteiligung

Der Demografische Wandel wird in vielen Orten des Landkreises erhebliche Veränderung in der Bevölkerungsstruktur haben. Schon heute gibt es in manchen Orten keinen Einzelhandel mehr. In Zukunft werden kleinere Kindergärten in ihrer Existenz bedroht sein, weil zu wenige Kinder im Ort leben, einige Schulstandorte werden langfristig gefährdet sein usw.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, ist es erforderlich, die Bevölkerung in den einzelnen Orts- und Stadtteilen bei der Entwicklung von Ideen, Perspektiven und konkreten Maßnahmen mit einzubeziehen. Die positiven Beispiele im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms haben gezeigt, dass Bürgerbeteiligung eine Entwicklung nachhaltig beeinflussen sowie soziale und infrastrukturelle Impulse geben kann, z.B. durch die Wiederbelebung von Dorfläden, Einrichten von Fahrdiensten etc.

Der Anteil der älteren Bevölkerung nimmt zu. Um ihren Belangen gerecht zu werden, ist eine Beteiligung an Entscheidungen, die Seniorinnen und Senioren betreffen, dringend geboten. Deshalb empfiehlt auch die Landesseniorenvertretung sowie die Seniorenkommission des Landkreises Gießen in allen Städten und Gemeinden Seniorenbeiräte einzurichten.

16.2.2.
Berücksichtung von Barrierefreiheit in allen Planungsbereichen

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des medizinischen Fortschritts und verbesserter Teilhabestrukturen wird die Zahl der älteren Menschen mit Behinderung steigen. Das Recht des Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben darf nicht an sein Alter und / oder eine Behinderung gebunden sein. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten bis zur Erreichung des Rentenalters in Werkstätten oder nehmen Angebote der Tagesstätten in Anspruch, sie leben entweder bei Verwandten, in ambulanten Wohngruppen oder allein in Städten und Gemeinden des Landkreises. Im Ruhestand möchten sie natürlich weiterhin in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben. Das bedeutet auch, dass sie ihren gesetzlichen Anspruch auf Teilhabe an der Gesellschaft verwirklichen können. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist ein barrierefreier Zugang zum öffentlichen Raum.

Die Schaffung von barrierefreien öffentlichen Räumen, bedeutet nicht nur rollstuhlgerechte Eingänge zu öffentlichen Gebäuden und Orientierungshilfen für seh- oder hörgeschädigte Menschen, sondern z.B. breite Gehwege, verkehrsberuhigte Wohnquartiere, alten- und behinderten gerechte Geschäfte bis hin zur Umgestaltung von öffentlichen Plätzen zu Begegnungsräumen der Bewohner. Wie die Seniorenkommission betont, werden zukünftig moderne Kommunikati-

onsmittel für Seniorinnen und Senioren immer wichtiger, damit stellt auch der Ausbau von schnellen Internetverbindungen im ländlichen Raum eine wichtige Voraussetzung zur Schaffung von barrierefreien öffentlichen Räumen dar.

Der Fokus darf aber nicht nur auf Barrierefreiheit für körperlich eingeschränkte Personen liegen, sondern es müssen auch barrierefreie Zugänge für psychisch erkrankte und seelisch behinderte Menschen sowie für Menschen mit einer geistigen Behinderung geschaffen werden.

Bei Planungsvorhaben der Kommune selbst, aber auch bei Ansiedelung oder Erweiterung von Einzelhandelshandelsgeschäften, können die Städte und Gemeinden, neben der Beteiligung der Betroffenen selbst und der Seniorenbeiräte, auch die Beratung der BeKo in Anspruch nehmen. Auch einige Behindertenselbsthilfeorganisationen bieten Beratung zum Thema Barrierefreiheit an. Wenn es um eine demenzfreundliche Planung geht, kann auch die Initiative „Demenzfreundliche Kommune - Stadt und Landkreis Gießen“ beratend und begleitend zur Seite stehen.

16.2.3.
Vernetzung

Soziale Einrichtungen, wie Sozial- und Diakoniestationen, soziale Beratungsstellen, die Stadt- oder Gemeindeverwaltung sowie die Wohnungswirtschaft, insbesondere die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften können durch Kooperation und Vernetzung z.B. einer Überalterung oder einem sozialen Abstieg bestimmter Wohnquartiere vorbeugen, indem sie gemeinsame Grundlagen für ein Wohnungsmanagement erarbeiten. Auch bei anstehenden Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen kann, durch einen gegenseitigen Austausch, auf spezifische Bedürfnisse eingegangen werden, wie Ausbau von seniorengerechten Wohnungen, familien- und seniorengerechten Außenanlagen etc.

Hierbei sollte auf die von der BeKo initiierten und funktionierenden Netzwerke aufgebaut werden. Durch ihre Fach- und Netzwerkkompetenzen kann sie die Prozesse maßgeblich begleiten

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf der einen und angespannter Kommunalhaushalte auf der anderen Seite ist in vielen Bereichen eine Abstimmung zwischen benachbarten Kommunen unumgänglich. Hier gilt es einerseits Doppelstrukturen zu vermeiden und andererseits Versorgungslücken zu schließen. Synergieeffekte, gerade in den Bereichen der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, Leistungen des Gesundheitswesens und anderer sozialer und technischer Infrastruktur können durch ein vernetztes Handeln erzielt werden. Daneben ist aber auch eine abgestimmte Maßnahmenentwicklung und regionale Planung aller kreisangehöriger Kommunen wichtig. Hierbei kommt dem Landkreis die Rolle des Initiators und Moderators des Prozesses zu.

16.2.4.
Förderung und Koordination des Ehrenamtes

Laut Enquete Kommission zum bürgerschaftlichen Engagement engagiert sich jeder Dritte erwachsene Bundesbürger ehrenamtlich. Durch die Alterung der Gesellschaft kommen neue Anforderungen auf die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Infrastruktur zu, die nur durch ein verstärktes ehrenamtliches Engagement aufgefangen werden können. Gleichzeitig treffen wir auf immer mehr Seniorinnen und Senioren, die ihre Erfahrungen und Kenntnisse gern anderen zur Verfügung stellen würden oder sich neuen Aufgaben und Herausforderungen stellen möchten.

Um dieses Potenzial erschließen zu können, bedarf es der gesellschaftlichen Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement. Dazu gehört u. a. auch, dass Aufwendungen in Zusammenhang mit ehrenamtlicher Tätigkeit ersetzt werden, z. B. Fahrtkosten oder Gestellung von Arbeitsmaterialien etc. Die Städte und Gemeinden haben hier aber auch die Aufgabe gemeinsam mit Verei-

nen, Verbänden und Initiativen Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen Bedarfe und Angebote zu erfassen und zu koordinieren. In einem solchen Prozess sollte die Kommune die Moderation übernehmen, wenn sie nicht selbst als Handelnde in diesem Feld auftritt.

16.2.5.
Förderung altersübergreifender Aktionen und Initiativen

Durch den wachsenden Anteil Älterer an der Bevölkerung treten Interessenskonflikte zwischen den Generationen deutlicher in den Fokus der Öffentlichkeit, siehe die jüngste Debatte um die Änderung des Rentenanpassungsgesetztes. Um vor Ort zu einem Interessensausgleich zu kommen, ist zunächst gegenseitiges Verständnis und ein respektvoller Umgang miteinander erforderlich. Dies kann durch generationenübergreifende Aktionen und Projekte gefördert werden, die Allen nutzen, wie z. B. gemeinnütziger Betrieb eines „Dorfladens“ oder einer Leihbibliothek. Sie bedürfen aber häufig logistischer und finanzieller Unterstützung sowie der öffentlichen Anerkennung. Hier sind neben Sponsoren auch die Kommunen gefragt.

16.2.6.
Förderung von ambulanten Versorgungsstrukturen im Vorfeld der oder in Ergänzung zur Pflege

Sowohl im Sinne der Betroffenen wie der Gesellschaft als Ganzes muss es ein Ziel von Seniorenpolitik sein, Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern und Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Obwohl nicht pflegebedürftig im Sinne des Pflegegesetztes, werden ältere Menschen oft zunehmend immobil, was die Gefahr von Isolation, Depression und anderen Erkrankungen mit sich bringt und das Risiko der Pflegebedürftigkeit erhöht. Seniorentreffs, Gesprächskreise, Fahrdienste, aber auch Angebote von bezahlbaren haushaltsnahen Dienstleistungen, wie einkaufen, Hilfestellungen im Haushalt, Kehrdienste, etc. können die Lebensqualität erheblich erhöhen.

Natürlich gilt das auch für Pflegebedürftige. Hier dienen solche Angebote aber auch dazu, stationäre Aufenthalte zu verhindern, sowohl in Krankenhäusern, wie in Pflegeheimen. Daneben sind aber entlastende Angebote für Angehörige erforderlich, um älteren pflegebedürftigen und vor allem demenziell erkrankten Personen ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Neben den Angehörigen, die die körperliche Pflege leisten, muss der Fokus aber auch auf deren Partner und die Kinder gelenkt werden, die emotional an der oft schwierigen Situation partizipieren.

Durch die Initiierung und gezielte Förderung ehrenamtlicher Angebote in diesem Segment fördern viele Städte und Gemeinden gemeinsam mit dem Landkreis und den Pflegekassen sog. niedrigschwellige Betreuungsangebote für Menschen mit einer demenziellen Erkrankung. So können die Städte und Gemeinden die Wohn- und Lebensqualität der älteren Bürgerinnen und Bürger maßgeblich beeinflussen und Heimaufenthalte verhindern helfen.

16.3.
Empfehlungen auf der Ebene des Landkreises

Die folgenden Empfehlungen sind zur besseren Orientierung als Einzelprojekte aufgeführt, greifen jedoch ineinander und bauen aufeinander auf. Sie sollten in ein Gesamtkonzept münden, deren Erarbeitung und Umsetzung von politischen Vertreter/innen, Vertreter/innen von Leistungsträgern und Fachleuten kontinuierlich begleitet wird. Das Begleitgremium hat eine richtungsweisende und evaluierende Funktion während des gesamten Prozessverlaufs und bei der Gestaltung von Veranstaltungen im Rahmen des Projektes.

Auf der Ebene des Landkreises ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Beteiligung der Senioren, Seniorenkommission – Seniorenbeirat
- Interkommunale und interregionale Vernetzung und Koordination
    - Vernetzung und Koordination von Versorgungsstrukturen
    - Austausch der Städte und Gemeinden über Prozesse vor Ort
- Vernetzung und Koordination von Maßnahmen und Projekten
- Aufbau eines kommunalen Pflegenetzwerkes zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur in Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt und der BeKo
- Weiterentwicklung von Strukturen und Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden ambulanten Versorgung
- Aufbau von Strukturen einer integrativen wohnortbezogenen Versorgung von älteren Menschen mit Behinderung
- Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo um eine Wohnraumberatung (Umbau auf alters-, bzw. behinderungsgerechte Bedürfnisse).
- Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo für Menschen mit Demenz und ihre Angehörige

16.3.1.
Beteiligung der Senioren, Seniorenkommission – Seniorenbeirat

Der Landkreis Gießen hat seit vielen Jahren eine Seniorenkommission als Hilfsorgan des Kreisausschusses. In ihr sind neben Mitgliedern von Kreisausschuss und Kreistag sowie Vertretern aller Seniorenbeiräte, auch sog. sachkundige Bürger/innen aller gesellschaftlich relevanter Gruppen vertreten.

Für die Zukunft sollte überlegt werden, ob eine, unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagende Kommission ausreicht oder ob nicht ein von den Seniorinnen und Senioren im Landkreis gewählter Beirat die Interessen der älteren Bevölkerung öffentlich vertreten sollte.

16.3.2.
Interkommunale und interregionale Vernetzung und Koordination

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden in den Städten und Gemeinden Maßnahmen, Projekte und Programme entwickelt. Im Rahmen von Infrastruktur- und Raumordnungsplanung wird der Fokus künftig noch stärker auf die demografische Entwicklung gelegt werden müssen. Dabei muss das Ziel sein, allen Bevölkerungsgruppen einen für sie erreichbaren gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Versorgungsangeboten des täglichen Bedarfs (z.B. Einzelhandel, Bank, Post), zu Leistungen des Gesundheits- und Bildungswesens sowie zu anderen sozialen und technischen Infrastrukturen zu gewährleisten.

Um vorhandene Versorgungsstrukturen optimieren und so Synergieeffekte erzielen zu können, bedarf es einer Abstimmung der zentralen Orte der Versorgung, insbesondere der Stadt Gießen, mit dem Umland. Durch abgestimmtes Handeln können zum Einen Doppelstrukturen vermieden werden, zum Anderen können Dienstleistungen zielgerichtet angeboten werden, z. B. Ausdehnung von Versorgungsangeboten in die Fläche. Um dem formulierten Ziel gerecht werden zu können, werden auch Vernetzungsstrukturen über den Landkreis hinaus erforderlich sein, z.B. stärkere Orientierung auf die Region Mittelhessen.

Die Stadt Gießen wird eine kleinräumige, quartiersbezogene Bestandserhebung ihrer sozialen und technischen Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung durchführen. Daraus sollen konkrete Maßnahmen und Projekte aber auch Grundlagen für künftige Planungen entwickelt werden. Von diesen Erfahrungen, auch wenn sie nicht eins zu eins auf andere Kommunen übertragbar sein werden, können die Städte und Gemeinden im Landkreis profitieren. Hierzu bedarf es des regelmäßigen Austausches der Ergebnisse und Erfahrungen im Planungsprozess. Eine erste Plattform kann die Bürgermeisterdienstversammlung sein. Im Laufe des Prozesses sollte sie jedoch um breitere Beteiligungsformen ergänzt werden.

16.3.3.
Vernetzung und Koordination von Maßnahmen und Projekten

In vielen Städten und Gemeinden sowie auf Kreisebene arbeiten Vereine, Verbände und Initiativen in Projekten, die sich mit den Folgen der demografischen Entwicklung beschäftigen oder konkrete Angebote zur Mobilität auf dem Land, zu generationenübergreifenden Hilfen auf Gegenseitigkeit, zur Betreuung von Demenzkranken usw. organisieren oder selbst anbieten. Auch Sport- und Kulturvereine bieten vielfältige Aktivitäten für ältere Menschen an. Häufig bestehen diese Angebote jedoch nebeneinander her, der Eine weiß vom Angebot des Anderen nichts.

Durch Vernetzung könnten auch hier Synergieeffekte erzielt werden. Hier hat der Kreis, mit Unterstützung durch die BeKo, die Aufgabe, die Entwicklung in den Kommunen zu begleiten und Netzwerkstrukturen für ein abgestimmtes Handeln zu bieten sowie koordinierende Aufgaben wahrzunehmen.

16.3.4.
Aufbau eines kommunalen Pflegenetzwerkes zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur in Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt und der BeKo

Im Kapitel „Bedarfe aus der Sicht der professionellen Altenhilfe“ wurde deutlich, dass je nach Tätigkeitsbereich, stationäre oder ambulante Pflege, unterschiedliche Bedarfe gesehen werden. Die Bürgermeister wünschen im Sinne der Betroffenen vor allem wohnortnahe Angebote.

Um wohnortnahe Angebotstrukturen für ältere pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen sowie für die zunehmende Zahl älterer Menschen mit Behinderung, sicherstellen und weiterentwickeln zu können, bedarf es der Kooperation der Pflegeeinrichtungen und der Beratungsstellen unter Einbeziehung der maßgeblich an der pflegerischen Angebotstruktur Mitwirkenden, z. B. in Form von multiprofessionellen Pflege- und Versorgungskonferenzen.

Dies wird, neben anderen, eine Aufgabe des Pflegestützpunktes sein. Zwar kann er auf die bereits von der BeKo aufgebauten Netzwerke aufbauen, dürfte aber bei der bestehenden Personalbemessung (zwei Stellen für den gesamten Landkreis incl. Stadt Gießen) mit dieser Aufgabe überfordert sein. Daher sollte diese Aufgabe im Sinne der Betroffenen in Kooperation mit der BeKo erfolgen.

Der Landkreis ist, wie die Pflegekassen, als örtlicher Sozialhilfeträger auch Kostenträger. Beim Aufbau und der Begleitung von Netzwerken darf der Kostenaspekt aber keine Rolle spielen. Hier hat der Landkreis eine moderierende Aufgabe, die von der Akzeptanz aller im Netzwerk getragen werden muss.

Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Anbieter sofort bereit sein werden an einem gemeinsamen Netzwerk mitzuwirken. Wenn jedoch von Seiten der stationären und ambulanten Pflege einige Einrichtungen den Anfang machen und erste Angebotsanpassungen realisiert werden können, evtl. mit Unterstützung des Landkreises und der Kommunen z.B. im Rahmen des Projektes „Gesundheits- und Wissensregion Gießen", und erste Synergieeffekte eintreten, dürfte das Netzwerk von der überwiegenden Zahl der Anbieter getragen werden.

16.3.5.
Aufbau von Strukturen und Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden ambulanten Versorgung

Durch den steigenden Anteil älterer und hochaltriger Menschen wird auch der Bedarf nach qualifizierter Pflege und Betreuung steigen. Ziel muss es sein, Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Das bedeutet insbesondere, ihnen die Möglichkeit zu bieten, zu Hause qualifiziert gepflegt und betreut zu werden. Das impliziert aber auch, dass Angehörigen adäquate Angebote, wie stationäre Tagespflege, Kurzzeitpflege etc. zu ihrer Entlastung zur Verfügung stehen.

Der Grundsatz ambulant vor stationär kann aber auch den Kostenträgern und damit auch dem Landkreis als Sozialhilfeträger zu Gute kommen, so dass auch er ein Interesse an ausreichenden ambulanten Versorgungsstrukturen haben muss. Hier kommt dem Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die Aufgabe zu, Versorgungslücken, wie sie von den Fachkräften im Abschnitt „Bedarfe" benannt wurden, zu schließen.

Das bedeutet auch, dass es aus finanzieller Sicht, im Interesse des Landkreises sein kann, übergangsweise Kosten für die Vorhaltung von Angeboten zu übernehmen, um stationäre Unterbringungen zu vermeiden (Sozialhilfe). Aber auch für die Kommunen kann eine Kostenbeteiligung sinnvoll sein, damit ältere, pflegebedürftige Menschen in ihrer seitherigen häuslichen Umgebung bleiben können und möglicher Wohnungsleerstand vermieden werden kann (vor allem in alten Ortskernen). So könnten bspw. in Kooperation mit gemeinnützigen Trägern und / oder privaten Anbietern, Projekte in den Bereichen der Tagespflege und Kurzzeitpflege entwickelt werden.

16.3.6.
Aufbau von Strukturen einer integrativen wohnortbezogenen Versorgung von älteren Menschen mit Behinderung

Im Fokus der öffentlichen Diskussion standen seither die Versorgungs- und Teilhabestrukturen für jüngere Menschen mit Behinderungen. Maßnahmen wie die Integration behinderter Kinder in Regelschulen, ambulante Betreuungs- und Begleitungsmodelle, unterschiedliche Formen des Betreuten Wohnens usw. sollen separierende Sondereinrichtungen, wie etwa Heime für Behinderte, überflüssig werden lassen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des medizinischen Fortschritts und verbesserter Teilhabestrukturen wird die Zahl der älteren Menschen mit Behinderung steigen. Das Recht des Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben darf nicht an sein Alter und / oder eine Behinderung gebunden sein. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten bis zur Erreichung des Rentenalters in Werkstätten oder nehmen Angebote der Tagesstätten in Anspruch, leben aber entweder bei Verwandten, in ambulanten Wohngruppen oder allein.

Für sie gilt es vorhandene wohnortnahe tagesstrukturierende Angebote, z.B. in der Tagespflege, räumlich und konzeptionell an die Erfordernisse einer integrativen Arbeit anzupassen, aber auch neue wohnortnahe, erreichbare, barrierefreie und integrierende tagesstrukturierende Angebote zu entwickeln. Dabei müssen sich sowohl tagesstrukturierende wie andere Unterstützungsangebote an dem individuellen Bedarf des Betroffenen orientieren.

Die Planung und Koordination von Versorgungsstrukturen kommt dabei dem Landkreis zu. Bei der individuellen Planung eines bedarfsgerechten Unterstützungsangebotes kann auf das bewährte Verfahren der Teilhabe- und Hilfeplankonferenzen zurück gegriffen werden.

16.3.7.
Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo um eine Wohnraumberatung

Für viele Menschen stellt sich mit steigendem Alter, dass Problem der zunehmenden Immobilität. Häufig müssen die Wohnungen hieran angepasst werden. Zwar bieten verschiedene Verbände entsprechende fachkundige unabhängige Wohnraumberatungen (z.B. durch Architekten oder spezialisierte Bauhandwerker) an, die aber meist unbekannt sind und nicht wohnortnah gelegen. Um den Seniorinnen und Senioren im Landkreis Gießen, aber auch kranken und behinderten jüngeren Menschen, das Leben in ihrer eigenen Wohnung zu erleichtern, bzw. es ihnen ohne ständige fremde Hilfe zu ermöglichen, sollte die BeKo als bekannte Beratungsstelle eine Wohnraumberatung anbieten. Hierzu könnte eine Kooperationsvereinbarung mit einer unabhängigen Wohnraumberatungsstelle geschlossen werden, die dann im Landkreis, koordiniert durch die BeKo regelmäßig Beratungstermine anbietet und Hausbesuche durchführt.

16.3.8.
Erweiterung des Beratungsangebotes der BeKo für Menschen mit Demenz und ihre Angehörige

Bedingt durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der an demenz erkrankten Personen steigen. Um den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen zu können, bedürfen sie und ihre Angehörige fachlich fundierter Beratung in sehr unterschiedlichen Bereichen, z.B. über mögliche Krankheitsverläufe, Wohnungsanpassung, niedrigschwellige Betreuungsangebote, Angebote der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege, dem Betreuungsrecht u. v. a. m..

Aufgrund der Vielschichtigkeit der Beratungsfelder sind auf das Thema Demenz spezialisierte und entsprechend geschulte Beraterinnen und Berater erforderlich**.** Neben der Beratungstätigkeit ist aber häufig auch eine Koordination von Einzelfällen sowie von Angebotsstrukturen erforderlich. Mit der BeKo gibt es bereits im Landkreis eine im Bereich der Beratung und Koordination qualifizierte und auf hohe Akzeptanz stoßende Einrichtung, die sich dieses Themenfeldes vertiefend annehmen kann. Sie kann dabei auf ihre bereits vorhandenen Netzwerke aufbauen.

Tabellenteil

Tabelle 1

Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Gemeinden im Landkreis Gießen von 2000 bis 2030					
Kommune	**2000**	**2006**	**2010**	**2020**	**2030**
Langgöns	11.939	12.132	12.195	12.226	12.052
Linden	12.150	12.172	12.276	12.482	12.556
Pohlheim	17.153	18.043	18.465	19.460	20.320
Region 1	***41.242***	***42.347***	***42.936***	***44.168***	***44.928***
Hungen	12.765	12.794	12.735	12.482	12.117
Lich	13.116	13.460	13.576	13.763	13.721
Region 2	***25.881***	***26.254***	***26.311***	***26.245***	***25.838***
Grünberg	14.233	14.136	14.049	13.683	13.042
Laubach	10.583	10.280	10.076	9.422	8.605
Region 3	***24.816***	***24.416***	***24.125***	***23.105***	***21.647***
Allendorf	4.130	4.092	4.109	4.119	4.061
Lollar	10.141	10.110	10.149	10.180	10.055
Rabenau	5.576	5.412	5.204	4.608	3.945
Staufenberg	7.800	8.307	8.544	9.091	9.578
Region 4	***27.647***	***27.921***	***28.006***	***27.998***	***27.639***
Buseck	13.243	13.257	13.193	12.871	12.260
Fernwald	6.672	6.605	6.489	6.154	5.667
Reiskirchen	10.667	10.714	10.830	10.989	10.930
Region 5	***30.582***	***30.576***	***30.512***	***30.014***	***28.857***
Biebertal	10.402	10.311	10.195	9.887	9.500
Heuchelheim	7.625	7.596	7.494	7.167	6.718
Wettenberg	12.254	12.546	12.588	12.481	12.228
Region 6	***30.281***	***30.453***	***30.277***	***29.535***	***28.446***
Ldkr. o. Stadt	**180.449**	**181.967**	**182.167**	**181.065**	**177.355**
Gießen	73.138	73.958	74.501	76.351	77.587
Landkreis ges.	**253.587**	**255.925**	**256.668**	**257.416**	**254.942**
Reg.bez.	**1.063.538**	**1.057.553**	**1.051.756**	**1.031.913**	**1.000.330**
Hessen	**6.068.129**	**6.075.359**	**6.072.664**	**6.027.489**	**5.924.336**

Tabelle 2

Entwicklung des Anteils der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung					
Kommune	**2000**	**2006**	**2010**	**2020**	**2030**
Langgöns	13,7	17,0	17,4	22,4	31,2
Linden	14,5	16,9	17,4	21,4	28,1
Pohlheim	14,9	17,3	17,7	20,6	26,3
Region 1	***14,4***	***17,1***	***17,5***	***21,3***	***28,1***
Hungen	17,5	20,5	20,7	24,7	31,6
Lich	16,1	19,3	19,5	22,9	29,0
Region 2	***16,8***	***19,9***	***20,1***	***23,8***	***30,2***
Grünberg	16,1	19,2	19,2	23,7	30,6
Laubach	17,6	21,4	22,1	26,7	33,8
Region 3	***16,7***	***20,2***	***20,4***	***24,9***	***31,9***
Allendorf	16,0	19,4	19,0	21,8	27,7
Lollar	15,8	19,1	19,4	22,2	27,3
Rabenau	17,9	22,0	22,0	27,9	39,6
Staufenberg	16,6	19,0	18,9	20,8	26,0
Region 4	***16,5***	***19,7***	***19,7***	***22,6***	***28,7***
Buseck	15,2	18,7	19,4	23,5	32,1
Fernwald	15,3	20,1	20,5	24,8	35,2
Reiskirchen	14,8	17,9	18,0	22,5	28,9
Region 5	***14,7***	***18,7***	***19,1***	***23,4***	***31,5***
Biebertal	17,4	21,0	21,5	25,6	32,3
Heuchelheim	18,3	21,5	22,1	25,4	33,3
Wettenberg	17,0	20,5	21,2	24,6	30,1
Region 6	***17,5***	***20,9***	***21,5***	***25,1***	***31,6***
Ldkr. o. Stadt	16,0	19,2	19,5	23,3	30,1
Gießen	**15,6**	**16,4**	**16,1**	**17,2**	**22,7**
Landkreis ges.	**15,9**	**18,4**	**18,5**	**21,5**	**27,8**
Reg.bez.	16,5	19,3	19,4	22,5	29,1
Hessen	16,5	19,3	19,9	22,7	27,8

Tabelle 3

Entwicklung des Anteils der über 75jährigen an der Gesamtbevölkerung					
Kommune	**2000**	**2006**	**2010**	**2020**	**2030**
Langgöns	5,4	6,8	7,6	10,1	13,7
Linden	6,7	7,5	7,9	9,8	12,9
Pohlheim	6,2	7,6	8,4	10,2	12,3
Region 1	***6,1***	***7,4***	***8,0***	***10,1***	***12,8***
Hungen	7,7	8,8	9,4	11,7	14,8
Lich	6,8	8,5	9,3	11,3	13,8
Region 2	***7,2***	***8,6***	***9,3***	***11,5***	***14,2***
Grünberg	6,7	8,4	9,2	11,0	14,6
Laubach	7,6	9,6	10,4	13,6	17,2
Region 3	***7,1***	***8,9***	***9,7***	***12,1***	***15,7***
Allendorf	6,3	7,7	8,5	10,2	12,6
Lollar	7,4	8,5	9,3	11,4	13,4
Rabenau	7,4	10,0	11,1	13,3	18,8
Staufenberg	6,6	8,0	8,6	9,9	11,4
Region 4	***7,0***	***8,5***	***9,3***	***11,1***	***13,4***
Buseck	6,0	7,5	8,3	11,5	14,3
Fernwald	6,3	8,5	9,4	12,3	15,6
Reiskirchen	6,1	7,6	8,3	10,3	13,6
Region 5	***6,1***	***7,7***	***8,5***	***11,2***	***14,3***
Biebertal	7,4	9,2	9,7	12,5	15,7
Heuchelheim	8,1	9,6	10,4	13,3	15,6
Wettenberg	6,9	8,3	9,4	12,2	14,3
Region 6	***7,4***	***8,9***	***9,8***	***12,6***	***15,1***
Ldkr. o. Stadt	**6,8**	**8,3**	**9,0**	**11,3**	**14,1**
Gießen	7,6	7,9	7,8	8,5	9,7
Landkreis ges.	**7,0**	**8,2**	**8,7**	**10,5**	**12,7**
Reg.bez.	7,3	8,5	9,1	11,0	13,4
Hessen	7,4	8,4	8,9	11,4	13,4

Tabelle 4

Empfänger von ambulanten Pflegeleistungen am 15.12.2003									
Altersgruppen	Leistungsempfänger männlich				Leistungsempfänger weiblich				**Leistungs-empfänger insgesamt**
	Pflegestufen			ges.	Pflegestufen			ges.	
	I	II	III1)		I	II	III1)		
unter 15 Jahren	10	12	4	26	7	9	4	20	**46**
15 bu 60	27	31	27	85	17	20	16	53	**138**
60 bu 65	9	1	9	19	17	4	7	28	**47**
65 bu 70	13	15	7	35	19	15	5	39	**74**
70 bu 75	12	20	16	48	31	20	8	59	**107**
75 bu 80	32	38	16	86	108	44	23	175	**261**
80 bu 85	38	45	12	95	146	84	44	274	**369**
85 bu 90	31	29	9	69	113	65	16	194	**263**
90 bu 95	13	22	2	37	67	80	25	172	**209**
95 o ä	3	4	3	10	17	13	9	39	**49**
Gesamtergebnis	**188**	**217**	**100**	**510**	**542**	**354**	**157**	**1053**	**1563**

Empfänger von ambulanten Pflegeleistungen am 15.12.2005									
Altersgruppen	Leistungsempfänger männlich				Leistungsempfänger weiblich				**Leistungs-empfänger insgesamt**
	Pflegestufen			ges.	Pflegestufen			ges.	
	I	II	III1)		I	II	III1)		
unter 15 Jahren	7	8	1	16	12	13	5	30	**46**
15 bu 60	25	21	21	67	13	26	25	64	**131**
60 bu 65	7	3	5	15	3	5	5	13	**28**
65 bu 70	9	9	10	28	15	8	9	32	**60**
70 bu 75	12	9	8	29	29	20	7	56	**85**
75 bu 80	25	34	13	72	67	35	17	119	**191**
80 bu 85	36	36	12	84	133	76	30	239	**323**
85 bu 90	21	17	5	43	81	56	12	149	**192**
90 bu 95	25	19	4	48	43	39	19	101	**149**
95 o ä	4	6	1	11	9	22	9	40	**51**
Gesamtergebnis	**171**	**162**	**80**	**413**	**405**	**300**	**138**	**843**	**1256**

Empfänger von ambulanten Pflegeleistungen am 15.12.2007									
Altersgruppen	Leistungsempfänger männlich				Leistungsempfänger weiblich				**Leistungs-empfänger insgesamt**
	Pflegestufen			ges.	Pflegestufen			ges.	
	I	II	III1)		I	II	III1)		
unter 15 Jahren	9	12	9	30	8	13	8	29	**59**
15 bu 60	24	28	18	70	15	20	23	58	**128**
60 bu 65	5	4	8	17	8	7	3	18	**35**
65 bu 70	15	5	6	26	16	13	9	38	**64**
70 bu 75	13	18	12	43	35	22	10	67	**110**
75 bu 80	29	40	10	79	67	49	12	128	**207**
80 bu 85	46	34	11	91	143	70	27	240	**331**
85 bu 90	31	27	9	67	124	83	24	231	**298**
90 bu 95	12	12	1	25	48	38	20	106	**131**
95 o ä	6	6	3	15	17	17	9	43	**58**
Gesamtergebnis	**190**	**186**	**87**	**463**	**481**	**332**	**145**	**958**	**1421**

1) incl. Härtefälle

Quelle: Hess. Statistisches Landesamt

Tabelle 5

Platzzahl und Trägerstruktur									
	Bestand Einrichtungen								
	Zahl			Plätze			freigemeinnützig		
	2004	2007	2009	2004	2007	2009	2004	2007	2009
Langgöns	2	2	2	62	100	100	2	2	2
Linden	1	1	1	98	97	97	1	1	1
Pohlheim	1	1	1	80	80	80			
Region 1	**4**	**4**	**4**	**240**	**277**	**277**	**3**	**3**	**3**
Hungen	1	1	1	87	87	87	1	1	1
Lich	1	1	1	56	56	56	1	1	1
Region 2	**2**	**2**	**2**	**143**	**143**	**143**	**2**	**2**	**2**
Grünberg	1	1	1	66	64	64	1	1	1
Laubach	3	3	3	156	156	156	1	1	1
Region 3	**4**	**4**	**4**	**222**	**220**	**220**	**2**	**2**	**2**
Allendorf		0	0		0	0			
Lollar	2	2	2	235	332	332	1	1	1
Rabenau		1	1		**40	40		1	1
Staufenberg		0	0		0	0			
Region 4	**3**	**3**	**3**	**235**	**372**	**372**	**1**	**2**	**2**
Buseck			1			85			1
Fernwald	1	1	1	131	131	131	1	1	1
Reiskirchen	2	2	2	123	123	123	0	0	0
Region 5	**3**	**4**	**4**	**254**	**254**	**339**	**1**	**1**	**2**
Biebertal	1	1	1	32	32	32	1	1	1
Heuchel-heim	1	1	1	24	24	24	1	1	1
Wettenberg	1	1	1	44	*44	44	1	1	1
Region 6	**3**	**3**	**3**	**100**	**100**	**100**	**3**	**3**	**3**
Landkreis	**18**	**19**	**20**	**1.194**	**1.366**	**1.451**	**12**	**13**	**14**
Gießen	4	4	5	474	438	603	4	4	4
Gesamt	**22**	**23**	**25**	**1.668**	**1.804**	**2.054**	**16**	**17**	**18**

*** + 6 Tagespflegeplätze**
**** + 6 Kurzzeitpflegeplätze**

Tabelle 6

Auslastung der Alten- und Pflegeheime						
	30.06.2004			15.12.2007		
	Belegung	Plätze	Auslastg. %	Belegung	Plätze	Auslastg. %
Langgöns*	53	62	85,5	87	100	87,0
Linden	95	98	96,9	99	97	102,1
Pohlheim	80	80	100,0	82	80	102,5
Reg. 1	**230**	**240**	**95,8**	**268**	**277**	**96,8**
Hungen**	83	87	95,4	79	87	90,8
Lich	55	56	98,2	56	56	100,0
Reg. 2	**138**	**143**	**96,5**	**135**	**143**	**94,4**
Grünberg	64	66	97,0	62	64	96,9
Laubach	136	156	87,2	143	156	91,7
Reg. 3	**200**	**222**	**90,1**	**205**	**220**	**93,2**
Allendorf	0	0		0	0	
Lollar	227	235	96,6	251	332	75,6
Rabenau	0			40	40	100,0
Staufenberg	0			0	0	
Reg. 4	**227**	**235**	**96,6**	**291**	**332**	**87,7**
Buseck	0	0		0		
Fernwald	84	131	64,1	118	131	90,1
Reiskirchen	116	123	94,3	118	123	95,9
Reg. 5	**200**	**254**	**78,7**	**236**	**254**	**92,9**
Biebertal	32	32	100,0	32	32	100,0
Heuchelheim	24	24	100,0	23	24	95,8
Wettenberg	42	44	95,5	40	44	90,9
Reg. 6	**98**	**100**	**98,0**	**95**	**56**	**169,6**
Landkreis	**1093**	**1.194**	**91,5**	**1230**	**1.282**	**95,9**
Gießen	462	474	97,5	448	438	102,3
Gesamt	**1555**	**1.668**	**93,2**	**1678**	**1.720**	**97,6**

* Die Einrichtung der Schottener Reha, ist spezialisiert auf ältere Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen, die aus dem Werkstattbereich ausscheiden und war jeweils nur ca. zur Hälfte belegt.

** Die Einrichtung war nach eigenen Angaben zum Stichtag 15.12.07 geringer belegt als üblich

Tabelle 7

Alten- und Pflegeheime mit spezialisierten Abteilungen, bzw. - Angeboten 2007	
Langgöns Reha	Die Einrichtung ist ausschließlich ausgerichtet auf psychisch und geistig behinderte Menschen
Langgöns AWO	2 alltagsorientierte Wohngruppen a´ 14 Bewohner/innen
Linden	Beschützender Wohnbereich für Demenzkranke
Pohlheim	nein
Hungen	nein
Lich	Hausgemeinschaften für gerontopsychiatrisch erkrankte BewohnerInnen, Projekt für schwer demenziell erkrankte u. immobile BewohnerInnen
Grünberg	nein
Laubach Salzm.	nein
Laubach Amtsg.	nein
Laubacher Stift	Tagesbetreuung für BewohnerInnen mit Demenzerkrankungen
Lollar Grüner Wg	nein
Lollar AWO	nein
Rabenau	2 Hausgruppen für demenziell erkrankte BewohnerInnen
Fernwald	nein
Reisk. Wieseckt.	nein
Reisk. Martinsh.	die Einrichtung ist spezialisiert auf die Betreuung und Pflege von psychisch Erkrankten
Biebertal	nein
Heuchelheim	nein
Wettenberg	gerontopsychiatrische Abteilung, Dementenwohngruppe
Gießen St.Anna	nein, aber angegliedert ist ein Abteilung für Schwerst-Schädel-Hirn-Geschädigte
Gießen Johan-nes.	nein
Gießen AWO	die Einrichtung ist besonders auf sehbehinderte und blinde Menschen eingestellt
Gießen Maria Fr.	nein

Tabelle 8

Soziale Infrastruktur 2004 und 2007																		
	Entfernung zur nächsten																	
	Einkaufsmöglichkeit						Post						Bank					
	bis 200m		200 - 500m		über 500m		bis 200m		200 - 500m		über 500m		bis 200m		200 - 500m		über 500m	
	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007
Langgöns Reha					X	X					X	X					X	X
Langgöns AWO	X	X								X	X						X	X
Linden					X	X					X	X			X			X
Pohlheim	X			X			X			X					X			X
Hungen					X	X					X	X					X	X
Lich		X	X						X	X					X	X		
Grünberg		X	X							X	X		X			X		
Laubach Salzm.				X	X						X	X					X	X
Laubach Amtsg.	X	X					X	X					X	X				
Laubacher Stift				X	X					X	X					X	X	
Lollar Grüner Wg			X	X					X	X					X	X		
Lollar AWO					X	X	X					X					X	X
Rabenau		X								X						X		
Staufenberg																		
Fernwald	X	X					X	X					X	X				
Reisk. Wieseckt.					X	X					X	X					X	X
Reisk. Martinsh.			X			X					X	X					X	X
Biebertal	X			X						X	X		X	X				
Heuchelheim					X	X			X			X					X	X
Wettenberg*						X						X						X
Landkreis ges.	5	6	4	5	8	8	4	2	3	8	10	9	4	3	4	5	9	11
Gießen St.Anna			X	X						X	X					X	X	
Gießen Johannes.	X			X			X			X			X	X				
Gießen AWO	X	X						X			X						X	X
Gießen Maria Fr.	X	X								X	X		X	X				
Stadt Gi. Ges.	3	2	1	2			1	1		3	3		2	2		1	2	1
insgesamt	8	8	5	7	8	8	5	3	3	11	13	9	6	5	4	6	11	12

* 2004 keine Angaben

Tabelle 9

Ehrenamtliche Unterstützung 2004						
			HelferInnen			Angebote
	ja	nein	ges.	m	w	
Langgöns Reha		1				
Langgöns AWO	1		9	1	8	Musikalische Begleitung, Vorlesen, Gesprächskreise, Handarbeiten, Malen, Basteln, Spiele, Spaziergänge,
Linden	1		12	4	8	Spaziergänge, Ausfahren mit Rollstuhl, Spielnachmittage, Konzertbesuche, Vorlesen
Pohlheim	1		4		4	Spaziergänge, Einkaufen, Spiele, Gespräche
	3	**1**	**25**	**5**	**20**	
Hungen*	1		4		4	Besuchsdienst, Vorlesen, Sitzgymnastik (wö)
Lich		1				
	1	**1**	**4**	**0**	**4**	
Grünberg		1				
Laubach Salzm.		1				
Laubach Amtsg.	1		1		1	Besuchsdienst, Vorlesen, Einkäufe
Laubacher Stift	1		25	5	20	Einzelbetreuung, Gruppenangebote, seelsorgerische Betreuung
	2	**2**	**26**	**5**	**21**	
Lollar Grüner Wg	1		2		2	Backen Vorlesen, Feste feiern
Lollar AWO	1		10		10	durch AWO-OV, begleitende Dienste, Altennachmittags, Ausflüge, Seniorenbegegnungen
	2	**0**	**12**	**0**	**12**	
Fernwald		1				
Reisk. Wieseckt.	1		3	1	2	Spaziergänge, Vorlesen, allg. Beschäftigung
Reisk. Martinsh.		1				
	1	**2**	**3**	**1**	**2**	
Biebertal	1		1	1		durch AWO-OV, begleitende Dienste, Vorlesen, Ausflüge, Seniorenbegegnungen
Heuchelheim	1		4		4	durch AWO-OV, begleitende Dienste, Vorlesen, Ausflüge, Backen
Wettenberg	1		2		2	durch AWO-OV, begleitende Dienste, Vorlesen, Sitztänze
	3	**0**	**7**	**1**	**6**	
Gießen St.Anna	1		19	5	14	Freizeitgestaltung, Einkäufe, Begleitdienste, Vorlesen
Gießen Johan-nes.	1		7	0	7	Spaziergänge, Spielnachmittage, Konzertbesuche, Vorlesen
Gießen AWO	1		7	1	6	Mithilfe bei Aktivitäten, Einzelbetreuungen, , Hundebesuchsprogramm
Gießen Maria Fr.	1		8	0	8	Musikalische Angebote, Lesegruppe, kirchliche Veranstaltungen (Begleitdienst)
Gießen	**4**	**0**	**41**	**6**	**35**	
Gesamtkreis	**16**	**6**	**118**	**18**	**100**	
%	**72,7**	**27,3**		**15,3**	**84,7**	

Tabelle 10

Ehrenamtliche Unterstützung 2007						
	HelferInnen					Angebote
	ja	nein	ges.	m	w	
Langgöns Reha		X				
Langgöns AWO	X		6	2	4	Lesekreis, Singen, Spiele, Kreativkurse, Gedächnistrainig
Linden	X		25	1	24	Spielenachmittage, Hilfe bei Veranstaltungen, Handarbeiten, Dia-Vorträge, Konzerte
Pohlheim	X		6		6	Zeitunglesen, Spazierengehen, Spielangebote
Region 1	***3***	***1***	***37***	***3***	***34***	
Hungen	X		6	1	5	Vorlesen, Spazierengehen, Gespräche etc.
Lich	X		16	4	12	Kochen, Lesen, Singen, Spielen, Vorlesen, Spazierengehen, Gartenbeschäftigung, Handarbeit, etc.
Region 2	***2***	***0***	***22***	***5***	***17***	
Grünberg	X		9		9	keine Angabe
Laubach Salzm.		X				
Laubach Amtsg.	X		2		2	Fahrdienste, Besuche, Gesprächskreis, Hilfe bei Veranstaltungen
Laubacher Stift	X		30	13	17	Einkäufe, Gespräche, Vorlesen, Spielen, Kaffenachmittage, Musiknachmittage, Feste
Region 3	***3***	***1***	***41***	***13***	***28***	
Lollar Grüner Wg	X		3		3	Backen, Vorlesen, Hilfe bei Veranstaltungen und Festen
Lollar AWO	X		10		10	begleitende Dienste, Sterbebegleitung, Altennachmittage, Seniorenbegegnung, Ausflüge, etc,
Rabenau	X		2		2	Vorlesen, Basteln, Gespräche führen usw.
Region 4	***3***	***0***	***15***	***0***	***15***	
Fernwald	X		3	1	2	Singen, Vorlesen, Spazierengehen
Reisk. Wieseckt.	X		5	1	4	individuelle Betreuung von Bewohnern (Spazierfahrten, Spiele etc.)
Reisk. Martinsh.		X				
Region 5	***2***	***1***	***8***	***2***	***6***	
Biebertal	X*					Spazierengehen, Vorlesen, etc.
Heuchelheim	X*					Spazierengehen, Vorlesen, Backen, Ausflüge, etc.
Wettenberg	X*					Vorlesen, Begleitung, Sitztänze, etc.
Region 6	***3***	***0***				
Landkreis	***16***	***3***	***123***	***23***	***100***	
Gießen St.Anna	X		8	3	5	keine Angaben
Gießen Johannes.	X		17	2	15	Mithilfe bei Spielnachmittagen und beiFeiern, Betreuung von Bewohnern, Bibliothek
Gießen AWO	X		36	3	33	Hilfe bei Festen u. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Einzelbesuche, Unterstützung in der Dementenbetreuung
Gießen Maria Fr.	X		7	1	6	Begleitung zum Gottesdienst, Gespräche, Spazierfahrten mit Rollstuhl
Stadt Gi. Gesamt	***4***	***0***	***68***	***9***	***59***	
Insgesamt	**20**	**3**	**191**	**32**	**159**	
%	**87,0**	**13,0**		**16,8**	**83,2**	

*** wechselnde Anzahl**

Tabelle 11

Fremdsprachenkenntnisse des Pflege- und Betreuungspersonals														
	2004							2007						
kommune	**engl.**	**ital.**	**pol.**	**russ.**	**türk.**	**rumä.**	**sonst**	**engl.**	**ital.**	**pol.**	**russ.**	**türk.**	**rumä.**	**sonst**
Langgöns Reha			X	X				X		X	X			1
Langgöns AWO			X	X		X		X		X	X			
Linden			X	X						X	X			
Pohlheim **			X	X	X		2							
Hungen	X	X		X			2	X	X	X	X	X		1
Lich			X	X		X		X		X	X	X		
Grünberg	X		X	X	X					X	X			
Laubach Salzm.			X	X							X			
Laubach Amtsg.			X	X				X		X	X			
Laubacher Stift	X		X	X				X		X	X	X		
Lollar Grüner W					X		1			X		X		1
Lollar AWO*										X	X	X		3
Rabenau											X			
Fernwald**		X	X	X	X		1							
Reisk. Wieseckt	X		X	X						X	X			
Reisk. Martinsh	X	X		X	X			X	X		X	X		
Biebertal*										X	X	X		2
Heuchelheim*										X	X	X		
Wettenberg*										X	X	X		1
Gi. St.Anna	X	X	X	X		X	4			X	X	X		2
Gi. Johannes.			X	X		X		X		X	X	X	X	
Gi. AWO	X	X	X	X	X	X	7	X		X	X			2
Gi. Maria Fr.	X		X	X				X		X	X			
gesamt	**8**	**5**	**15**	**17**	**6**	**5**	**17**	**10**	**2**	**18**	**20**	**11**	**1**	**13**

* 2004 keine Angaben

** 2007keine Angaben

Tabelle 12

Bewohner von stationären Pflegeeinrchtungen nach Alter und Pflegestufe 2003									
	bis 65	**bis 70**	**bis 75**	**bis 80**	**bis 85**	**bis 90**	**bis 95**	**ü. 95**	**insges.**
Stufe I	55	40	46	63	111	86	79	15	495
Stufe II	49	20	46	84	156	122	136	36	649
Stufe III	40	9	17	29	50	44	54	22	265
ohne Einst.	5	1	3	2	3	1	0	0	15
ges.	**149**	**70**	**112**	**178**	**320**	**253**	**269**	**73**	**1424**

Bewohner von stationären Pflegeeinrchtungen nach Alter und Pflegestufe 2005									
	bis 65	**bis 70**	**bis 75**	**bis 80**	**bis 85**	**bis 90**	**bis 95**	**ü. 95**	**insges.**
Stufe I	37	41	47	62	141	111	84	16	539
Stufe II	44	40	36	86	155	147	150	43	701
Stufe III	57	8	19	37	65	68	76	30	360
ohne Einst.	6	2	3	4	3	4	2	0	24
ges.	**144**	**91**	**105**	**189**	**364**	**330**	**312**	**89**	**1624**

Bewohner von stationären Pflegeeinrchtungen nach Alter und Pflegestufe 2007									
	bis 65	**bis 70**	**bis 75**	**bis 80**	**bis 85**	**bis 90**	**bis 95**	**ü. 95**	**insges.**
Stufe I	29	39	58	83	159	171	97	45	681
Stufe II	42	27	42	100	157	206	111	62	747
Stufe III	57	18	15	34	75	82	48	35	364
ohne Einst.	0	2	0	0	1	2	0	0	5
ges.	**128**	**86**	**115**	**217**	**392**	**461**	**256**	**142**	**1797**

Tabelle 13

Kostensituation									
	2004				2007				
	belegte Plätze	Selbst-zahlen	Sozialamt abs.	Sozialamt %	belegte Plätze	Selbst-zahlen	Sozialamt abs.	Sozialamt %	Differenz 04 / 07 %
Langgöns Reha*	15	0	15	100,0	13	0	13	100,0	0,0
Langgöns AWO	40	28	12	30,0	74	52	22	29,7	-0,3
Linden	95	75	20	21,1	97	77	20	20,6	-0,4
Pohlheim ***	80	32	48	60,0	82	44	38	46,3	-13,7
Region 1	***230***	***135***	***95***	***41,3***	***266***	***173***	***93***	***35,0***	***-6,3***
Hungen	83	43	40	48,2	79	43	36	45,6	-2,6
Lich	55	48	7	12,7	56	37	19	33,9	21,2
Region 2	***138***	***91***	***47***	***34,1***	***135***	***80***	***55***	***40,7***	***6,7***
Grünberg	64	31	33	51,6	63	35	28	44,4	-7,1
Laubach Salzm.***	23	11	12	52,2	28	22	6	21,4	-30,7
Laubach Amtsg.***	28	23	5	17,9	28	14	10	35,7	17,9
Laubacher Stift	93	56	37	39,8	91	56	35	38,5	-1,3
Region 3	***208***	***121***	***87***	***41,8***	***210***	***127***	***79***	***37,6***	***-4,2***
Allendorf	0								0,0
Lollar Grüner Wg***	86	48	38	44,2	123	79	44	35,8	-8,4
Lollar AWO	141	105	36	25,5	128	99	29	22,7	-2,9
Rabenau	0				40	32	8	20,0	
Staufenberg	0								
Region 4	***227***	***153***	***74***	***32,6***	***291***	***210***	***81***	***27,8***	***-4,8***
Buseck	0								
Fernwald***	84	61	23	27,4	118	85	33	28,0	0,6
Reisk. Wieseckt.***	89	31	58	65,2	87	50	37	42,5	-22,6
****Reisk. Martinsh *****	31	3	28	90,3	31	2	29	93,5	3,2
Region 5	***204***	***95***	***109***	***53,4***	***236***	***137***	***99***	***41,9***	***-11,5***
Biebertal	32	24	8	25,0	32	25	7	21,9	-3,1
Heuchelheim	24	17	7	29,2	24	17	7	29,2	0,0
Wettenberg	32	24	8	25,0	43	35	8	18,6	-6,4
Region 6	***88***	***65***	***23***	***26,1***	***99***	***77***	***22***	***22,2***	***-3,9***
Landkreis	***1095***	***660***	***435***	***39,7***	***1237***	***804***	***429***	***34,7***	***-5,0***
Gießen St.Anna	83	69	14	16,9	68	57	11	16,2	-0,7
Gießen Johannes.	133	123	10	7,5	130	111	19	14,6	7,1
Gießen AWO	191	107	84	44,0	194	118	76	39,2	-4,8
Gießen Maria Fr.	56	21	35	62,5	56	23	33	58,9	-3,6
Stadt Gießen gesamt	***463***	***320***	***143***	***30,9***	***448***	***309***	***139***	***31,0***	***0,1***
Insgesamt****	**1558**	**980**	**578**	**37,1**	**1685**	**1113**	**568**	**33,7**	**-3,4**

* Spezialeinrichtung für geistig und psychisch behinderte Senioren

** Einrichtung für psychiatrische Pflege und Betreuung,

*** privat betriebene Einrichtungen mit gesunkenem Anteil von Sozialhilfebe ziehern

**** Abweichungen zu vorangegangenen Tabellen ergeben sich durch unterschiedliche Betreiberangaben

Tabelle 14

Wohnort vor Einzug in die Pflegeeinrichtung in Prozent								
	Stadt Gießen		Landkr. Gießen		Hessen		außerh. Hessen	
	2004	2007	2004	2007	2004	2007	2004	2007
Langgöns Reha*	6,7	7,7	33,3	38,5	46,7	46,2	13,3	7,7
Langgöns AWO	10,5	0,0	42,1	82,4	36,8	16,2	10,5	1,4
Linden	24,2	0,0	60,0	100,0	11,6	0,0	4,2	0,0
Pohlheim	3,8	2,7	96,3	93,2	0,0	4,1	0,0	0,0
	13,6	**1,2**	**68,0**	**89,9**	**14,0**	**8,1**	**4,4**	**0,8**
Hungen	6,0	3,8	68,7	83,5	24,1	10,1	1,2	2,5
Lich	12,7	3,6	63,6	69,6	18,2	19,6	5,5	7,1
	8,7	**3,7**	**66,7**	**77,8**	**21,7**	**14,1**	**2,9**	**4,4**
Grünberg	14,1	4,8	53,1	55,6	29,7	33,3	3,1	6,3
Laubach Salzm.	0,0	0,0	91,3	57,1	4,3	42,9	4,3	0,0
Laubach Amtsg.	7,1	0,0	35,7	75,0	42,9	14,3	14,3	10,7
Laubacher Stift	9,7	3,3	68,8	91,2	20,4	3,3	1,1	2,2
	9,6	**2,9**	**62,0**	**73,8**	**24,5**	**19,0**	**3,8**	**4,3**
Lollar Grüner Wg	26,7	28,5	62,8	61,0	9,3	9,8	1,2	0,8
Lollar AWO	25,5	25,8	66,0	69,5	7,8	3,9	0,7	0,8
Rabenau		5,0		90,0		2,5		2,5
	26,0	**24,1**	**64,8**	**68,7**	**8,4**	**6,2**	**0,9**	**1,0**
Fernwald	45,2	10,2	50,0	84,7	4,8	2,5	0,0	2,5
Reisk. Wieseckt.	25,8	23,0	51,7	59,8	14,6	10,3	7,9	6,9
Reisk. Martinsh.**	19,4	9,7	9,7	19,4	64,5	64,5	6,5	6,5
	32,8	**14,8**	**44,6**	**66,9**	**18,1**	**13,6**	**4,4**	**4,7**
Biebertal	0,0	3,1	96,9	75,0	0,0	21,9	3,1	0,0
Heuchelheim	16,7	17,4	58,3	65,2	20,8	8,7	4,2	8,7
Wettenberg	21,9	23,3	78,1	60,5	0,0	11,6	0,0	4,7
	12,5	**15,3**	**79,5**	**66,3**	**5,7**	**14,3**	**2,3**	**4,1**
Landkreis	**18,3**	**10,9**	**62,6**	**74,5**	**15,9**	**11,7**	**3,2**	**2,9**
Gießen St.Anna	60,2	64,7	22,9	22,1	12,0	11,8	4,8	1,5
Gießen Johannes	74,4	40,2	10,5	5,8	7,5	51,5	7,5	2,5
Gießen AWO	80,6	78,1	13,1	15,3	5,8	4,6	0,5	2,0
Gießen Maria Fr.	55,4	58,9	25,0	26,8	10,7	10,7	8,9	3,6
Gießen ges.	**72,1**	**58,3**	**15,6**	**13,2**	**8,0**	**26,2**	**4,3**	**2,3**
Gesamt	**34,3**	**25,8**	**48,6**	**55,3**	**13,6**	**16,3**	**3,5**	**2,7**

* Spezialeinrichtung für geistig und psychisch behinderte Senioren

** Einrichtung für psychiatrische Pflege und Betreuung,

Tabelle 15

Geplante Veränderungen 2007		
	ja	
Langgöns Reha	X	mehr Aufnahmen aus anderen Einrichtungen der Schottener Reha
Langgöns AWO		
Linden		
Pohlheim		Lt. Presse, Neubau mit angegliederter Sozialstation
	1	
Hungen	X	Ersatzneubau in der Innenstadt
Lich	X	stärkere Vernetzung eigener Angebote, Ausgestaltung Mehrgeneratio-nen- haus, ambulantes Betreuungsangeb. für Menschen m. Demenz, Belebung der Cafeteria
	2	
Grünberg		
Laubach Salzm.	X	Neubau
Laubach Amtsg.		
Laubacher Stift	X	Ausgestaltung Mehrgenerationenhaus, Angebote für Menschen mit Demenz, Ausbau der Cafeteria zur Begegnungsstätte, Aufbau einer Ehrenamtsagentur, Info- und Servicezentrum
	2	
Allendorf		
Lollar Grüner Wg		
Lollar AWO	X	Grundsanierung, Wärmedämmung
Rabenau		
Staufenberg		
	1	
Buseck		Ein Pflegeheim der Johanniter wird 2009 fertig gestellt
Fernwald		
Reisk. Wieseckt.		
Reisk. Martinsh.		
	0	
Biebertal		
Heuchelheim		
Wettenberg		
	0	
Landkreis	6	
Gießen St.Anna	X	Aufbau einer Dementenstation mit 10 Plätzen ab Mai 2008
Gießen Johan-nes.	X	Durch Baumaßnahmen, Erweitung auf 210 Betten, Demenzabteilung
Gießen AWO		
Gießen Maria Fr.	X	Sanierung der Einrichtung, Wohnbereich für psychisch kranke Senioren
	3	
Gesamt	9	
%	**39,1**	

Tabelle 16

genehmigte Plätze in der Tagespflege					tatsächlich angebotene Plätze
	Anbieter	Plätze			
		integriert	solitär	gesamt	
Langgöns	Sozialzentrum der AWO Butzbach				
Linden					
Pohlheim					
Region 1	0	0	0	0	0
Hungen					
Lich					
Region 2	0				0
Grünberg	Sozialer Pflegedienst Mobi-Tagespflege		4	4	4
Laubach					
Region 3	0		4	4	4
Allendorf					
Lollar					
Rabenau	Seniorenzentrum Lumdatal		4	4	4
Staufenberg					
Region 4	1		4	4	4
Buseck					
Fernwald					
Reiskirchen	Haus Wiesecktal**	8		8	
Region 5	1	8		8	0
Biebertal	Tagesstätte Biebertal		15	15	15
Heuchelheim					
Wettenberg	Kleeblatt-Pflegeheim Wettenberg	6		6	6
Region 6	2	6	15	21	21
Landkreis		14	23	37	29
Gießen	Tagespflegestätte Albert-Osswald-Haus		8	8	8
Gesamt		14	31	45	37

Quelle: Pflegeversicherungen Hessen, eigene Erhebung

* Die Einrichtung bietet Plätze in Butzbach an

**Die Plätze werden lt. Betreiber nicht belegt

Tabelle 17

Öffnungszeiten der Einrichtungen der Tagespflege							Fahrdienst
Ort	**Einrichtung**	**Montag**	**Dienstag**	**Mittwoch**	**Donnerstag**	**Freitag**	
Grünberg	Sozialer Pflegedienst Mobi-Tagespflege	9.00 - 16.00 h	9.00 - 16.00 h	9.00 - 16.00 h	9.00 - 16.00 h		ja
Rabenau	Seniorenzentrum Lumdatal						
Reiskirchen	Haus Wiesecktal						
Biebertal	Tagesstätte Biebertal	7.30 - 16.30 h	7.30 - 16.30 h	7.30 - 16.30 h	7.30 - 16.30 h	7.30 - 16.30 h	ja
Wettenberg	Kleeblatt-Pflegeheim Wettenberg	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	ja
Gießen	Tagespflegestätte Albert-Osswald-Haus	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	8.00 - 16.00 h	ja

Tabelle 18

Wohnort der Ratsuchenden im Landkreis Gießen								
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
Langgöns	15	19	21	24	23	26	15	22
Linden	30	44	55	32	47	52	37	70
Pohlheim	30	51	37	43	46	41	55	34
	75	**114**	**113**	**99**	**116**	**119**	**107**	**126**
Hungen	9	14	14	16	19	10	12	20
Lich	21	14	27	9	20	30	39	19
	30	**28**	**41**	**25**	**39**	**40**	**51**	**39**
Grünberg	29	38	41	44	31	48	41	39
Laubach	9	7	11	10	12	11	14	20
	38	**45**	**52**	**54**	**43**	**59**	**55**	**59**
Allendorf	6	9	3	4	8	12	10	17
Lollar	24	21	17	15	23	14	26	24
Rabenau	13	27	9	12	13	14	14	19
Staufenberg	9	10	16	9	8	12	13	17
	52	**67**	**45**	**40**	**52**	**52**	**63**	**77**
Buseck	25	31	41	29	31	23	37	27
Fernwald	25	30	26	20	26	31	31	42
Reiskirchen	15	31	20	17	24	24	13	19
	65	**92**	**87**	**66**	**81**	**78**	**81**	**88**
Biebertal	16	12	15	5	8	19	13	17
Heuchelheim	13	21	10	20	20	19	22	23
Wettenberg	18	31	31	27	39	43	30	41
	47	**64**	**56**	**52**	**67**	**81**	**65**	**81**
Landkreis	**307**	**410**	**394**	**336**	**398**	**429**	**422**	**470**
Stadt Gießen	579	540	579	598	564	614	569	689
insgesamt	**886**	**950**	**973**	**934**	**962**	**1.043**	**991**	**1.159**

Tabelle 19

Anteil der über 65jährigen Leistungsempfänger an der Bevölkerung über 65 Jahre												
Kommune	2005			2006			2007			2008		
	Einw.	Grusi		Einw.	Grusi		Einw.	Grusi		Einw.	Grusi	
	ü.65 J.	ü. 65 J.	v. H.	ü.65 J.	ü. 65 J.	v. H.	ü.65 J.	ü. 65 J.	v. H.	ü.65 J.	ü. 65 J.	v. H.
Langgöns	1.795	25	1,4	1.874	24	1,3	1.990	25	1,3	2.085	24	1,2
Linden	1.891	61	3,2	1.969	62	3,1	2.018	70	3,5	2.128	76	3,6
Pohlheim	2.792	96	3,4	2.893	91	3,1	2.960	107	3,6	3.177	115	3,6
	5.577	**182**	**3,3**	**6.736**	**177**	**2,6**	**6.968**	**202**	**2,9**	**7.390**	**215**	**2,9**
Hungen	2.440	29	1,2	2.525	34	1,3	2.565	36	1,4	2.607	51	2,0
Lich	2.347	43	1,8	2.431	42	1,7	2.503	48	1,9	2.594	47	1,8
	4.787	**72**	**1,5**	**4.956**	**76**	**1,5**	**5.068**	**84**	**1,7**	**5.201**	**98**	**1,9**
Grünberg	2.482	52	2,1	2.580	56	2,2	2.618	58	2,2	2.672	61	2,3
Laubach	1.978	19	1,0	2.050	27	1,3	2.125	25	1,2	2.168	22	1,0
	4.460	**71**	**1,6**	**4.630**	**83**	**1,8**	**4.743**	**83**	**1,7**	**4.840**	**83**	**1,7**
Allendorf	738	11	1,5	762	10	1,3	785	12	1,5	811	4	0,5
Lollar	1.767	47	2,7	1.852	46	2,5	1.868	54	2,9	1.951	58	3,0
Rabenau	1.060	14	1,3	1.122	10	0,9	1.136	13	1,1	1.179	14	1,2
Staufenberg	1.469	15	1,0	1.510	17	1,1	1.541	18	1,2	1.616	17	1,1
	5.034	**87**	**1,7**	**5.246**	**83**	**1,6**	**5.330**	**97**	**1,8**	**5.557**	**93**	**1,7**
Buseck	2.165	19	0,9	2.272	21	0,9	2.365	29	1,2	2.535	38	1,5
Fernwald	1.182	7	0,6	1.256	8	0,6	1.304	9	0,7	1.352	20	1,5
Reiskirchen	1.735	23	1,3	1.812	27	1,5	1.852	31	1,7	1.929	43	2,2
	5.082	**49**	**1,0**	**5.340**	**56**	**1,0**	**5.521**	**69**	**1,2**	**5.816**	**101**	**1,7**
Biebertal	1.992	10	0,5	2.059	10	0,5	2.080	10	0,5	2.185	13	0,6
Heuchelheim	1.481	11	0,7	1.534	15	1,0	1.564	17	1,1	1.638	19	1,2
Wettenberg	2.314	20	0,9	2.411	20	0,8	2.489	22	0,9	2.646	24	0,9
	5.787	**41**	**0,7**	**6.004**	**45**	**0,7**	**6.133**	**49**	**0,8**	**6.469**	**56**	**0,9**
Kreis	**30.727**	**502**	**1,6**	**32.912**	**520**	**1,6**	**33.763**	**584**	**1,7**	**35.273**	**646**	**1,8**
Gießen	11.316	641	5,7	11.556	680	5,9	11.651	729	6,3	12.105	721	6,0
Gesamt	**42.043**	**1.143**	**2,7**	**44.468**	**1.200**	**2,7**	**45.414**	**1.313**	**2,9**	**47.378**	**1367**	**2,9**

Datenquellen: ekom, eigene Erhebung